

„Energiepolitik“ ist die Lieblingsbühne unserer Politiker. Dank ihnen bleibt Energie „sicher und bezahlbar“. Oder nicht?

Energiepolitik im Konzeptnebel

Ein Plädoyer für das Aufräumen in den Köpfen

Klaus Ermecke

Einführung

Energie ist ein Wirtschaftsgut. Bürger nutzen es unmittelbar, und es wird Bestandteil jeglicher Industrieproduktion. „Energie auf Knopfdruck“ ist Voraussetzung und Merkmal unserer Zivilisation.

Aus diesem Grunde ist die ständige Verfügbarkeit von Energie so wichtig. Ein Stromausfall führt zum Stillstand der Wirtschaft: kein Automobilwerk, keine Pizzeria und keine Zahnarztpraxis läuft ohne Elektrizität. In einer Lebensmittel- oder Halbleiterfabrik verdirbt ein Ausfall eine ganze Produktionscharge, und in einer Aluminiumhütte oder Gießerei zerstört er vielleicht die Anlage selbst.

Strom muß fließen, und nicht nur das. Er muß billig sein. Billige Energie bedeutet Wohlstand.¹⁾ Hohe Energiepreise dagegen bewirken Verarmung. Die Mittelschicht kann nicht mehr sparen, und die ärmeren Bürger können die Energie selbst nicht mehr bezahlen. Ihnen wird bei Zahlungsrückstand der Strom abgestellt.²⁾ Und die Industrie verlagert ihre Produktion ins Ausland: Wertschöpfung und Arbeitsplätze gehen für Deutschland verloren.³⁾

Die Wichtigkeit dieses Wirtschaftsguts ist offensichtlich und macht es zu einem favorisierten Thema der Politik. Nur: wie gut ist diese Politik überhaupt?

Um dazu eine erste Orientierung zu erhalten, werfen wir einen Blick ins Ausland. In Deutschland kostete Strom für Privathaushalte schon Ende 2011 laut BDEW über 25 Cent pro Kilowattstunde⁴⁾, inzwischen sind es etwa 28.⁵⁾ In Dallas, Texas, gibt es die gleiche Menge Energie schon ab umgerechnet 7 Cent.⁶⁾ Das zeigt uns zweierlei:

- Offensichtlich ist es in einem modernen Industrieland möglich, „Strom“ sehr billig zu erzeugen und zu verteilen.⁷⁾
- Falls es das Ziel der deutschen Politik gewesen sein sollte, Bevölkerung und Wirtschaft mit billiger Energie zu versorgen, ist sie offenbar grandios gescheitert.⁸⁾

Systematik

Standort Deutschland
Energiepolitik
Grundlagen
Grundirrtümer



Nebel ist in der Energieversorgung alltäglich. In den Köpfen von „Energiepolitikern“ aber wird er zur Gefahr für die Volkswirtschaft.

Bild: Vattenfall Bildarchiv

Inhalt

Einführung	1
Analyse	4
Fazit	18
Empfehlungen	19
Endnoten	20
Quellen	81
Interviewpartner	87
Autor	88
KE Research	88



Abb. 2: Die Begeisternde

Unter der damaligen Forschungsministerin Schavan (CDU) begeisterten sich Wissenschaftler für Elektroautos, Windparks und „Klimaschutz“. Hätten sie es nicht getan, hätte es vielleicht keinen Ruf mehr gegeben - und für ihre Institute keine Forschungsmittel.

Auf unsere wiederholten Anfragen hin konnte uns das Ministerium (BMBF)⁹⁾ kein einziges Forschungsprojekt benennen, in dem ein kritisches Hinterfragen des Treibhausdogmas gefordert und gefördert worden wäre.¹⁰⁾ Die Tatsache, daß weltweit Tausende von Forschern der betroffenen Fachrichtungen den CO₂-Kult angreifen, wurde und wird in Berlin und Brüssel konsequent ignoriert.¹¹⁾

Die Dinge haben sich bisher nicht geändert.

Foto: @BMBF, Berlin

Für uns stellt sich die Aufgabe, dieses Scheitern zu analysieren. Was läuft falsch in der deutschen Energiepolitik? Haben sich die Akteure in einem „Konzeptnebel“ verirrt, den sie vielleicht selbst erzeugt haben? Das wollen wir in diesem Report herausarbeiten.

Steigt man in die Sichtung der Energiedebatte ein, staunt man bald über deren schillernde Vielschichtigkeit. Kaum eine Organisation, die nicht daran teilnimmt,¹²⁾ und kaum ein Thema, das nicht mit ihr verknüpft wird. In der Energiedebatte mischen sich abgrundtiefe Ängste und leuchtende Heilserwartung, Branchenwerbung und ideologisches Feldgeschrei. Gesinnung ist Trumpf. Nur eines ist in dieser Debatte selten: fachlich korrekte Aussagen mit klugen Schlußfolgerungen.

Statt dessen stoßen wir auf ein wiederkehrendes Grundschema:

- Politiker schüren Ängste und Befürchtungen, um sich dann als „Retter“ zu inszenieren.
- Zum Zwecke der Rettung setzen Politiker „ambitionierte Ziele“, und das sehr konkret: Hunderttausend Solardächer,¹³⁾ eine Million Elektroautos,¹⁴⁾ CO₂-freie Städte.¹⁵⁾ Stromversorgung zu 80 Prozent aus Windparks und Solardächern.¹⁶⁾
- Damit die Ziele der Politiker auch erreicht werden, werden Bürger und Unternehmen gesteuert und gepreßt: mit Zwang und Subventionen und einem Strom von „Aufklärung“. Die reicht inzwischen bis in den Kindergarten (Abb. 3, 33 f.).¹⁷⁾
- Die Freiheit erodiert. Wo die Gefahr so groß ist, die Rettung so dringend, ist für eigene Entscheidungen des Bürgers kein Platz.
- Derweil wird Geld milliardenweise umgeleitet - jedes Jahr mehr.¹⁸⁾

Die Kernelemente der ökologischen „Energiepolitik“

Die fortschreitende Systemveränderung zeigt sich in einer Vielzahl von Maßnahmen, die wir wie folgt sortieren (s. S. 12 f.):

- Korb 1 – das CO₂-Zertifikateregime („Emissionshandel“)¹⁹⁾,
- Korb 2 – EnWG und EEG („Erneuerbare Energien-Gesetz“),
- Korb 3 – Beseitigung der eigenen Kernenergiebasis,
- Korb 4 – Zwangsmaßnahmen gegen Bürger und Industrie,
- Korb 5 – Sondersteuern, Steuerprivilegien, Subventionen,
- Korb 6 – Umsteuerung von Forschung und Lehre (Abb. 2),
- Korb 7 – Agitation und Propaganda auf allen Kanälen (Abb. 3).

Von Medien und Politik werden die eigentlichen Fachleute der Energiewirtschaft systematisch ausgeschlossen und ausgeblendet.²⁰⁾ Die „Energiekonzepte“ von Bundes- und Landesregierungen und Parteien strotzen von unsinnigen Annahmen, naiven Schlußfolgerungen und purem Wunschdenken.²¹⁾

Beispielhaft war die von der Kanzlerin berufene „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“, die 2011 nach der Tsunami-Katastrophe in Japan die Empfehlung für die Abschaffung der Kernenergie formulieren sollte.²²⁾ Dieser Runde gehörten an:²³⁾

- 5 Berufspolitiker,
- 3 Bischöfe und Gewerkschaftsfunktionäre,
- 3 Wissenschaftsfunktionäre,
- 4 Soziologen, Politologen, Philosophen,
- 1 Wirtschaftswissenschaftlerin mit Öko-Ausrichtung,
- 1 Vorstand eines DAX-Konzerns, der an Dämmstoffen verdient.

Kirchenmänner und Politiker also, aber kein einziger Energiewirtschaftler, kein Reaktor- und kein Strahlenschutzexperte.²⁴⁾

Die hohen und steigenden Energiepreise schaden Bürgern und Wirtschaft. Von deren Verbänden sollte man daher einen Sturm der Entrüstung erwarten. Die aber halten sich seltsam heraus²⁵⁾ oder beschränken ihre Kritik auf Nebenaspekte und inkonsequente Forderungen.²⁶⁾ Einige lassen sich sogar von der Politik bezahlen, gegen die Interessen der Bürger zu handeln (S. 14 f).²⁷⁾

Wir wollen mit dieser Studie Bürger und Unternehmer, Medien und Politiker aufwecken. Wir wollen helfen, die laufende Debatte besser zu durchschauen. Anstatt uns um konkrete „Energiekonzepte“ zu kümmern, zeigen wir, was in eine energiepolitische Diskussion hineingehört und wie sie strukturiert sein sollte, um die tatsächlichen Problemstellungen zu lösen. Nebenbei entlarven wir einige weit verbreitete Grundirrtümer.

Unser Ziel ist das „Aufräumen in den Köpfen“

Wir werden zeigen, daß von interessierter Seite vieles in die Energiedebatte hineinlanciert wird, was nicht hineingehört. Werfen wir den Ballast über Bord, treten die tatsächlich relevanten Fragestellungen klar hervor, und die realistischen Lösungsoptionen werden sichtbar. Energiepolitik wird dann erstaunlich einfach.

Und das sind unsere wichtigsten Ergebnisse

- Deutschlands Energiepolitik beruht auf der Mobilisierung von Angst, unter planmäßiger Verbreitung von Desinformation.
- Drei „Mega-Ängste“ bilden die Basis: „Versiegen der Rohstoffe“ – „Klimakatastrophe“ – „Tod durch Strahlung“²⁸⁾.
- Die Angst der Bürger bahnt den Weg für irrationale Handlungspläne. Diese führen zum Schaden Aller und Reichtum Weniger.
- Deutschland wird in der Folge zum Absteigerland in Sachen Wirtschaft und Wissenschaft. Die Freiheit insgesamt gerät in Gefahr.
- „Gute Energiepolitik“ sichert freie Märkte, die Handlungsfreiheit der Unternehmen und den Zugang zu Ressourcen.
- Die tatsächliche falsche Energiepolitik beruht auf wenigen Grundirrtümern vieler Bürger, Politiker und Journalisten. Jede Lösungsstrategie muß damit beginnen, diese Grundirrtümer aufzudecken.
- Unverständnis für Energiewirtschaft ist auch die Folge fehlender Bildung. Ein neues Bildungssystem muß künftige Generationen auf Fakten und Vernunft verpflichten - und gegen Ideologie immunisieren.²⁹⁾



Abb 3: Dressurplatz Schule

Die meisten Schulen unterstehen dem Staat, und dort werden Kinder mittlerweile auf „grünes“ Denken regelrecht abgerichtet. Der karrierebewußte Schulleiter punktet beim Minister mit Solardachwerbung und „Klimaschutz“. Schulbuchverlage fördern die behördliche Akzeptanz und den Umsatz mit unverhohlener grüner Propaganda.³⁰⁾

Nicht selten erhalten sogar organisierte Öko-Aktivisten Zugang zu den Schulen und halten dort – so wie offenbar auf dem Bild – „Unterricht“ ab!³¹⁾

Foto: www.umwelt-aktion.de

Die Methode

Unsere Studie beruht auf:

- Desk Research
- Interviews mit Wissenschaftlern, Politikern, Verbandsvertretern und Unternehmern

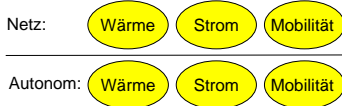


Abb 4: Erste Systematik

Viele energiepolitische Diskussionen enden in einem wilden Durcheinander. Um in unseren Köpfe aufzuräumen, wollen wir als ersten Schritt die Anwendungskategorien sauber trennen.

Graphik: © KE Research, 2014

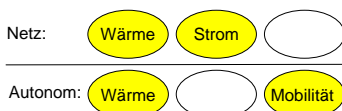


Abb 5: Unser Themenfokus

Nach erster Sichtung bleiben vier Anwendungen, mit denen sich Energiepolitik befassen sollte. Für jede gelten jeweils bestimmte KO- und Optimierungskriterien.

Diese Kriterien ideologiefrei herauszuarbeiten, ist eine Kernaufgabe der Energiepolitik.

Der Rest ist intellektuelle Methode und Disziplin. Lösungsvorschläge sind an den Kriterienlisten zu überprüfen. Bürger und Politik sollten die Kriterien verstehen, die praktischen Entscheidungen sollten aber die Unternehmen treffen.

Graphik: © KE Research, 2014

Analyse

Fragestellungen für die energiepolitische Debatte

Unser Thema ist komplex, daher wollen wir dieses zunächst nach außen abgrenzen und nach innen grob strukturieren.

Energie ist eine Größe aus der Physik. Energie ist z.B. die Fähigkeit, Arbeit zu leisten und einen Motor oder Generator anzutreiben. Alternativ könnte sie ein Haus oder eine chemische Anlage beheizen.

Energie kann nicht erzeugt, verbraucht oder „erneuert“ werden, sondern wird nur von einer Form in eine andere umgewandelt. Der Begriff „Erneuerbare Energie“ ist physikalisch irreführend.³²⁾

Unsere Zivilisation kennt drei Einsatzfelder für Energie (Abb. 4):

- „Strom“
- „Wärme“
- „Mobilität“.

Aus welchen Quellen gelangt nun diese Energie in den menschlichen Wirtschaftsprozess? Wir unterscheiden zwei Varianten:

- Energie ist in Materie gebunden: entweder chemisch (Öl, Gas, Kohle, Holz) oder als Kernenergie (Uran, Thorium). Am Beginn der Wertschöpfungskette stehen meist Exploration und Bergbau.
- Es werden natürliche Prozesse angezapft (Wasserkreislauf, Gezeiten, Wind, Sonnenlicht, Erdwärme).

Öl, Gas und Kohle sind Brennstoffe, zugleich sind sie aber auch Ausgangsprodukte der Chemie.³³⁾ Hier besteht also Ressourcenkonkurrenz zwischen Kraftwerken, Verkehrsteilnehmern und Industrie. Kernbrennstoffe dienen allein der Stromerzeugung.³⁴⁾

Wie kommt die Energie zum Verbraucher? Uns interessieren zwei Fälle:

- Verteilung im Netz (Stromnetz, elektrische Bahnen, Fernwärme)
- Lokale Umwandlung in autonomen Einheiten (Hausheizung, Motoren in Autos und Dieselloks, Akkus und Batterien in Geräten).

Elektrische Bahnen sind aus energiepolitischer Sicht Stromnetze mit eigenen Verbrauchern.³⁵⁾ Akkus oder Generatoren sind normale Industriegüter ohne spezielle energiepolitische Bedeutung. Wir können sie daher aus unserer Analyse ausklammern, sodaß vier Anwendungen verbleiben (Abb. 5):

- „Strom“ für die Verteilung in Netzen;
- Wärme im Netz („Fernwärme“);
- Wärme lokal, also Heizungen im Haus oder in der Fabrik;
- Mobilität in autonomen Verkehrsmitteln aller Art.

Nach dem Identifizieren der Anwendungsfelder ergeben sich nun die Kriterien, nach denen die jeweils vorgeschlagenen Lösungen zu bewerten sind. Wir wollen drei Gruppen unterscheiden:

- „Muß-“ oder „KO-Kriterien“: zwingende physikalische, technische oder wirtschaftliche Anforderungen; elementare Freiheitsrechte.
- Optimierungskriterien: Der Grad ihrer Erfüllung bestimmt den Wert der Lösung. Die Gewichtung hängt von Werturteilen ab.
- Rechtsvorschriften. Sie enthalten Werturteile und oft willkürliche politische Entscheidungen. Die Politik kann sie ändern.

Wir beschränken uns hier zunächst auf eine kurze Auswahl. Die wichtigsten KO-Kriterien sind:

- Die tatsächliche Existenz der Lösung (Verwerfen von Utopie)
- Die planbare Verfügbarkeit (bei Strom bedeutet dies die ständige unterbrechungsfreie Bereitstellung von elektrischer Leistung)³⁶⁾.
- Die Betriebssicherheit (die objektiv vorhandene Gefahr für Bediener/Belegschaft und Unbeteiligte liegt unterhalb einer per Werturteil als akzeptabel erachteten Maximalschwelle).³⁷⁾
- Die Freiheit und Grundrechte der Bürger und Unternehmen.

Die wichtigsten Optimierungskriterien sind:

- Der Grad der zu erzielenden Versorgungssicherheit;³⁸⁾
- Die Preise und Kosten;
- Der Natur- und Landschaftsschutz³⁹⁾;
- Die Wertschöpfung im Inland.⁴⁰⁾

Vorschläge, die KO-Kriterien verletzen, sind unbrauchbar und sollten aus den Köpfen verbannt werden. In die Endauswahl gehören die Optionen, die die Optimierungskriterien gut erfüllen.

Für die energiepolitische Diskussion werden nun folgende prinzipielle Fragestellungen erkennbar:

- Wie kann Strom für die Netze sinnvoll produziert werden?
- Wie kann die Versorgung mit Brenn- und Kraftstoffen („Energieträgern“) auch in Zukunft sichergestellt werden?
- Wie sollen die Entscheidungen auf Bürger, Unternehmen und Politik aufgeteilt werden?

Diese letzte Frage – die nach der Wirtschaftsform - ist der eigentliche Kern dessen, was erörtert werden muß (S. 12 f.).⁴¹⁾

Kein Abschweifen in den Einspar-Hype

Ein Thema gehört nicht in die Energiedebatte: das freiwillige oder erzwungene Energiesparen. Der sparsame Einsatz von Ressourcen ist Teil des allgemeinen Wirtschaftsprinzips – daran arbeitet jedes Unternehmen jeden Tag.⁴²⁾ Größere Einsparpotentiale sind daher Fiktion. Bürger benötigen Energie, die sie als Folge freier Entscheidungen beschaffen wollen, und gute Energiepolitik stellt sicher, daß genug Energie angeboten werden kann (S. 16 f.).⁴³⁾

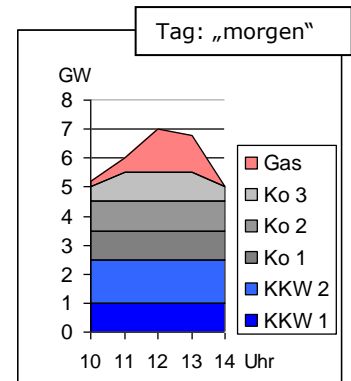


Abb 6: KO-Kriterien

Der Betrieb dieses fiktiven Stromnetzes erfordert die Vorausdisposition planbarer Kraftwerksleistung.

Kraftwerke, deren Leistung nicht vorhersagbar ist, können nicht eingeplant werden. Speisen sie dann doch etwas ein, müssen zuvor eingeplante Kraftwerke abgeschaltet werden – falls der Gesetzgeber das weiterhin erzwingt.

Als Ergebnis davon wird der Betrieb der „Schattenkraftwerke“ unwirtschaftlich – die Energieversorger drohen mit deren Abschaltung.⁴⁴⁾

Graphik: © KE Research 2013

Kriterien der Willkür

In der deutschen Energiewirtschaft stehen die Zeichen auf Obrigkeitsstaat und Planwirtschaft. Eine Vielzahl von oft extrem voluminösen Gesetzen wurde beschlossen, die die zur Planung benötigten Kriterienkataloge mit neuen und oft ideologischen oder rein bürokratischen Forderungen aufblähen.⁴⁵⁾

Entsprechend unseren Unternehmensgrundsätzen betrachten wir Gesetze als Objekte politischer Gestaltung. Bei der Entwicklung visionärer Zukunftsmodelle werden daher von uns alle als willkürlich empfundenen Restriktionen ignoriert. Wir empfehlen statt dessen deren konsequente Abschaffung.



Abb. 7: Auszeichnung für den „Club of Rome“

Für die Erschaffung der Mega-Angst „Versiegen der Rohstoffe“ gab es 1973 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Diese Branche gehört allerdings zu den Profiteuren jeder kollektiven Hysterie. Weltweit wurden die von Fachleuten heftig kritisierten „Grenzen des Wachstums“ bis 2003 12 Millionen mal verkauft.⁴⁶⁾

Für die Kritiker, die vor Panik warnten und Recht behielten, gab es nach unserer Kenntnis bisher keine Ehrung - und kein Geld.

Foto: Engelbert Reineke, Bundesarchiv



Abb 8: Öl und Krieg

Brennende Ölquellen in Kuwait 1991 - nach irakischer Invasion und alliierter Gegenoffensive.

Ölknappheit am Markt und Krieg stehen in Wechselwirkung. Wenn die Ölpreise in den letzten Jahrzehnten phasenweise anstiegen, waren oft Kriege, Embargos oder innere Unruhen in den Förderländern verantwortlich.

Derzeit ist es u.a. die Krise um den Iran, die die Ölpreise oben hält.⁴⁷⁾

Foto: US Army (gemeinfrei)

„German Angst“ – der Klotz am Bein der Energiepolitik

Der Hauptantrieb der Energiedebatte war in den letzten Jahren die Angst. Sie wird von Kampagnengruppen und Medien geschürt und von Politikern genutzt, um sich als „Retter“ zu inszenieren.

Es waren vor allem **drei „Mega-Ängste“**, die das deutsche Energiedebakel entscheidend mitverursachten:

- Die angeblich bald bevorstehende Verknappung der Rohstoffe, insbesondere der „fossilen“ Energieträger Kohle, Öl und Gas;
- Die angeblich drohende „Klimakatastrophe“, ausgelöst von vom Menschen freigesetzten „Treibhausgasen“ wie CO₂ und Methan;
- Die angeblich von Kernkraftwerken und Endlagern ausgehende schleichende Verstrahlung der Umgebung, sowie das „Restrisiko“ eines „SuperGAU“ mit Zehntausenden von Strahlungsoptfern.

Aber sind diese Gefahren real? Oder beruhen sie nur auf Übertreibung - oder purer Einbildung? Werden sie von ihren Verkündern benutzt, um reale Optionen der Energieversorgung zu diskreditieren und anderen Branchen Geschäft zuschanzen zu können?

Mega-Angst Nr. 1 - Die „schwindenden Rohstoffe“

Mit der Geschichte der Menschheit einher ging die Entdeckung von Rohstoffen. Während die Menschen lernten, diese Rohstoffe zu nutzen, entstand bald aber auch die Befürchtung, daß sie ausgehen könnten. Viele Kriege wurden um Rohstoffe geführt: um die Fördergebiete - oder um die Transportwege dorthin.

Diese Sorge hat sich im 20. Jahrhundert zugespitzt:⁴⁸⁾ 1972 veröffentlichte der „Club of Rome“ die von der Volkswagenstiftung bezahlte Studie „Die Grenzen des Wachstums“⁴⁹⁾ (Abb. 7). Die Kernthese: unter bestimmten Annahmen sollten viele Rohstoffe (z.B. Öl) bereits vor dem Jahr 2000 rar geworden sein.⁵⁰⁾

Obwohl Methode und Ergebnis dieser Arbeit sofort kritisiert wurden⁵¹⁾ und sich sämtliche Prognosen des „Club“ inzwischen als falsch erwiesen haben,⁵²⁾ wurden die „versiegenden Rohstoffe“ schnell zur zeitgeistbestimmenden Mega-Angst.⁵³⁾

Die Kernfrage ist hier: Droht tatsächlich in absehbarer Zeit eine Verknappung oder gar ein Verschwinden der Ressourcen?

Die Behauptung klingt plausibel, ist es aber nicht. Denn die ganze Erde ist ein gigantischer Ball aus Rohstoffen.⁵⁴⁾ Kohle wird bis zu einer Tiefe von 1,5 km, Gold bis zu 3,9 km gefördert,⁵⁵⁾ und Bohrungen nach Öl und Gas wurden schon bis über 12 km Tiefe durchgeführt.⁵⁶⁾ Allerdings ist nur ein winziger Teil dieser Sphäre überhaupt durchsucht. Prospektion und Exploration sind langwierig und teuer und binden Kapital.⁵⁷⁾ Sie lohnen sich für ein Unternehmen nur, wenn in dem betreffenden Staat eine Abbaukonzession gesichert werden kann, die unter stabilen politischen Verhältnissen langfristig Bestand hat,⁵⁸⁾ und mit deren Nutzung auch in nicht allzu ferner Zukunft begonnen werden kann.

Das gilt auch für Kohle, Öl und Gas. Wie wir aus der Schule wissen, sind diese Rohstoffe „fossil“: Überreste abgestorbener Pflanzen, Algen, Bakterien. Daher sind sie nur in begrenzten Mengen vorhanden, die jetzt schnell aufgebraucht werden.⁵⁹⁾ Alsbald schon soll das Fördermaximum erreicht sein („Peak Oil“) und danach die Ausbeute unentzinnbar zurückgehen.⁶⁰⁾

Aber gegen diese „biogene“ Deutung gibt es gewichtige Einwände. Wir teilen sie in drei Kategorien ein:

Logistische:

- Kohlenstoff ist keineswegs selten, sondern im Weltall das vierthäufigste Element.⁶²⁾ Daher muß er auch bei der Formung der Erde reichlich vorhanden gewesen sein. Aber wo ist er? ⁶³⁾
- Die bisher in vielen Lagerstätten gefundenen Mengen seien viel zu groß, als daß sie „fossil“ gedeutet werden könnten;⁶⁴⁾
- einige bereits ausgebeutete Ölquellen füllten sich offenbar aus der Tiefe wieder auf und brächten danach wieder Erträge;⁶⁵⁾

Geologische:

- Die Quellen seien geographisch falsch verteilt, weil sie tektonischen Bruchmustern der Erdkruste folgten und nicht den Sedimentschichtungen (Beispiele in Abb. 9 u. 10, 50 und 52).⁶⁶⁾
- viele erkannte Vorkommen lägen in der geologischen Schichtung viel zu tief, weit unterhalb der tiefsten fossilführenden Schicht;⁶⁷⁾

Chemische:

- Substanzen aus toten Lebewesen sind stark oxidiert und energiearm. Nur durch natürliche Abbauprozesse könnten daher nicht energiereichere Kohlenwasserstoffe (KWS) entstehen.⁶⁸⁾
- Nie sei es im Labor gelungen, aus biologischem Material auch nur entfernt an Erdöl erinnernde Stoffgemische zu erzeugen.⁶⁹⁾

Wissenschaftler vor allem aus der damaligen UdSSR (Abb. 11) untermauerten seit 1951 die Hypothese, Öl und Gas seien „abiotischen“ Ursprungs,⁷⁰⁾ d.h. durch chemische Prozesse in großer Tiefe entstanden.⁷¹⁾ Experimente im Labor waren erfolgreich.⁷²⁾ Westliche Geologen lehnen diesen Ansatz aber zumeist ab.⁷³⁾

Träfe die abiotische Theorie zu, gäbe es Öl nicht nur in den obersten 4 km der Erdkruste, sondern den obersten 150 km, und es würde in der Tiefe laufend Öl entstehen.

Wir haben die Debatte um die Entstehung der „fossilen Brennstoffe“ erst in Ansätzen gesichtet und stellen daher zunächst nur fest, daß sie existiert.⁷⁴⁾ Aber die Argumentationskette, Öl und Gas seien fossil, daher knapp, und daher sei bald nichts mehr da, ist löchrig und von der Realität überholt: In den letzten Jahrzehnten wurden ständig neue und oft riesige Vorkommen von Öl und Gas entdeckt (Abb. 44).⁷⁵⁾ Eine baldige Verknappung ist nicht erkennbar.⁷⁶⁾ Panik ist fehl am Platz. Jetzt versuchen die Ökologos, die Erschließung neuer Fördergebiete zu verhindern.⁷⁷⁾

Völlig unbewiesen ist die Behauptung, die Uran-Vorräte gingen zuneige.⁷⁸⁾ Kein KKW-Betreiber fürchtet einen Uranmangel.⁷⁹⁾



Abb. 9: Wo liegt das Öl?

Fördergebiete in der Nordsee: Öl (grün), Gas (rot).

Karte: Wikipedia



Abb. 10: Bruchzonen

Verschiedene tektonische Bruchzonen in der Nordsee.

Karte: NASA;
<http://denali.gsfc.nasa.gov/dtam/data/ftp/gtam.pdf>



Abb. 11: Öl nichtfossil?

Nikolai A. Kudryavtsev (1893-1971) war in der ehemaligen Sowjetunion der Vorkämpfer der abiotischen Theorie der Erdölentstehung. Im Westen wurde die teils ignoriert, teils heftig bekämpft.

Foto: Vasyi Sozansky (gemeinfrei)



Abb. 12: Der Wahn beginnt

Diese Titelstory des Hamburger Wochenblatts vom 11. August 1986 mit dem neu erfundenen Begriff „Klima-Katastrophe“ bildete den Auftakt für die pandemische Verbreitung der Klimaangst in Deutschland.⁸⁰⁾

Wenn uns bei der Betrachtung des bereits entstandenen mehrstelligen Milliarden Schadens ein Aspekt erschauern läßt, dann ist es das völlige Versagen der Medien. Sie haben die wachsende Hysterie nie hinterfragt, sondern gefördert. Oft haben sie an Diffamierungskampagnen gegen Kritiker des Öko-Wahns mitgewirkt.⁸¹⁾

Bild:
www.spiegel.de/spiegel/print/index-1986-33.html

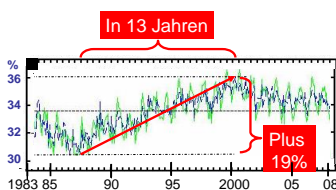


Abb. 13: Blauer Himmel (weltweit, vereinfacht)

Der Anteil des Blauen Himmels ist nicht konstant. Das im Rahmen des internationalen Forschungsprojekts ISCCP bisher erkannte Maximum lag um fast 19% über dem Minimum des Jahres 1987. In den 1990er Jahren stiegen daher die Temperaturen.

Graphik: Ermecke (2009), verändert. Original ISCCP

Mega-Angst Nr. 2 – Die „Klimakatastrophe“

„Treibhausgase“ wie CO₂ oder Methan (CH₄) wärmen die Erde. Ohne sie wäre es – so wird behauptet – um 33 Grad kälter und die Erde somit unbewohnbar.⁸²⁾ Stiege aber der CO₂-Gehalt der Luft an,⁸³⁾ so führe dies zu noch weiterer Aufheizung.⁸⁴⁾ Die drohende Konsequenz: die „Klimakatastrophe“ (Abb. 12).⁸⁵⁾

Die Geschichte ist so gut, daß sie fast jeder glaubt, insbesondere fast jeder Journalist, fast jeder Lehrer und fast jeder Politiker.⁸⁶⁾ Wir aber glauben sie nicht, denn wir haben sie in einem mehrjährigen Projekt überprüft. Die Ergebnisse haben wir 2009 in dem Report „[Rettung vor den Klimarettern](#)“ erläutert und 2013 ergänzt: „[Der Treibhauseffekt: Schlimme Gefahr - oder nur ein Märchen?](#)“

Warum ist die Story falsch? Hier die entscheidenden Gründe:⁸⁷⁾

Grund 1: Schwankende Bewölkung steuert die Temperaturen

- Ob es im Laufe des Tages kalt bleibt oder warm wird, hängt von der Bewölkung ab: Ist der Himmel blau, wird es deutlich wärmer als an bedeckten Tagen. Im globalen Maßstab gilt das auch.⁸⁸⁾
- Seit 1983 wird die Bewölkung ständig von Satelliten vermessen. Seitdem wurde erkannt, daß der Anteil des Blauen Himmels stark schwankt. Von 1987-2000 ist er deutlich gestiegen (Abb. 13).
- Der Bevölkerung wird diese Erkenntnis verschwiegen, um deren Aufmerksamkeit auf das CO₂ lenken zu können.⁸⁹⁾

Grund 2: „Treibhausgase“ kühlen die Erde⁹⁰⁾

- Die Erde hat (ingenieurstechnisch ausgedrückt) ein „Kühlsystem“. Dieses strahlt ständig Energie ins Weltall ab.
- 70% dieser Abstrahlung stammen aus der Atmosphäre. Deren Hauptgase Stickstoff, Sauerstoff und Argon können aber gar nicht strahlen. Paradoxe Weise sind es die „Treibhausgase“, die die Energie ins Weltall abstrahlen und so die Atmosphäre kühlen!
- Wenn diese Gase aber die Atmosphäre kühlen, kann deren Konzentrationsanstieg keine „Erderwärmung“ bewirken.

Grund 3: Jede CO₂-Erderwärmung scheitert am Energiemangel

- Ist eine Herdplatte heiß, strahlt sie fühlbar Energie ab – dadurch kühlt sie aus.⁹¹⁾ Wir müssen ihr ständig (elektrische) Energie zuführen, damit sie zuerst heiß wird und dann auch heiß bleibt.
- Soll die Platte noch heißer werden, erhöhen wir die Stromzufuhr. Damit kompensieren wir den zusätzlichen Energieverlust, den die Platte bei gesteigerter Temperatur erleidet.
- Für die Erde gilt das auch. Würde sie überall wärmer, würde die Abstrahlung ins Weltall und damit die „Kühlleistung“ zunehmen.
- „Erderwärmung“ können wir daher nur herbeiführen, wenn wir den zu erwartenden Anstieg der Kühlleistung kompensieren. Wir brauchen zusätzliche Heizleistung. Die aber kann nur von der Sonne kommen: z.B. durch eine Zunahme des Blauen Himmels.
- CO₂ kann keine zusätzliche Heizleistung herbeischaffen. Die behauptete „CO₂-Erderwärmung“ scheitert am Energiemangel.

Mega-Angst Nr. 3 – Der Tod durch Strahlung

Agitation gegen die Kernenergie gibt es in Deutschland seit den 1950er Jahren.⁹²⁾ Sie basiert auf dogmatisch verfestigten und oft emotional überschäumend verteidigten Grundüberzeugungen:

- Strahlung aus „Atomkraftwerken“ und „Atommüll“ ist in kleinsten Dosen gefährlich, erzeugt Strahlenkrankheit und Krebs.⁹³⁾
- Strahlung aus Kraftwerk / Transportbehälter / Wiederaufarbeitungsanlage / Endlager kann - irgendwie – entweichen.⁹⁴⁾
- Ein „GAU“ oder „Super-GAU“ macht das Land auf Dauer unbewohnbar⁹⁵⁾ und tötet zahllose Menschen.⁹⁶⁾
- Sicherheitssysteme und sonstige Vorkehrungen sind nicht beachtenswert, da sie im Ernstfall ohnehin versagen („Restrisiko“).⁹⁷⁾
- Erdbeben⁹⁸⁾ und Flugzeugabstürze⁹⁹⁾ gefährden die KKW, die „Endlagerung“ ist „ungeklärt“ (s. Kasten rechts).¹⁰⁰⁾

Forscht man vorurteilsfrei nach, ergibt sich ein ganz anderes Bild:

- Es gibt auf der Erde Regionen mit einer sehr hohen Radioaktivität: über hundertmal höher als in Deutschland. Umfassende medizinische Untersuchungen dort bestätigten aber gerade nicht die vorhergesagten Gesundheitsschäden. Im Gegenteil: zum Teil sind die ermittelten Krebsraten deutlich niedriger als bei uns.¹⁰¹⁾
- Radioaktivität kann man mit geringem Aufwand präzise messen. Wo nichts gemessen wird, ist nichts da.⁹⁴⁾
- Es gab bisher in Jahrzehnten nur sehr wenige Unfälle (nur zwei!) mit Leichtwasserreaktoren (dem in Deutschland und der Schweiz verwendeten Grundtyp). Weder in Harrisburg (USA, 1979, „GAU“) noch in Fukushima (Japan, 2011, „Vierfach-SuperGAU“) gab es auch nur einen einzigen Strahlungsverletzten oder -Toten.¹⁰²⁾
- Kommt es im Reaktor zu einer Störung, wird er abgeschaltet. Dadurch sinkt die Wärmeentwicklung binnen Sekunden auf einen Bruchteil. Kurz nach der Abschaltung reicht daher die Pumpleistung einer einzigen typischen Feuerweerpumpe, um den Reaktor auf Dauer ausreichend mit Wasser zu versorgen.¹⁰³⁾

Den Fukushima-Unfall hatten wir schon im Detail analysiert (Ermecke, 2011). Folgende Ergebnisse sind hier bedeutsam:

- Japan betrieb vor dem Unfall 55 Reaktoren, aber keiner wurde jemals durch ein Erdbeben wesentlich beschädigt. Die besondere Erdbebengefährdung von Kernkraftwerken ist ein Hirngespinnst.¹⁰⁴⁾ Bei starken Beben sind Staudämme die primäre Bedrohung.¹⁰⁵⁾
- Der Tsunami traf 14 Reaktoren, aber nur vier havarierten. Dort traf die Naturgewalt auf fehlende Sicherheitsvorkehrungen.¹⁰⁶⁾

Ein Flugzeug ist ein Verkehrsmittel: ein Meisterwerk in filigraner Leichtbauweise, aber keine bunkerbrechende Bombe. Durch die Stahlbetonstrukturen eines KKW schlägt es nicht durch.¹⁰⁷⁾ Flugzeugentführungen wurden nach dem 11. September 2001 erfolgreich verhindert. Aus Sicht von Terroristen gäbe es lohnendere Ziele als ausgerechnet die bunkerähnlichen KKW.¹⁰⁸⁾

Die Medien haben alle diese Fakten bisher komplett ignoriert.¹⁰⁹⁾

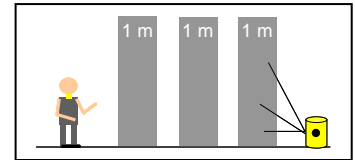


Abb. 14: „Endlagerung“ das erfundene Problem

Radioaktive Isotope – egal ob natürlichen oder technischen Ursprungs – zerfallen nach und nach, dabei senden sie Strahlung unterschiedlicher Art aus. Vor der Strahlung haben viele Menschen Angst.

Aber wenn Strahlung Materie durchdringt, wird sie absorbiert. Die Strahlung verschwindet, ihre Energie wird in harmlose Wärme umgewandelt, die in die Umgebung abfließt.¹¹⁰⁾

Die Intensität selbst einer „harten“ (=energiereichen) Gammastrahlung wird beim Durchdringen von max. 1 m Gestein auf ein Tausendstel reduziert, bei 2 m auf ein Millionstel, bei 3 m auf ein Milliardstel.¹¹¹⁾ Nur wenige Meter Gestein reichen daher aus, um die Strahlung komplett zu beseitigen.

Diese Absorption geschieht zuverlässig und unbefristet sowie völlig kostenlos.¹¹²⁾

„Zukünftige Generationen“ werden weltweit tausende von Kernkraftwerken betreiben und dazu Lager für Abfälle unterhalten. Da die Überwachung bereits eingelagerter Altabfälle (falls überhaupt - je nach gewähltem Konzept) nur noch sehr geringe Kosten verursacht, kann von einer besonderen „Belastung zukünftiger Generationen“ keine Rede sein.

Unter allen von uns bisher hinterfragten Öko-Ängsten ist die vor der angeblich ungelösten Endlagerfrage die absurdeste.

Graphik: © KE Research 2013



Abb. 15: Nationale Vision

Als US-Präsident Kennedy es 1961 zum Ziel erklärte, bis zum Ende des Jahrzehnts Amerikaner auf den Mond zu bringen, weckte er landesweite Begeisterung. Die besten Köpfe und viel Geld wurden mobilisiert, um eine Unzahl technischer Herausforderungen zu meistern. Das Ergebnis war nicht nur die Fahne auf dem Mond, sondern vor allem die jahrelange Vorherrschaft der USA in einem breiten Spektrum strategisch wichtiger Technologien.

Foto: NASA



Abb. 16: Retro-Vision

Deutsche Visionen sind anders. So bedeutet „Energiewende“ zunächst nicht den Aufbau, sondern die Vernichtung einer eigenen Industrie. In dem strategisch wichtigen Kraftwerksbau (u.a. von KKW) war Deutschland viele Jahre lang weltweit führend.

Jetzt sehnt man sich nach Windrädern. Die gab es in Europa massenhaft um 1600, ab etwa 1780 verschwanden sie nach und nach, weil Dampfmaschinen und später Stromnetze planbare Leistung liefern konnten. Windräder waren der moderneren Technik hoffnungslos unterlegen.

Foto: ©Kunstkopie.de: „Landscape with Mills“, Jan Breughel d.J., 17.Jh.

Die leuchtende Heilserwartung

„Erneuerbare Energie ist sauber“, und „Wind und Sonne senden uns keine Rechnung“. Das ist der feste Glaube der Politik, denn bis auf ein paar unbeugsame Kleinparteien versprechen uns alle das „Zeitalter der Erneuerbaren Energie“. Die sei „nachhaltig“, „schütze das Klima“ und „schone die Umwelt“.

Klares Denken erfordert präzise Begriffe. Viele oft benutzte Worte aber transportieren Irrtümer, denen ihre Schöpfer selbst erlegen waren, oder die sie uns subtil zu vermitteln hoffen.

„Aufräumen in den Köpfen“ ist wie jedes Aufräumen: es erfordert Übersicht. Wir starten mit dem Entrümpeln unserer Begriffswelt:

„**Klima**“ ist eine Statistik von Wetterdaten, heute oft verbunden mit einer politischen Interpretation.¹¹³⁾ Ist „**Klimaschutz**“ also der Schutz der Statistik? Oder der der politischen Bewertung? Warum spricht niemand von „Wetterschutz“, wenn er die Wetterstatistik beeinflussen will? Diese wenigen Überlegungen lassen erahnen, daß die die Idee, „Klima zu schützen“, offensichtlich keine Substanz hat – sie fällt in die Sphäre der esoterischen Spinnelei.¹¹⁴⁾ Der CO₂-Temperatureinfluß ist ohnehin widerlegt (S. 8).

„**Umwelt**“ ist eine idealisierte abstrakte Sphäre.¹¹⁵⁾ Kraft Werturteil ist sie stets am besten ohne Mensch, fallweise erträglich mit Mensch, und stets in Gefahr, sobald der Mensch sich anschickt, irgendetwas zu verändern. Folglich muß die „Umwelt“ „geschützt“ werden – vor dem Menschen! Eine ungeheure Flut medialer Volkspädagogik schürt diese Gefühlslage.¹¹⁶⁾

Das Problem mit diesem Begriff liegt darin, daß die Konkretisierung dessen, was eigentlich in Gefahr sein soll und warum, äußerst vage bleibt – es wird lediglich exemplarisch skizziert.¹¹⁷⁾

Diese bewußt herbeigeführte Entkopplung erlaubt das stillschweigende Einführen von Ideologie und filternden Werturteilen. Ähnlich einer Theaterbühne, auf der im ersten Jahr das Stück „Robbenbaby“ läuft und im zweiten Jahr das Stück „Eisbär“¹¹⁸⁾, wird nur das „Umwelt“ genannt, womit die Produzenten das Publikum gerade emotional bewegen wollen:¹¹⁹⁾

- Die Ästhetik einer Landschaft ist „Umwelt“ und damit heilig. Kein Transrapid¹²⁰⁾, kein Flughafen und kein Kühlturm darf sie stören.
- Geht es jedoch um Windparks, ist die Landschaft nicht „Umwelt“. Die „Umweltschützer“ sind abgetaucht. Oder sie trommeln für „Erneuerbare Energie“. Denn die „schont ja die Umwelt“ (s.o.).¹²¹⁾
- Solaranlagen blenden die Nachbarn.¹²²⁾ Und sie enthalten Cadmium und Tellur, „Energiesparlampen“ Quecksilber. Diese Stoffe sind hochgiftig. Gefährden sie also „die Umwelt“? Entsorgung? Die Umweltretter schweigen.
- Monokulturen „gefährden die Artenvielfalt“. Werden aber ganze Landstriche mit Mais bepflanzt - für „Bio-Sprit“ - ist alles gut.
- Pflanzen leben vom CO₂, aber das ist böse: „das Umweltgift“!

„Nachhaltigkeit“ lobt ein Tun, das vorgeblich die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen bewahrt.¹²³⁾ Aber was heißt das? Ebenso wie „Umwelt“ ist „Nachhaltigkeit“ lediglich eine Worthülse, die durch jahrelange Werbung in den Köpfen der Menschen mit positiven Attributen vorbelegt wurde. „Nachhaltig“ ist immer „gut“. In einer politischen Diskussion kann der jeweilige Wortführer eine solche Hülse benutzen, indem er beliebige Inhalte hineinfüllt. Er kann so jede Aktivität für „nachhaltig“ oder für „nicht nachhaltig“ erklären. Das erinnert an einen sehr viel älteren Begriff, der genauso benutzt wurde. Der lautete: „gottgefällig“!

Wann aber wirken solche Vokabeln? Das hängt davon ab, wem das Volk die **Deutungshoheit** zuspricht. Der Kampf um die Deutungshoheit bestimmt das Schicksal Deutschlands in Bezug auf den Erhalt seines Wohlstandes und seiner industriellen Basis.¹²⁴⁾

Nach diesen vorbereitenden Überlegungen können wir nun die „grünen“ Energieformen konkret auf den Prüfstand stellen. Genannt werden sie **„Erneuerbare Energie“**.

Aber dieser Begriff ist physikalisch unsinnig (vgl. S. 4): er führt in die Irre und ist für eine fundierte Debatte nicht tauglich. Wer für Windräder und Solaranlagen unbedingt einen Oberbegriff finden will, sollte den aus gemeinsamen objektiven Merkmalen ableiten. Dazu bieten sich die Größenordnung an, und die Einspeisecharakteristik (Abb. 17 f.). Neuere Kernkraftwerke haben pro Block eine elektrische Leistung von etwa 1500 MW. Sehr große Windräder leisten bei optimaler Windstärke 1 – 5 MW. Sie sind also klein, und Solaranlagen sind noch viel kleiner. Korrekt wäre es daher, sie **„Kleinanlagen mit Zufallsleistung“** zu nennen.¹²⁵⁾

In der Energieversorgung gelten die „Economies of Scale“: große Anlagen sind wirtschaftlich, kleine nicht. Wer „Strompreise wie in Texas“ anpeilt, muß in großen Einheiten denken. Nicht zufällig sind in Hawaii, wo die Versorgung der über viele Inseln verstreuten Bevölkerung den Einsatz vieler kleiner Kraftwerke erfordert, die Strompreise dreimal so hoch wie in Texas (Abb. 67).¹²⁶⁾

Die gepriesenen „Erneuerbaren“ verletzen KO-Kriterien:

- Solar- und Windanlagen liefern keine planbare Leistung¹²⁷⁾ (Abb. 17 f.). Weil aber ständig vorgeplante Leistung bereitstehen muß, muß der gesamte konventionelle Kraftwerkspark verfügbar gehalten werden.¹²⁸⁾ Windparks ersetzen also kein einziges Kraftwerk.
- „Stromspeicher“, um „Windstrom zu speichern“,¹²⁹⁾ existieren nicht, sie sind bis auf Weiteres reine Phantasiegebilde.¹³⁰⁾
- Um bei Flaute oder Sturm die fehlende Leistung zu kompensieren, kann man Gaskraftwerke benutzen. Die laufen mit Erdgas.¹³¹⁾
- Gas aus dem Ausland fließt nur bei politischem Wohlwollen. Steigende Abhängigkeit wäre gefährlich.¹³²⁾
- „Biogas“ ist minderwertig, viel teurer als Erdgas und nur in kleinen Mengen verfügbar. Seine „Vermarktung“ erfordert Zwang.¹³³⁾
- Der Abnahme- und Vergütungszwang für unbegrenzte Zufalls-mengen von Wind- und Solarstrom verletzt die Verfassung.¹³⁴⁾
- Fusionsreaktoren sind nach heutigem Stand Science Fiction.¹³⁵⁾

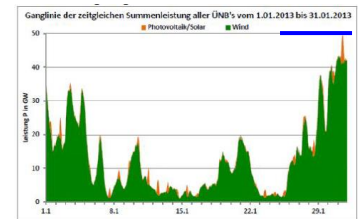


Abb 17: Einspeisung wozu?

Diese Kurve zeigt in grün die Einspeisung aller deutschen Windparks und in orange die aller Solaranlagen im dunklen und kalten Januar 2013. Zusammen erreichen die an einem Tag fast 50 GW (blaue Markierung), bleiben aber an sechs Tagen zumindest zeitweilig unter 2 GW..

In Deutschland werden in der Tagesspitze oft über 80 GW elektrischer Leistung benötigt.¹³⁶⁾

Graphik: Helmut Alt (2013)

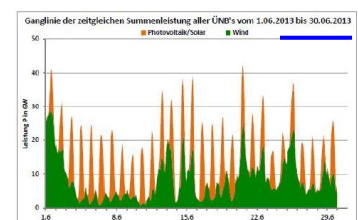


Abb 18: Stromversorgung oder Selbstbetrug?

Das Problem verlagert sich im warmen Juni 2013. Jetzt weht zwar oft kaum Wind, aber die Solaranlagen fluten jeden Tag stundenweise die Netze. Allein konventionelle Kraftwerke sichern den Netzbetrieb, müssen aber um des ideologischen Scheins willen jeden Tag ab- und wieder angeschaltet werden.

Das KO-Kriterium „planbare unterbrechungsfreie Bereitstellung“ wird klar verletzt.

Wind- und Solaranlagen können nur Zufallsstrommengen anliefern und sind daher für die Stromerzeugung im Netz ungeeignet. Ihr einziger erkennbarer Zweck ist die Bereicherung ihrer Betreiber.

Graphik: Helmut Alt (2013)



Abb. 19: Der grüne Traum?

Diese Autobahn ist leer. In Nordkorea, wo dieses Bild 2005 entstand, spielt es kaum eine Rolle, ob die Menschen zu arm sind für den Sprit oder für das Fahrzeug.

Mobilität ist dort etwas für die Armee – und für die herrschende Clique.

Tyrannie, Zwangswirtschaft und Armut stehen in enger Wechselwirkung. Das Regime verfolgt seine Ziele an der Bevölkerung vorbei.

Foto: „Analog“, Creative Commons Lizenz, gefunden in Wikipedia.



Abb. 20: Kinder und Macht

Merkmal jeder Diktatur ist der Zugriff auf die Köpfe und Herzen der Kinder. Der Nachwuchs wird „organisiert“ und gehirngewaschen. In der „DDR“ waren es - neben den Schulen - „Junge Pioniere“ und FDJ, die für die SED-Diktatur diese Rolle wahrnahmen.

Foto: www.cicero.de

Von der Abschaffung des Marktes und der Freiheit

Marktwirtschaft ist die Blaupause für Wohlstand. Sie begünstigt Wachstum, und Wachstum bringt steigenden Wohlstand. Der stetige Wiederaufstieg Deutschlands aus den Trümmern des Krieges wäre ohne freie Wirtschaft nicht denkbar gewesen.

Die Kehrseite ist ebenso eindeutig: Planwirtschaft funktioniert nicht. Sie hält Völker in bitterster Armut und geht oft einher mit Unfreiheit und Diktatur. In Südkorea gibt es eine freie Wirtschaft und eine inzwischen moderne und wohlhabende Gesellschaft.¹³⁷⁾ Im stalinistischen Kriegerstaat Nordkorea (Abb. 19) verhungern Kinder. Menschen werden auf offener Straße hingerichtet.¹³⁸⁾

Auch in Deutschland erwies sich die Zentralplanung der Wirtschaft als Flop.¹³⁹⁾ Das kommunistische SED-Regime war nie in der Lage, die Bevölkerung mit Autos, Südfrüchten und Kaffee zu versorgen, und selbst Toilettenpapier fehlte oft.¹⁴⁰⁾ Das Volk wurde derweil mit Parolen und Versprechungen hingehalten. Wer das Regime kritisierte oder ihm zu entkommen suchte, wurde schikaniert, eingesperrt, gefoltert. Oder manchmal auch erschossen.

Freie Marktwirtschaft führt zu Wohlstand und maximiert den Nutzen der Bürger. Aber warum? Die wichtigsten Gründe:

- Alle Marktteilnehmer, also Bürger und Unternehmen, entscheiden selbst, was sie als Nutzen empfinden.¹⁴¹⁾ Ihre Ziele legen sie selbst fest. Niemand schreibt sie ihnen vor.
- Alle Marktteilnehmer dürfen selbst entscheiden, wie sie ihre Ziele verfolgen: also was sie kaufen, und was und wie sie produzieren.
- Frei verhandelte Preise zeigen die Knappheit der Güter und lenken Ressourcen dorthin, wo sie den größten Wertbeitrag leisten.
- Güter, die keiner will, werden nicht gekauft und in der Folge nicht mehr produziert. Märkte steuern und bereinigen sich von selbst.
- Alle Marktteilnehmer können die Auswirkungen früherer Entscheidungen beobachten und ggf. das eigene Handeln verbessern.
- Die Möglichkeit, durch gute Entscheidungen die eigene Situation zu verbessern, mobilisiert Leistungswillen und Kreativität.

Eine freie Marktwirtschaft erfordert einen verfassungsrechtlichen Rahmen, der die Eingriffsmöglichkeiten der Politik strikt limitiert. Wird dieser Rahmen unterminiert und bricht er ein, gehen nach und nach Marktwirtschaft, Wohlstand und Freiheit verloren.

Vor diesem Hintergrund ist die politische Entwicklung in Deutschland beklemmend. Die Wirtschaft wird in Richtung Planwirtschaft transformiert (Abb. 21 f.), Grundrechte unterminiert, die Freiheit stückweise abgeschafft. Die Menge der staatlichen Zwangsmaßnahmen ist unübersehbar. Wir greifen einige Beispiele heraus:

Korb 1 – das CO₂-Zertifikateregime¹⁴²⁾

- Faktisches Verbot jeglicher Produktion von Energie, Gütern und bestimmten Dienstleistungen (z.B. Flugreisen) durch das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz („TEHG“). Die Gewerbefreiheit (verankert in Art. 12 und 14 GG) ist im Ergebnis abgeschafft.

- Von dem Produktionsverbot können sich Produzenten freikaufen. Dazu müssen sie „Berechtigungen“ („Zertifikate“) erwerben.
- Unternehmen bestimmter Branchen und Größenordnung werden nach politischer Willkür in dieses Verbot einbezogen oder befreit, Zertifikate frei zugeteilt oder versteigert, ein Mißsachen des Systems unterdrückt oder toleriert. Dies erlaubt es, Vermögen und Wertschöpfung in gigantischem Ausmaß subtil umzuverteilen.¹⁴³⁾
- Zwang zur Unterwerfung für Verbände und Unternehmen: wer sich widersetzt oder öffentlich meckert, bekommt vom Staat demnächst vielleicht weniger Zertifikate zugeteilt.



Abb. 21: Wohin führt die „Große Transformation“?

Hans-Joachim Schellnhuber ist Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und Gallionsfigur einer „Wissenschaft“, deren Basishypothesen widerlegt sind (S. 8).

Er leitet auch den WBGU („Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung“). Der bastelt an der „Großen Transformation“.¹⁶¹⁾

Die „Transformation“ ist ein wortreich beworbenes Konzept. Entkleidet man es des Geschwafels, erscheint ein Plan zur zwangsweisen Umerziehung der Bevölkerung und zur Abschaffung von Freiheit und Demokratie.¹⁶²⁾

Foto: Foto Hollin, CC-Lizenz

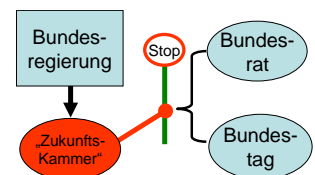


Abb 22: Ade, Parlament?

Struktureller Kern ist die Erweiterung des Parlaments um eine „Zukunftskammer“. Die soll die anderen Kammern bei Bedarf durch Veto blockieren.¹⁶³⁾ In ihr sitzen „ausgeloste engagierte Bürger“. Wer „engagierter Bürger“ ist, bestimmt aber letztlich die Exekutive. Das gewählte Parlament wird so entmachtet, die Gewaltenteilung beseitigt.¹⁶⁴⁾

Graphik: © KE Research 2013

Korb 2 – EnWG und EEG („Erneuerbare Energien-Gesetz“)

- Aufspaltung der die bis dahin integrierten Energieversorgungsunternehmen, zwangsweise Ausgliederung der Netze,¹⁴⁴⁾
- zwangsweise Verpflichtung der Netzbetreiber, fremde Anlagen (z.B. Windparks) anzuschließen, und das auf eigene Kosten,
- zwangsweise Verpflichtung der Netzbetreiber zur Abnahme und Vergütung zufällig angelieferten Wind- und Solarstroms,¹⁴⁵⁾
- Aussperrung konventioneller Kraftwerke vom Geschäft („Einspeisevorrang“): faktische Abschaffung der Gewerbefreiheit auch hier.

Korb 3 – Vernichtung der eigenen Kernenergiebasis

- Faktische Enteignung durch Zwangsabschaltung.¹⁴⁶⁾
- Aufgabe von Weiterentwicklung und Forschung.¹⁴⁷⁾

Korb 4 – Zwangsmaßnahmen gegen Bürger und Industrie

- Verbote von Nachtspeicheröfen (D)¹⁴⁸⁾ und Glühlampen (EU)¹⁴⁹⁾,
- Verpflichtung der Mineralölwirtschaft zur Beimischung von „Biotreibstoff“ gegen den Willen der meisten Autofahrer,¹⁵⁰⁾
- Ruin der deutschen Autoindustrie durch „EU-Abgasnormen“,¹⁵¹⁾
- Gängelung und schleichende Enteignung der Hauseigentümer durch EnEG sowie Bau- und Betriebsvorschriften,¹⁵²⁾
- „Smart Grids“: Zwangsstromsperren in Haushalt und Industrie.¹⁵³⁾

Korb 5 – Subventionen, Sondersteuern, Steuerprivilegien

- Subventionen für Elektroautos und Kfz-Steuerbefreiung,¹⁵⁴⁾
- Subventionen für „Gebäudesanierung“,¹⁵⁵⁾
- Steuern auf Brennelemente (KKW)¹⁵⁶⁾ und Flugtickets,¹⁵⁷⁾
- Die Befreiung „Erneuerbarer Energien“ von der Stromsteuer.¹⁵⁸⁾

Korb 6 – Umsteuerung von Forschung und Lehre

- Bewilligung oder Verweigerung von Forschungsmitteln,¹⁵⁹⁾
- Nichtberufung von Kritikern, Beendigung von Lehraufträgen.¹⁶⁰⁾

Korb 7 – Agitation und Propaganda auf allen Kanälen

Weiteres hierzu im folgenden Abschnitt (S. 14 f.).



Abb. 23: Schaltzentrale

Mit seinem Milliardenbudget ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) eine Hauptschaltzentrale der organisierten Öko-Hysterie.

Von hier aus gehen alljährlich dreistellige Millionenbeträge an Kommunen und Verbände als Zuschüsse für grüne Agitation.¹⁶⁵⁾ Da die Zuschußempfänger eigene Mittel einsetzen müssen, vervielfacht sich das wirksame Volumen.

Foto: Thomas Köhler / photothek.net (Pressefoto BMU)



Abb. 24: Selbstinszenierung mit Eisbär

Der Bestand an Eisbären in der Arktis hat sich seit 1970 deutlich erhöht. Umweltminister (damals Siegmund Gabriel, SPD) und „NGOs“ aber suggerieren unverdrossen deren drohendes Aussterben.¹⁶⁶⁾

Foto: Liesa Johannssen / photothek.net (Pressefoto BMU)

Macher und Angstmacher, Profiteure und Strippenzieher

Wir ziehen ein Zwischenfazit:

- Die Energiepolitik in Deutschland beruht auf planmäßig geschürter Angst. Dagegen gestellt werden illusionäre Heilserwartungen.
- In der entstehenden Stimmungslage werden die Ziele der Energiepolitik ausgetauscht. „Sichere Versorgung mit billiger Energie“ wird ersetzt durch „Rettung der Welt - vor der bösen Zivilisation“.
- Das tatsächliche Ziel ist jedoch „Geld und Macht für die Retter“. Macht wird zentralisiert, Wertschöpfung und Vermögen umverteilt. Manipulation und Zwang sind die Mittel, Unfreiheit die Folge.
- Mit zunehmender Verarmung ist zu rechnen: durch die technische Verschlechterung und Verteuerung der Energieversorgung wird Wertschöpfung unterdrückt oder ins Ausland abgedrängt.

Unsere Mission ist das „Nachdenken für den Standort Deutschland“. Durch die derzeitige „Energiepolitik“ wird dieser mutwillig zerstört. Nach unserer Bewertung ist hier ein parasitäres System entstanden, das sich auf Kosten der Allgemeinheit hemmungslos bereichert. Es kämpft zugleich für die Ausweitung seiner Macht. Werfen wir einen Blick auf die wichtigsten Beteiligten:

Die „Umweltverbände“: „NGOs“ oder Psycho-Konzerne?

Die großen NGOs neigen zu selbstherrlicher Machtausübung,¹⁶⁷⁾ aber vor allem sind sie verkappte Unternehmen. Einige operieren international: mit hochbezahlten Vorständen, festen Mitarbeiterstäben,¹⁶⁸⁾ hohen laufenden Aufwendungen. Folglich brauchen sie laufend Geld.¹⁶⁹⁾ Dies führt zu einer Umkehr der Wirkungsrichtung: während Rentnerinnen und Junglehrer dem WWF Geld spenden, um den Panda zu retten, sprechen die WWF-Werber bei Junglehrern und Rentnerinnen über den Panda, damit die ihnen die Lastschriftenmächtigungen unterschreiben.¹⁷⁰⁾ In der Zwischenzeit hängt das Überleben dieser Tierart vor allem am Willen des Pekinger Regimes. Für den Lauf der Natur sind die Symbolhandlungen der „Umweltschützer“ ohne Belang.¹⁷¹⁾

Uns interessiert aber ein anderer Geschäftszweig der NGOs. Diese trommeln unaufhörlich gegen die angebliche Umweltzerstörung durch Industrie und Staat: jedes Verkehrsprojekt (Flughafen, Bahnhof, Autobahn, Kanal), jedes Kern- oder Kohlekraftwerk, jede Öl- und Gasgewinnung¹⁷²⁾ werden systematisch bekämpft.

Der Zweck dieser Aktivitäten liegt nicht in der Abwehr der oft nur ins Blaue hinein behaupteten Gefahren. Vielmehr geht es um das Aufrühren von Emotion: von Empörung, Betroffenheit und Angst. Die kann dann quasi auf Knopfdruck entfesselt werden: unter Einbindung sympathisierender Medien und ganzer Legionen fanatisierter Aktivisten. Der Feldzug geht gegen einzelne Unternehmen oder ganze Branchen. Auf Basis solcher Drohszenarien lassen sich dann diverse Arten von „Kooperationen“ schließen: Die Wirtschaft zahlt, die „Umweltschützer“ ziehen weiter.¹⁷³⁾

Seltsamerweise geschieht dieses Treiben nicht nur unter den Augen des Staates, sondern sogar mit umfassender Förderung.¹⁷⁴⁾

Politiker und Parteien

Politiker streben nach Macht. Dabei stehen sie einem ständigen Konkurrenzkampf. Um Erfolg zu haben, müssen sie sympathisch erscheinen und Bürgern, „Parteifreunden“ und potentiellen Unterstützern (Spendern) das Gefühl vermitteln, deren sehr unterschiedliche Interessen jeweils vorrangig zu vertreten.¹⁷⁵⁾

Eine Überlebensfrage ist es, nicht in den Mittelpunkt eines Skandals zu geraten, egal ob begründet oder inszeniert. Deshalb neigen Politiker außerhalb ihres eigenen Kompetenzschwerpunkts dazu, sich dem vermeintlichen Mainstream anzupassen.

In Deutschland finden jetzt Mobbing-Feldzüge gegen jeden statt, der sich als Wissenschaftler, Unternehmer, oder eben auch als Politiker dem grünen Meinungsdictat zu widersetzen sucht.¹⁷⁶⁾ Daher wirkt die deutsche Politik heute völlig gleichgeschaltet.¹⁷⁷⁾

Die Umweltbehörden

Behörden wie das UBA (Umweltbundesamt) sollen Gesetze ausführen, die der Wirtschaft Schranken auferlegen. Auch sollen sie die Regierung beraten und die Öffentlichkeit informieren.¹⁷⁸⁾ Das ist wie ein Freifahrtschein, um die eigene Machtausweitung zu betreiben (Abb. 84).¹⁷⁹⁾ Solche Ämter werden zu Anziehungspunkten für Aktivisten, denen dort Einfluß und Beamtenstatus winken.¹⁸⁰⁾

Wir sehen Umweltbehörden und NGOs als sich wechselseitig aufschaukelnde Antreiber immer unsinnigerer Vorschriften.

„Grüne“ Unternehmen

Mit ihren Produkten bedienen sie einen Bedarf, der ausschließlich durch Umwelt-Hype und Staatseingriffe entsteht. Hersteller und Betreiber von Windanlagen sind hier zu nennen „Energieberater“, sowie „Öko-Institute“ und Consultingfirmen, die „Umweltverträglichkeitsprüfungen“ erstellen und „kommunale Klimaschutzkonzepte“ erdichten. Sie alle erwarten den sicheren Untergang, wenn der Staat die Propaganda- und Zwangsmaßnahmen aufhebt.¹⁸¹⁾

Medien und Medienleute

Medien leben von Quoten. Berichte über Normalität bringen keine Quoten, über Gefahr und Katastrophen aber wohl. Politikjournalisten in Deutschland sind oft selbst „grün“.¹⁸²⁾ Medien tendieren dazu, „Umweltgefahren“ zu präsentieren, nie aber die Fachleute, die sie widerlegen.¹⁸³⁾ Saftige „grüne“ Werbeetats halten wohl die meisten Verleger von einer öko-kritischen Redaktionslinie ab.

Schulen und Lehrer

Die meisten Lehrer haben mangels Ausbildung und fehlender Berufserfahrung in Unternehmen kein entwickeltes Wirtschaftsverständnis, viele neigen zu grünen Positionen. Oft werden Pamphlete der NGOs im Unterricht verteilt. Lehrer, die grüne Positionen ablehnen, werden manchmal ausgegrenzt und gemobbt.¹⁸⁴⁾

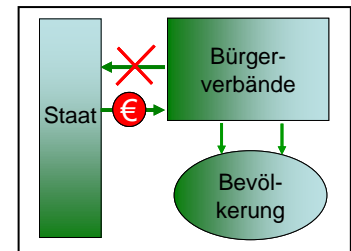


Abb. 25: Einfluß verkehrt

Vorgeliebte Bürgerverbände kauft der Staat, damit sie auf die Bevölkerung einwirken.¹⁸⁵⁾

Nur so ist zu verstehen, daß uns die „Verbraucherzentralen“ den Verzicht auf Fleisch predigen - zwecks „Klimaschutz“. Und weil die Energie so teuer wird, sollen wir einfach weniger davon verbrauchen.¹⁸⁶⁾



Abb. 26: Verbraucherschutz?

Gerd Billen war Vorstand des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen.¹⁸⁷⁾

Die Aufgabe der Verbraucherzentralen ist laut Satzung die Vertretung der Verbraucher gegenüber der Politik. Aber jetzt transportieren diese Vereine von der Politik bestellte Botschaften in die Köpfe der Bürger. Das Budget zahlt überwiegend der Staat.¹⁸⁸⁾

Ob der ex-BUND-Funktionär Billen Fleisch isst, haben wir noch nicht herausgefunden, da sein Büro uns jede Auskunft verweigert. Jetzt wird er jedenfalls Staatssekretär.

Foto: vzbv, Dominik Butzmann



Abb. 27: Bürgerprotest

Vierorts wehren sich Bürger mittlerweile gegen den „Windwahn“, die Verschandelung der Landschaft und die Belastung durch Lichtreflexe und Infraschall.¹⁸⁹⁾

Mehr als durch Demos und Informationsstände artikuliert sich die Unzufriedenheit mittlerweile in Hunderttausenden kritischer Kommentare in Leserforen und Online-Medien.

Foto: ©Wolfgang Neumann, Golzen



Abb. 28: Geothermie

Die Gemeinde Unterhaching (23.000 Einwohner) hat ein Fernwärmenetz verlegt und eine Geothermiestation gebaut. Ein kleines Kraftwerk (Foto) erzeugt Strom (3,4 MWe).¹⁹⁰⁾ Neben dem zwangstillgelegten KKW Isar I (878 MWe) ist das allerdings nur eine Spielzeugsanlage.

Für seinen Strom erhält Unterhaching 26 Ct/kWh EEG-Vergütung.¹⁹¹⁾ Dafür wurden 90 Mio EUR Schulden aufgehäuft.¹⁹²⁾ Soll aber der Strompreis wie in Texas auf 7 Ct/kWh sinken, muß der Bund das Einspeiseparadies vorher austrocknen. Dann würde die EEG-Vergütung entfallen und die Gemeinde auf ihrem Schuldenberg sitzen bleiben.¹⁹³⁾

Foto: Geothermie Unterhaching GmbH

Raus aus dem Nebel – Für eine neue Energiestrategie

Wer eine Strategie planen will, braucht ein Lagebild und klare Ziele. Das Lagebild haben wir oben bereits entwickelt. Die Ziele für die Energiepolitik insgesamt präzisieren wir jetzt wie folgt:

- Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung mit billiger Energie,
- bestmögliche Versorgungssicherheit,¹⁹⁴⁾
- maximale Wertschöpfung im Inland,¹⁹⁵⁾
- Sicherheit für Beschäftigte und Bevölkerung: Betriebsgefahren nur unterhalb einer akzeptablen Schwelle, einheitliche und rationale Sicherheitsstandards für die gesamte Industrie.¹⁹⁶⁾
- Die Basis von allem ist die Freiheit der Bürger.

Die künftige Energiestrategie für Deutschland

Vorrang hat die Rückgewinnung der Freiheit, und damit die dauerhafte Wiederherstellung der natürlichen Rollen:

- Bürger und Unternehmen kaufen die Energie, die sie wollen, und bei wem sie wollen.
- Unternehmer bieten die Energie an, die sie wollen - mit allein von ihnen gewählten Technologien, Zulieferern und Partnern.
- Der Staat stellt durch Raumordnungspolitik Standorte bereit, an denen ggf. neue Anlagen errichtet werden können.¹⁹⁷⁾
- Der Staat sichert das Rechtssystem und damit die Investitionen. Prüf- und Genehmigungsverfahren sind straff und effizient zu führen, das Schikanieren der Industrie ist zu unterlassen.¹⁹⁸⁾
- Der Staat sichert im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik den Zugriff der deutschen Unternehmen auf Rohstoffe.¹⁹⁹⁾
- Der Staat gewährleistet die natur- und wirtschaftswissenschaftliche sowie technische Grundbildung an den Schulen und unterbindet dort ideologiegetriebene Desinformation.²⁰⁰⁾

Die „neue Energiepolitik“ beginnt mit dem Verzicht des Staates auf planwirtschaftliche Lenkung und auf jegliche Propaganda, die Planwirtschaft rechtfertigen soll.

In den Anwendungsfeldern „Wärme“ und „Mobilität“ sehen wir für Energiepolitik überhaupt keinen Handlungsbedarf – hier regelt alles der Markt. Wichtig ist der Zugriff auf Kohle, Öl und Gas.

Würde der Strom sehr billig, würden viele Menschen dazu übergehen, elektrisch zu heizen - wie in Frankreich. Dies aber entzieht der Idee Geothermie jede Grundlage ²⁰¹⁾ (Abb. 28). Erdwärme als Heizquelle erfordert das nachträgliche Verlegen von Fernwärmenetzen, was unwirtschaftlich ist aber stets damit gerechtfertigt wurde, daß Strom- und Gaspreise ja immer mehr anstiegen.²⁰²⁾

Elektrische Energie wird – mit oder ohne Deutschland – in Zukunft zunehmend in Kernkraftwerken erzeugt werden. Diese Entwicklung ist nach unserer Einschätzung in einer freien Wirtschaft zwingend, weil Kernenergie inzwischen sicher beherrschbar ist und die niedrigsten Kosten verursacht.²⁰³⁾ Sie ist daher die Zu-

kunftsenergie schlechthin. Deutschland war auf diesem Feld einst führend und sollte diese Position wieder anstreben. Die vor Jahren böswillig abgewürgte Kernenergieforschung muß zügig neu aufgebaut werden. Angst ist mit Wissen zu überwinden.

„Kleinanlagen mit Zufallsleistung“ haben in einer modernen Energieversorgung keinen Platz. Hier wurde bereits ein dreistelliger Milliardenbetrag fehlinvestiert: von Leuten, die sich an den Zwangsabgaben ihrer Nachbarn bereichern wollten, obwohl die Unbrauchbarkeit von Zufallsstrom seit Jahren bekannt war.

Nutzlos und daher zu streichen sind alle Ausgaben für Pumpspeicher¹³⁰⁾, „Smart Grids“¹⁵³⁾, „Stromautobahnen“²⁰⁴⁾, Kernfusion¹³⁵⁾, „DESERTEC“²⁰⁵⁾, CCS²⁰⁶⁾ und „Elektro-Mobilität“¹⁵⁴⁾.

Umsetzungsstrategie

Vorrang hat das Anhalten der grünen Propagandamaschine:

- Offensive Klarstellung aller Fakten gegenüber den Medien;²⁰⁷⁾
- Stop aller staatsfinanzierten AgitProp-Projekte, Widerruf aller Förderzusagen;²⁰⁸⁾
- Offenlegen und Auflösen der AgitProp-Strukturen. Überprüfung der Gemeinnützigkeit ökologischer „NGOs“, ggf. Verbot verfassungsfeindlicher Gruppierungen. Abwicklung des BMU, Auflösung vom Staat errichteter Sondervermögen per Gesetz.²⁰⁹⁾
- Befreiung der Wissenschaft; Neuverteilung der Mittel;²¹⁰⁾
- Politische, juristische und wissenschaftliche Aufarbeitung der entstandenen Fehlentwicklungen, Schäden und Verfehlungen.

Ideologisch motivierte Zwangssysteme werden aufgelöst. Die Rückabwicklung der erzwungenen Transfers wird geprüft:

- Das EEG-Einspeiseprivileg entfällt ersatzlos und sofort. Betreiber von Windparks und Solardächern mögen ihre Zufallsproduktion selbst nutzen oder am Markt verkaufen.²¹¹⁾
- Alle mit CO₂ begründeten Gesetze werden aufgehoben.²¹²⁾
- Der Atomausstieg wird zurückgerollt und die Betreiber entschädigt.²¹³⁾ Gesetzliche Laufzeitbeschränkungen entfallen. Ein Reaktor wird nur dann stillgelegt, wenn der Betreiber dies will oder neutrale Prüfer (z.B. TÜV oder DEKRA) dies fordern.²¹⁴⁾

Langfristige Absicherung von Rationalität und Freiheit

- Die Freie Marktwirtschaft ist im Grundgesetz festzuschreiben,²¹⁵⁾ der Gleichbehandlungsgrundsatz zu präzisieren.²¹⁶⁾ Die Einrichtung von Nebenfinanzsystemen ist unter Strafe zu stellen.²¹⁷⁾
- Eine radikale Bildungsreform ermöglicht die Immunisierung der künftigen Bevölkerung gegenüber wirtschafts- und technikfeindlicher Ideologie.²¹⁸⁾
- Ändern muß sich das gesellschaftliche Leitbild. Die Anerkennung der Bürger muß wieder denen zuteil werden, die mit Wissen, Vision und Fleiß nutzenstiftende Lösungen schaffen. „Wutbürger“, Weltklimaprediger und Strahlungsangsthasen werden unser Land nicht weiterbringen. Kompetenz zählt, und nicht Gesinnung.



Abb. 29: Die Festgelegten

Klaus Breil verantwortete als MdB die Energiepolitik der 2013 untergegangenen FDP-Bundestagsfraktion.

Als Manager eines Investmentfonds der Comdirekt hatte er einst 500 Mio. EUR in „Erneuerbare Energien“ geleitet.²¹⁹⁾ In der Fraktion warb er dann für „Energie-wende“ und „Klimaschutz“ und hielt Schellnhuber (Abb. 21) für einen großen Wissenschaftler. Und weil er „Klimaschutz“ für real hielt und nicht etwa für Spinnerei, trommelte er auch für „CCS“ – das Einpressen von CO₂ aus Abgasen in die Erde.²²⁰⁾ Dadurch aber entsteht wirkliche Gefahr - für das Leben von Millionen von Menschen!²⁰⁶⁾

Gemessen am klassischen Anspruch der Liberalen (Schutz der Bürger vor dem Staat) war Breil eine verhängnisvolle Fehlbesetzung. Nicht zuletzt dank ihm war die FDP in diesem Schlüsselthema strategisch falsch aufgestellt – im Konzeptnebel verirrt! Sicher auch deshalb flog sie 2013 aus dem Bundestag.

Falls die einst „bürgerlichen Parteien“ eines Tages erkennen sollten, daß ihre Energiepolitik katastrophal gescheitert ist, werden sie um einen radikalen Personalaustausch nicht herumkommen.

Foto: FDP



Abb. 30 Schrottopfer für das Weltklima

Während man hierzulande vom Heil der „Erneuerbaren“ träumt, verrotten in den USA schon Tausende aufgegebener Windräder. Fallen die Subventionen weg, sind solche Geräte nicht einmal in der Lage, ihre eigenen Wartungskosten hereinzuverdienen.

In Deutschland werden seit einiger Zeit verstärkt Familienväter und Kleinanleger überredet, ihre Ersparnisse in „Erneuerbare“ zu stecken. Da deren energie-wirtschaftliche Unsinnigkeit bekannt ist, die Aufklärung über die Risiken (möglicher Wegfall der EEG-Subventionen vor dem Hintergrund der Unbrauchbarkeit) aber wohl zumeist unterbleibt, sehen wir dort einen gewerbsmäßigen Anlagebetrug.

Foto:
<http://themerrypoppins.blogspot.de/2011/11/14000-abandoned-wind-turbines.html>

Fazit

- Politik mißt man an ihren Ergebnissen. Viermal höhere Strompreise als in Texas offenbaren das deutsche Desaster.
- Ursache des Desasters war die Abwendung von der Marktwirtschaft: Es entstand ein neues, parasitäres System, in dem sich wenige auf Kosten aller hemmungslos bereichern. Das Grundgesetz wurde gleich mehrfach ignoriert.
- Voraussetzung dafür war ein planmäßig herbeigeführter Massenwahn. Dazu wurden drei „Mega-Ängste“ geschürt. Als Ausweg offeriert wird eine utopische Heilserwartung.
- Zeit für das Aufräumen in den Köpfen! Die Mega-Ängste sind unfundiert. „Kleinanlagen mit Zufallsleistung“ (Wind, Solar) verletzen KO-Kriterien und sind für die Stromversorgung unbrauchbar. Die derzeitige „Energiepolitik“ beruht auf Illusionen und Selbstbetrug.
- Es ist der Staat selbst, der diese Desinformation betreibt bzw. finanziert (Schulen, Kindergärten, Wissenschaft, Öko-Kampagnen) und dadurch seine eigene Existenz unterminiert.
- Mit der Marktwirtschaft wurden deren Ziele geopfert. Statt um „zuverlässige Versorgung“ und „minimale Preise“ geht es jetzt um die „Große Transformation“: in ein verkapptes Zwangsregime ohne Freiheit und Demokratie.
- Konzerne und Verbände haben sich dem „grünen System“ unterworfen und versuchen, sich durch Anbietung Luft zu verschaffen. „Kuhhandel-Ökonomie“ ersetzt die Marktwirtschaft. Diese Strategie ist aber offensichtlich gescheitert.
- Freiheit und Wohlstand sind jetzt insgesamt in Gefahr. Bürger und Wirtschaft müssen sich dieser Herausforderung stellen.

Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Unsere Arbeit können wir nur mit Unterstützung der Bürger leisten, zu deren Nutzen wir sie letztendlich erbringen. Fördern Sie unsere Projekte:

Klaus Ermecke GmbH, Deutsche Bank, München
Kto.-Nr.: 88 561 71, BLZ: 700 700 24 - Stichwort „Energie“

Unsere Empfehlungen

Kritiker der Politik

- Wo es viel zu kritisieren gibt, kritisieren Sie nicht irgendetwas. Konzentrieren Sie sich auf den entscheidenden Punkt. Arbeiten Sie sich nicht an Nebensächlichkeiten ab!
- Fragen Sie nach den Akteuren und Tätern! Studieren Sie den Fluß des Geldes! Fordern Sie auch persönliche Sanktionen!

Politik allgemein, Parteien

- Stellen Sie sich der Erkenntnis, daß Ihre „Energiepolitik“ gescheitert ist. Kurieren Sie nicht am Symptom! Ziehen Sie einen Schlußstrich und wagen Sie einen Neustart!
- Benennen Sie für den Neustart neues und unbelastetes Personal. Weisen Sie Öko-Angstmacher, „Klimaretter“ und Windmühl-Lobbyisten von der Bühne!

Energieversorger

- Überdenken Sie Ihre Ziele und wechseln Sie Ihre Strategie. Ziehen Sie sich aus der Nachhaltigkeitspropaganda zurück.
- Stoppen Sie Ihre Windmühl-Engagements. Verweigern Sie jede Investition in Projekte, die nach einer Wiederherstellung der Marktwirtschaft nicht wirtschaftlich wären.²²¹⁾
- Stellen Sie jetzt Mittel und Personal bereit, um die deutsche Spitzenforschung in der Kerntechnik wiederaufzubauen. Erwägen Sie als Plattform eine bestehende Privatuniversität.

Wirtschaft, Verbände, Kammern

- Verweigern Sie sich der „Kuhhandel-Ökonomie“!
- Versuchen Sie nicht weiter, Planwirtschaft zu gestalten! Bestehen Sie auf einer Rückkehr zum freien Markt - und zur strikten Gleichbehandlung aller Unternehmen.
- Zahlen Sie niemals Schutzgeld!

Bevölkerung

- Wir müssen lernen, die Spinner wieder „Spinner“ zu nennen. Wer Kinder drängt, zur „Rettung des Weltklimas“ kein Fleisch mehr zu essen, hat nicht mehr alle Tassen im Schrank.
- Machen Sie „Strompreise wie in Texas“ zu Ihrem persönlichen Aktionsziel – und gewinnen Sie dafür auch andere!
- Wählen Sie niemals wieder eine Partei, die Sie belügt, bevormundet oder Ihre Verarmung inkauf nimmt.
- Spenden Sie nicht an Psycho-Konzerne!
- Beobachten Sie Ihre Kinder und das Treiben an den Schulen.
- Nutzen Sie unsere Reports! Wir haben hart gearbeitet, damit Sie mit unseren Erkenntnissen bedenkenlos argumentieren können. Geben Sie die Analysen weiter!

*„Der Bürger, der resigniert,
muß mit dem leben, was
man ihm diktiert“*

Gustav Heinemann
Bundespräsident 1969-74



Abb. 31: Kohlekraftwerk bei Fayetteville, Texas

Gas ist billig in Texas, aber Stromerzeugung mit Kernenergie oder Kohle ist auch dort noch billiger. Daher dienen Uran und Kohle auch im Süden der USA mit der technisch verfügbaren Maximalkapazität zur Abdeckung der Grundlast.

Texas ist knapp doppelt so groß wie Deutschland, hat 25 Millionen Einwohner, 4 Kernkraftwerke, aber vor allem eine freie Wirtschaft. Die Strompreise werden nicht mit extrem hohen Zusatzabgaben belastet.

Foto:
www.flickr.com/photos/26555823@N08/6469694481/

Endnoten

Einführung

1) Wer zu politischen Themen schreibt, sollte die Werturteile offenlegen, die sein Denken leiten. Unsere wichtigsten Werte sind die Freiheit aller, sowie deren Wohlstand und Sicherheit. Bildung sehen wir als den Schlüssel zur Verwirklichung jeglicher Werte, und alles gemeinsam als Grundlage der Selbstverwirklichung.

2) Dieses Thema wurde wiederholt von den Verbraucherzentralen in die Öffentlichkeit gebracht. So schätzte die VZ NRW die Zahl der zumindest vorübergehenden Stromsperren gegen private Haushalte bereits im Jahr 2010 deutschlandweit auf 600.000, und rechnet für die Zukunft mit noch höheren Zahlen. Leider ziehen die Verbraucherzentralen daraus nicht die richtigen Konsequenzen (vgl. S. 15).

www.vz-nrw.de/UNI134208746132663/link1031931A

3) Hier Beispiele von Insolvenzen in der Aluminium-Branche: www.derwesten.de/staedte/nachrichten-aus-dinslaken-huenxe-und-voerde/aluminium-huette-voerdal-in-voerde-ist-zahlungsunfaehig-id6619979.html. www.augsburger-allgemeine.de/neu-ulm/Insolvenz-Rotes-Minus-bei-Alu-Schmelzwerk-Oetinger-id25804131.html.

4) Laut Auskunft des BDEW auf Basis von dessen Strompreisanalyse im Mai 2012 (Daten von 2011).

5) www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energiepolitik/folgen-der-energie-wende-strom-wird-noch-teurer-eeg-umlage-steigt-massiv-12560822.html

6) Zuletzt nachgeschlagen am 8.8.2013, unter ZIP-Code 75201 bei <http://blog.electricitybid.com/index.php/dallas-electricity-service-consulting/>. Wir haben die Sales Tax (Umsatzsteuern) für Bund, Staat Texas und Stadt Dallas (zusammen 8,25%) aufgeschlagen und dann in Euro umgerechnet.

7) Uns wurde in Diskussionen, in denen wir den Vergleich mit Texas präsentiert hatten, oft wütend entgegengeworfen, daß man Texas ja nicht mit Deutschland vergleichen dürfe. Unsere Gegenfrage dazu lautet: „Warum denn nicht?“

Zweck eines Benchmarks ist die Erkenntnis, ob in der Außenwelt bessere Ergebnisse erzielt werden als im eigenen Bereich. Der Blick auf Texas öffnet die Augen (Abb. 31). Natürlich ist das stets nur der Einstieg in und kein Ersatz für eine detailliertere Analyse.

8) Zu den Industriestrompreisen in Texas erklärte der CEO des US-Konzerns General Electric, Jeffrey Immelt, im Juni 2013 in Berlin: „Wenn ein Stahlwerk in Texas 5 US-Cent pro Kilowattstunde Strom zahlen muss und eine Prozessindustrie in Deutschland 20 US-Cent, dann werden hier Arbeitsplätze vernichtet“:

www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/deutschland-dinner-mit-ge-chef-immelt-deutschlands-energiepolitik-langfristig-nicht-tragbar/8373010.html

9) „BMBF“ steht für „Bundesministerium für Bildung und Forschung“. Nach unserem Grundgesetz allerdings hat der Bund und damit das BMBF für Bildung gar keine Zuständigkeit – die ist nach Art. 70 Abs. 1 GG allein Ländersache! Was uns hier irritiert, ist der quasi zum Programm erhobene Verfassungsbruch.

10) Wir haben nach zwei schon vor längerer Zeit gestellten IFG-Anfragen (IFG = Informationsfreiheitsgesetz des Bundes), in denen das BMBF uns keine von ihm beauftragte kritische Überprüfung des Treibhausdogmas benennen konnte, am 21.9.2012

nochmals den BMBF-Pressesprecher Dr. Robin Mishra angeschrieben und um Überprüfung folgender Aussagen gebeten:

1. „Angesichts der behaupteten gewaltigen Gefahr [des „Klimawandels“ – Ergänzung d. Verf.] und der noch gewaltigeren vorausgesagten Kosten wäre es die primäre Aufgabe der Politik und speziell der Forschungspolitik, diese Bedrohungsszenarien kritisch hinterfragen und wenn möglich widerlegen zu lassen, um dann die in den Raum gestellten Lasten von der Bevölkerung abzuwenden.“

2. Es sind aber in der deutschen Politik keinerlei Ansätze zu erkennen, daß die Politik das CO₂-Klimadogma wissenschaftlich hinterfragt werden sollte. Stattdessen wurde ein Propagandasystem aufgezo- gen, das das Dogma sogar in Grundschulen und Kindergärten transportiert. Das ist auch der Ministerin bekannt und wird von ihr trotz der für das Haus reklamierten Zuständigkeit für Bildung (BMBF) nicht beanstandet. Außerdem werden Wissenschaftler, die das Dogma ablehnen, umfassend gemobbt, ohne daß das BMBF jemals dagegen öffentlich Position bezogen hätte.

3. Insbesondere hat das BMBF in der Ära Schavan (und möglicherweise auch davor) nicht ein einziges Forschungsprojekt veranlaßt oder finanziert, dessen Zweck darin gelegen hätte, das CO₂-Dogma kritisch zu überprüfen (falls dies aus Ihrer Sicht unzutreffend wäre, müßten Sie uns bitte die entsprechenden Fördervereinbarungen und die entstandenen Fachaufsätze zur Verfügung stellen).

4. Wissenschaftler und Publizisten, die das Treibhausdogma ablehnen, wurden von der Ministerin oder ihrem [...] Stab nicht empfangen. Dogmenkonforme Wissenschaftler hatten regelmäßig Zugang zum Ministerium bzw. Treffen oder gemeinsame Auftritte mit der Ministerin.

6. Während der Ära Schavan wurden an deutschen Hochschulen in den einschlägigen Wissenschaftszweigen (insbesondere Physik, Meteorologie) keine Professoren berufen, die als Kritiker des Dogmas bekannt waren. (Andernfalls bitte ich Sie, mir welche zu benennen).“

Darauf erhielten wir trotz wiederholter Mahnung keine Antwort.

11) Wir hatten dem BMBF im April 2009 angeboten, eine Übersicht aller wesentlichen Kritikerpositionen zum CO₂-Treibhausdogma zu erarbeiten. Unser Brief wurde aber nie beantwortet. In einer Antwort auf eine später gestellte Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) schrieb das Ministerium unter dem 23.01.2012 folgendes: „Das BMBF stützt sich bei seiner Beurteilung des Klimawandels auf die Einschätzungen des ... IPCC, dessen Berichte den aktuellen internationalen Erkenntnisstand zum Klimawandel darstellen. Dem BMBF sind keine wissenschaftlichen und einem Verfahren der Peer Reviews unterzogenen Arbeiten bekannt, die diese Einschätzungen grundsätzlich sowie nachvollziehbar in Frage stellen. ...“ (Hervorhebung d. d. Verf.).

Diese Aussage ist verwunderlich: dem Ministerium liegt u.a. unsere Klimaretterstudie (Ermecke, 2009) vor, in der mehrere solcher wissenschaftlichen Arbeiten als Quellen benannt werden.

12) Teilnehmer sind z.B. die Kirchen, Misereor und Brot für die Welt, das DRK (Deutsches Rotes Kreuz), DFB (Deutscher Fußballbund), Deutscher Mieterbund, die Verbraucherzentralen, praktisch alle Wirtschaftsverbände, zahlreiche sich „grün“ gebende Unternehmen und die „Umweltverbände“. Dazu Oberbürgermeister und die meisten Gemeinden, die trotz klammer Kassen gerade „Klimaschutzmanager“ einstellen.

13) www.bmu.de/bmu/presse-reden/pressemitteilungen/pm/artikel/100000-daecher-solarstrom-programm-kurz-vor-dem-ziel/

14) „Ziel der Bundesregierung ist es, dass bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren“:



Abb. 32: Panik und Trauma

Diesen im Auftrag der Dänischen Regierung produzierten vierminütigen Werbefilm zur Klimakonferenz „COP 15“ (Kopenhagen, Dezember 2009) sollte sich jeder Leser unbedingt gründlich anschauen. Unbeabsichtigt dokumentieren die Macher etwas, was sie sonst ungern offenlegen: die planmäßige Traumatisierung von Kindern als politisches Instrument.

Holdin ist ein kleines Mädchen. Im Mittelteil des Films durchleidet sie einen Alptraum: sie erwacht in einer Wüste, wo eine plötzlich aufklaffende Erdspalte ihr Stofftier (Eisbär!) verschlingt. Dann aber rollt eine Flutwelle heran, und sie klammert sich in Todesangst an einen Baum.

Das Kind ist völlig traumatisiert. Aber warum? Die Ursache zeigt der Einstieg des Films: dauernde Klimaberieselung im Fernsehen.

Nach dem Erwachen redet das Mädchen mit seinem Vater. Der ist so einfühlsam, daß er mit ihr sofort weitere Klimapropaganda anschaut. Da beschließt das Kind, bei der Rettung der Welt zu helfen. Es greift sich eine Kamera und filmt sich selbst, während es haucht:

„Please – help the world!“

Fotos: Screenshots aus dem Video: www.youtube.com/watch?v=NVGGgncVq-4





Abb. 33: Selbstinszenierung mit Kleinkind ...

Kaum drei Monate nach der „Klimakonferenz“ in Kopenhagen (Abb. 32: „Please, help the world“) schließt im Frühjahr 2010 der Oberbürgermeister von Coburg einen „Klima-Generationsvertrag“ ...

... im Kindergarten!



Abb. 34: ... nach Gehirnwäsche

Jetzt unterschreibt auch das kleine Mädchen. Die Kinder wurden zuvor 6 Wochen lang speziell geschult. Ob sie in der Zeit auch Lesen und Schreiben gelernt haben? Und die Chemie und Physik der Atmosphäre?

Wie wir im Interview erfahren haben, waren einzelne Kinder nach den Instruktionstunden massiv verängstigt.

Wir sehen in solchen Aktionen die geistige und moralische Bankrotterklärung der beteiligten Politiker.

Fotos: Archiv der Stadt Coburg

www.bmbf.de/pubRD/nationaler_entwicklungsplan_elektromobilitaet.pdf
15) Geld regiert die Welt – und lockt sie zu unsinnigen Überlegungen und Maßnahmen, wenn der Staat es für Spinnereien ausgeben will. So hat die Bundesregierung für das – wie wir unten zeigen werden – überflüssige Thema „CO₂-neutrale, energieeffiziente und klimaangepasste Stadt“ 560 Millionen EURO eingeplant: www.hightech-strategie.de/de/50.php. Natürlich drängen sich Institutionen aller Art um Zugriff auf diesen Kuchen.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist der Versuch des seinerzeit von einer Theologin geführten Forschungsministeriums, eine utopische Vision einer Stadt der Zukunft („Morgenstadt“) zu zeichnen: www.bmbf.de/pub/morgenstadt.pdf. „Selbstverwaltung in Sachen Energie wurde zum Markenzeichen Morgenstadts“ heißt es dort. Was dort in Wirklichkeit beschrieben wird, ist ein beklemmend an Orwells „1984“ erinnerndes Zwangssystem, in dem zur Bekämpfung des frei erfundenen Feindes „Klimawandel“ die Abschaffung der Gewerbefreiheit sowie der persönlichen Entscheidungsfreiheit der Bürger vollzogen wird: die Einwohner, Jung und Alt, werden umerzogen. Was in dem Papier als technischer Fortschritt dargestellt wird, ist bei genauerem Hinsehen eine Ansammlung von unwirtschaftlichem Unsinn. „Smart Grids“ zum Beispiel stellen deren Benutzern bei den allfälligen Stromengpässen die Waschmaschine ab! Und CCS (die Abscheidung von CO₂ an Kohlekraftwerken und dessen Einpressen in unterirdische Hohlräume), rottet im schlimmsten Fall die Bevölkerung aus (ausführlich EN 206). „Morgenstadt“ nimmt das freiheitszerstörende Konzept einer „Großen Transformation“ vorweg (Abb. 21 f. mit Endnoten 161 ff.).

16) Energiekonzept der Bundesregierung (28.10.2010): „Danach strebt die Bundesregierung folgende Entwicklung des Anteils der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch an: 50% bis 2030, 65% bis 2040, 80% bis 2050.“

17) Im März 2010 begab sich der Oberbürgermeister der Stadt Coburg, Norbert Kastner (SPD), in einen Kindergarten, wo er mit den 3- bis 6-Jährigen einen „Klima-Generationsvertrag“ abschloß (Abb. 33 f.). Die Kinder waren zuvor 6 Wochen lang „vorbereitet“ worden, mit dem Ergebnis, daß zumindest einzelne Kinder vor den drohenden Klimafolgen tatsächlich Angst hatten (aus einem Interview mit einer damals beteiligten Person). Das Ganze ist für uns um so irritierender, weil wir Kastner zusammen mit zahlreichen anderen Oberbürgermeistern am 16.1.2010 angeschrieben und auf unsere Klimaretter-Studie aufmerksam gemacht hatten, die die Vorstellungswelt einer menschengemachten CO₂-getriebenen Erderwärmung auch für Politiker verständlich widerlegt.

18) Allein die EEG-Einspeisevergütungen beliefen sich 2013 nach Presseberichten auf 21,8 Mrd. EURO und sollen 2014 auf 23,4 Mrd. steigen. Die Politik versucht derweil, das inzwischen erreichte wahre Ausmaß dieser Transfers zu verschleiern. KE Research wird diese Finanzströme in einer späteren Studie analysieren.

19) Der von der Politik benutzte Begriff „Emissionshandel“ ist eine planmäßige Irreführung der Bürger: in Wirklichkeit geht es um ein Produktionsverbot für Teile der Wirtschaft. S. S. 12 f..

20) Weil wir auf dieses Thema spezialisiert sind, stehen wir in regelmäßigem Kontakt mit den nach unserer Bewertung wichtigsten Kritikern der CO₂-orientierten Klimadebatte. Aber keiner dieser Spezialisten wurde in den letzten Jahren von auch nur einem der

Mainstream-Medien zu einer Aussage über die „Klimaforschung“ und deren Ergebnisse herangezogen. Ebenso wurde in den von uns beobachteten Medien seit Jahren kein Fachmann präsentiert, der zugunsten der Kernenergie argumentiert hätte. Regelmäßig dagegen haben die Medien Aktivisten von Öko-NGOs als „Experten“ vorgestellt. Die in der angelsächsischen Welt übliche Präsentation von Meinung und Gegenmeinung existiert im deutschsprachigen Raum anscheinend nicht. Vgl. Abb. 35 und EN 109.

21) Neben den besagten „Heilserwartungen“ gehört hierher vor allem auch die „Vorreiter-Illusion“: also die Erwartung maßgeblicher deutscher Politiker, daß dann, wenn Deutschland zum Wohl der ganzen Welt Teile seiner Wirtschaft opfert, das Ausland das ebenfalls tun wird (Abb. 76 f.). Andere Staaten denken aber nicht daran. So haben die USA über mehrere Jahrzehnte hinweg ständig steigende Beträge in die CO₂-orientierte „Klimaforschung“ gesteckt, aber bisher zumindest auf Bundesebene ihre Wirtschaft nicht dem Kyoto-Abkommen und dem aus diesem entwickelten CO₂-Zertifikateregime unterworfen. Legendär ist die Byrd-Hagel-Resolution des US-Senats aus dem Jahr 1997, in der der Senat von der US-Regierung mit 95:0 Stimmen verlangte, die USA nicht in ein neues Abkommen zur Reduzierung von „Treibhausgasen“ hineinzuführen, wenn dies der US-Wirtschaft schaden würde (www.nationalcenter.org/KyotoSenate.html).

Dem heroischen obgleich energiewirtschaftlich völlig unsinnigen und nach unserer Auffassung grundgesetzwidrigen Beschluß der deutschen Politik zur Vernichtung der eigenen Kernenergiewirtschaft folgte scheinbar die Schweiz. Nur ist deren Ausstiegsbeschluß im Gegensatz zum deutschen eher weich und unverbindlich und könnte nach einer Rückkehr der Bevölkerung zur Vernunft in einigen Jahren nach Belieben wieder kassiert werden.

22) Der Bericht der Ethik-Kommission beginnt mit dem Satz: „Die Ethik-Kommission ist der festen Überzeugung, dass der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie innerhalb eines Jahrzehntes mittels der hier vorgestellten Maßnahmen zur Energiewende abgeschlossen werden kann.“ Auf S. 10 folgt dann: „Der Ausstieg soll so gestaltet werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Indu-



The screenshot shows the website 'Frankfurter Allgemeine Politik'. The main article is titled 'Klimakonferenz: Wettlauf gegen die Zeit' with a sub-headline '10.12.2010 · Die Klimakonferenz in Durban droht zu scheitern. Umweltminister Röttgen fordert Bewegung von China, den Vereinigten Staaten und Indien. Er hält einen Kompromiss noch für möglich.' Below the article, there are buttons for 'Artikel', 'Bilder (1)', and 'Lesermeinungen (0)'. A red box with a white border contains the text 'Dieser Beitrag kann nicht mehr kommentiert werden'. A green arrow points from the 'Lesermeinungen (0)' button to the red box.

Abb. 35: Angst vor den eigenen Lesern?

„Dahinter steckt immer ein kluger Kopf“ war einst der Werbeslogan der FAZ. Doch dann bekam die FAZ Angst vor diesen Köpfen, denn immer mehr Leser kritisierten die inzwischen grüngewirkte Redaktionslinie.

Also verfiel man auf den Trick, bei einigen Artikeln die Leserkommentierung gar nicht erst anzuschalten! Auch der Leiter der Wissenschaftsredaktion und Hofschreiber der „Klimaforschung“, Joachim Müller-Jung, entzog sich so zumindest eine zeitlang jeder kritischen Diskussion.

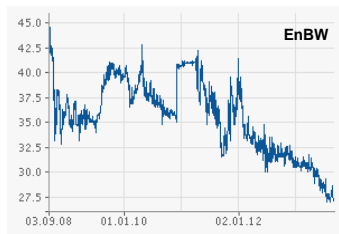
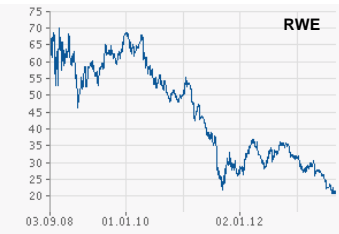
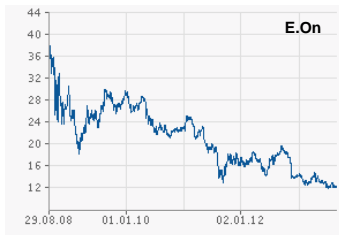


Abb. 36: Vermögensvernichtung nach Plan

Die Kursentwicklung der Aktien verdeutlicht die von der Politik Schritt für Schritt betriebene Demontage der einst sehr leistungsfähigen großen Versorgungsunternehmen.

Zugleich belegt sie das totale Scheitern von deren Strategie der grünen Anbiederung.

Über Jahrzehnte aufgebaute Vermögen – auch von vielen Kleinsparern – wurden vernichtet.

Schaubild:
www.finanzen.net/aktien/E.ON-Aktie

strie und des Wirtschaftsstandortes nicht gefährdet wird.“

Diese Aussagen sind bemerkenswert, weil – wie wir auf Anfrage und nach mehreren Mahnungen vom BMU erfuhren – die Ethikkommission weder Abschätzungen der erforderlichen Investitionsvolumen noch Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgenommen hat. Es wurde noch nicht einmal eine Liste solcher Maßnahmen erstellt. Die oben zitierten Behauptungen sind also ins Blaue hinein erfolgt, ohne Prüfung und ohne Nachweis. Das ist um so befremdlicher, weil sich neun Mitglieder der Kommission mit einem Professoren- und vier weitere immerhin mit einem Dokortitel schmücken und drei der Professoren wissenschaftliche Körperschaften repräsentieren. Reüssieren Wissenschaftler dann, wenn sie der Politik auf Bestellung ideologisch gewünschte Aussagen zuliefern, und das sogar weit abseits ihrer eigenen Fachgebiete? Zum Unsinn der Planung ohne Berechnung vgl. v.Mises (2004), S. 45.

23) Namensliste abgedruckt in Ethik-Kommission (2011).

24) Ein weiteres Feld, in dem wir bei den Mitgliedern der Kommission in den öffentlich zugänglichen biografischen Profilen keinerlei ausgewiesene Kompetenz erkennen konnten, ist das der Meteorologie und der Physik der Atmosphäre. Das hinderte die aber nicht, weitschweifig zu „Klimazielen“ Stellung zu nehmen.

25) Bemerkenswerte Beispiele sind hier der ADAC, der sich als die Repräsentanz aller deutschen Autofahrer darstellt, sowie der Bund der Steuerzahler (BdSt). Der frühere Präsident des BdSt, Dr. Karl-Heinz Däke, hatte sich mehrere Jahre lang geweigert, mit uns über den staatlich implementierten Klimawahn und die daraus folgenden Lasten für die Bürger auch nur zu sprechen – das Thema wurde quasi ausgesperrt. In dieser Zeit erlitten die Steuerzahler namens der Klimaretter einen Milliarden Schaden. Als Steuerzahler fragen wir uns nach dem Zweck eines Verbandes, dessen Funktionäre sich vor brisanten Themen drücken.

26) Dies gilt vor allem für die Wirtschaftsverbände, von denen wir mit einigen im Kontakt stehen. Die durchgehende Sorge von deren Repräsentanten ist die, daß ein zu hartes Auftreten gegenüber der Regierung ihnen die Möglichkeit abschneiden würde, wenigstens über Verbesserungen im Detail zu verhandeln.

27) Aufgefallen waren uns hier zuerst die Verbraucherzentralen und der Deutsche Mieterbund, deren Funktionäre für etwas trommeln, was allen Verbrauchern und damit auch allen Mietern immer mehr schadet: die Abzocke der Bevölkerung unter dem Vorwand „Klimaschutz“. Folgende Textpassage ist vielsagend:

„für mich. für dich. fürs klima.“ ist eine Kampagne des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) mit den 16 Verbraucherzentralen, dem Deutschen Mieterbund (DMB), der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO), dem Verkehrsclub Deutschland (VCD) dem VerbraucherService (VS) im Katholischen Deutschen Frauenbund und Germanwatch. Die Allianz klärt mit bundesweiten Aktionen über die Chancen jedes Einzelnen beim CO₂-Einsparen auf. Gegenüber Politik und Wirtschaft vertritt sie die Interessen der Verbraucher für einen Klimaschutz ohne Hürden. Die Kampagne wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert..“ www.vzbv.de/4421.htm (gelesen am 28.8.2012, Unterstreichung d. d. Verf., zur Umsetzung s. Abb. 37 f.) und EN 185 ff.. Der Bundesumweltminister bezahlt also „Bürgerorganisationen“,

damit sie für eine Politik werben, die diese Bürger desinformiert und ihnen schadet! Wollen die tatsächlich „Klimaschutz ohne Hürden“? Oder soll ihnen das lediglich suggeriert werden, damit ihnen der Verzicht auf Freiheit und Wohlstand abverlangt werden kann? Darf man das „Korruption“ nennen? (Abb. 25 f. und 37 f.)

28) Wir haben uns hier auf die drei im Kontext der Klima- und Energiedebatte über Jahrzehnte hinweg am intensivsten beworbenen „Gefahren“ konzentriert. Faßt man das Thema weiter, erkennt man viele weitere politisch geschürte Ängste, z.B.:

- Die Angst vor Chemikalien im Trinkwasser,
- Die vor Hautkrebs durch Sonnenstrahlung („Ozonloch“),
- Die vor gefährlicher Atemluft („Feinstaub“),
- Die vor böser Nahrung („Gen-Food“, Pestizide, Fleisch),
- Die vor einem gewaltigen Artensterben.

Nach unserer Erfahrung sind Personen, die für eine dieser Ängste affin sind, meist auch für weitere affin.

29) KE Research arbeitet auch am Konzept für eine rigorose Reform der höheren Bildung, insbesondere der an den Gymnasien. Bisher ist für die der Lehrplan zu stark mit traditionsverhafteten Inhalten blockiert, so daß für zukunftssichernde Kompetenzen der Platz fehlt. Dies betrifft u.a. die für das Verständnis der Energiewirtschaft entscheidenden Fächergruppen Wirtschaft und „MINT“ („Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Ein bayerischer Abiturient blickt nach 12 Jahren Schule zurück auf 988 Stunden Religion, aber vielleicht nur 228 Stunden Physik.

30) Vgl. Ermecke, Thieme (2013), S. 7.

Wenn wir in diesem Report von „grün“ sprechen, ist damit eine ökologistische Vorstellungswelt gemeint, die auch dem politischen Verständnis der Partei „Bündnis 90/ Die Grünen“ zugrunde liegt, die aber von fast allen anderen Parteien in Deutschland zumindest teilweise übernommen wurde. Zur grünen Partei: www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-der-gruene-sterne-sinkt/8765734.html

31) Wir werfen einen Blick auf die Deutsche Umweltaktion e.V.: „Die DUA wurde 1958 mit der Aufgabe gegründet, den Gedanken des Naturschutzes in den Schulbereich zu tragen. Seit dieser Zeit führen Umweltbeauftragte Umweltunterricht in Kindergärten, Grundschulen und teilweise auch an weiterführenden Schulen zu verschiedenen Themen durch.“ (www.umwelt-aktion.de/index.php?option=com_content&view=article&id=48&Itemid=54, gelesen am 19.8.2013) Es wird aber weniger Naturschutz gepredigt als Klimaangst – unter umfassender Benutzung unwahrer Behauptungen zum Eisbär-Aussterben (s. auch S. 26). Die Umweltaktion, hinter der u.a. zahlreiche Stadtwerke stehen, hat sich trotz mehrfacher Anfrage geweigert, uns den Text des von ihren Aktivisten mit den Zweitklässlern gesungenen „Eisbärliedes“ mitzuteilen. Wir meinen: wer eine Lüge (Eisbär) benutzt, um achtjährigen Kindern Angst vor etwas zu machen, was eine weitere Lüge darstellt (gefährlicher CO₂-Klimawandel, vgl. S. 8), der verdient wohl kaum das Attribut „gemeinnützig“! Die Finanzbehörden sollten das prüfen.



Abb. 37: Schutzengel?

Der maßgeblich aus dem BMU mitgesteuerte Öko-Prop-Feldzug treibt erstaunliche Blüten. Für Aktionen (im katholischen Seniorenumfeld?) mußte sich diese junge Dame als „Klima-Schutzengel“ dekorieren lassen.

Bei einem jüngeren Zielpublikum hätte man sie vielleicht anders kostümiert.

http://archiv.nrw-denkt-nachhaltig.de/cms/front_content.php?idcat=164



Abb. 38: Rettungskitsch

http://archiv.nrw-denkt-nachhaltig.de/cms/front_content.php?idcat=164

Fortsetzung der Endnoten auf S. 27

Deutsche Umwelt-Aktion e.V.



Folgende Themen bieten wir an: Grundschulen



Der Klimawandel (2. Jhrg.):

Wir erarbeiten den Klimawandel anhand eines Globusmodells, einer Plexigaskugel, eines Thermometers, einer Lampe.

Es folgt ein kleines Rollenspiel, indem einige Schüler als Eisbären, Sonne verkleidet sind.

Diese beiden Aktionen sollen die Bedeutung des Klimawandels und seine Auswirkungen auf die Umwelt vermitteln.

Wir singen ein Eisbärlied und unterstützen den Inhalt durch Bewegungen.

Jeder Schüler erhält eine Kopie mit Eisbärstickern. Diese malen und schneiden wir aus.

Was können wir tun, damit es den Eisbären wieder besser geht? Wir sammeln Vorschläge.

Die ausgeschnittenen Eisbärstickern werden auf Geräte, Heizung, Lichtschalter etc. geklebt, damit wir uns ständig daran erinnern, dass dieses alles Energie benötigt und wir damit sorgfältig umgehen müssen. Wir bestimmen 2 Energiedetektive, die darauf achten.

Energie erleben und verstehen (3./4. Jhrg.):

Der Unterricht beginnt mit einem Spiel. Maschinen und Geräte müssen durch Pantomime und Geräusche dargestellt und erraten werden. Wie funktionieren diese Geräte? Durch Strom! Wo wird der Strom hergestellt? Im Kraftwerk.

Anhand einer Dampfmaschine, Generator, Lampe wird die Stromerzeugung in Kohle-, Öl-, Gas- und Müllkraftwerken erklärt (Nah- und Fernwärme).

Die Auswirkungen der Abgase aus Kraftwerken und Fahr- und Flugzeugen auf die Umwelt werden besprochen. Der Klimawandel wird erarbeitet.

Es gibt aber die auch die Möglichkeit, Strom ohne Verbrennung zu erzeugen und zwar durch Wind- und Wasserkraftwerke und durch Solarzellen. An Arbeitsstationen mit kleinen Kraftwerksmodellen wird die umweltfreundliche Stromerzeugung anschaulich erarbeitet.

Zu den Arbeitsstationen wird von den Schülern ein Arbeitsbogen erarbeitet.

Was kann ich als Schüler tun, um den Klimawandel nicht zu verstärken?

Abb. 39: Ausschnitt aus der Website der Deutschen Umweltaktion e.V..

Der Verein entsendet Öko-Aktivistinnen zu den Grundschulen, wo sie im Unterricht mit Zweitklässlern, also 7- bis 8-jährige Kindern, „den Klimawandel erarbeiten“. Das geschieht bezeichnenderweise sechs Jahre vor deren allererster Physikstunde. Die didaktischen Tricks hier sind der Einstieg über die Eisbärlyüge (vgl. EN 166) und das Überführen des „Unterrichts“ in Mitmachaktionen. Unsere Befürchtung, daß die Drahtzieher mit dieser Indoktrination den Kindern Ängste aufprägen wollen, hat sich leider verfestigt, als sich der Verein weigerte, uns die didaktischen Konzepte für die Unterrichtseinheiten zur fachlichen Prüfung herauszugeben.

Man sollte sich an dieser Stelle darüber klar werden, daß das absichtliche Eintrichtern von Ängsten in die Köpfe von Kindern zu deren andauernder Traumatisierung führen und dies eine seelische Mißhandlung Schutzbefohlener (§ 225 StGB) darstellen kann. Was sich in den betroffenen Klassen abspielt, wissen wir nicht. Aber Mütter und Väter sollten sich dafür interessieren.

Nach unserer Bewertung sind solche Organisationen nicht gemeinnützig, sondern ein Fall für den Staatsanwalt. Das gilt noch mehr für die Schulleiter, die ihnen den Zugang zum Unterricht öffnen. (Unterstreichungen oben d.d. Verf.).

Bild: www.umwelt-aktion.de/index.php?option=com_content&view=article&id=68&Itemid=72

Fragestellungen für die energiepolitische Debatte

32) Man kann die Meinung vertreten, die Benutzung fachlich falscher Begriffe wie „Erneuerbare Energie“ sei legitim, weil sie in der Bevölkerung ja jeder kennt. Unser Standpunkt ist, daß derartige Ausdrücke bewußt zu propagandistischen Zwecken geschaffen wurden, um damit eine irreführende Botschaft in die Köpfe der Bürger zu transportieren. In unseren Texten und Beratungsempfehlungen lehnen wir daher deren Benutzung konsequent ab. Wenn man sich das „Aufräumen in den Köpfen“ zum Ziel setzt, gehört das Bereinigen der Begriffswelt mit an den Anfang.

33) Aus Erdöl bzw. seinen Komponenten werden (nach dieser Einteilung) etwa 70.000 Produkte gefertigt. Tischler (2006)

34) Größere Mengen von Uran werden außer in der Energiewirtschaft nur in der Rüstungsindustrie verwendet. Dabei geht es zum einen um Kernwaffen, zum anderen um Panzerungen und panzerbrechende Munition aus abgereichertem U-238.

35) Das deutsche Bahnstromnetz wird mit einer Frequenz von 16 2/3 Hz (anstatt 50 Hz im öffentlichen Netz) betrieben. Daher wird es aus eigenen Bahnstromgeneratoren gespeist. Ein solcher befindet sich an dem derzeit zwangstillgelegten Kernkraftwerk Neckarwestheim 1 (Abb. 40).

36) Es ist der häufigste Grundfehler fachkundiger Bürger, sich in der Stromdebatte von Energiemengen (angegeben in kWh, MWh, GWh oder TWh) beeindrucken zu lassen. Bei Betrieb eines Stromnetzes kommt es darauf an, daß in jeder Sekunde diejenige Leistung (gemessen in MW oder GW) bereitgestellt werden kann, die alle gerade aktiven Verbraucher zusammengenommen abnehmen. Ist die produzierte Leistung zu klein, sinkt die Frequenz im Netz unter die normierten 50,0 Hz ab, ist sie zu hoch, steigt sie an, außerdem entsteht in beiden Fällen die Gefahr einer kaskadierenden Notabschaltung („Blackout“). Windanlagen erbringen bei Windstärke 7 ihre Maximalleistung, müssen bei Stärke 8 aber abgeschaltet werden, um nicht in Stücke gerissen zu werden. Beim Entstehen eines der oft sehr großflächigen Winterorkane muß daher der gesamte konventionelle Kraftwerkspark erst heruntergeregelt – und dann – nach Erreichen von Stärke 8 – in kurzer Zeit zugeschaltet werden.

37) Hier ist sowohl das Schädigungspotential (der denkbare Schadensumfang eines Unfalls im Falle des Eintretens) als auch die Wahrscheinlichkeit des Eintretens zu berücksichtigen. Ferner ist die Analyse nach gleichen Kriterien auf sämtliche vorgeschlagenen Formen der Energiegewinnung auszudehnen. Dabei wird schnell klar, daß ein besonders hohes Schadenspotential von Staudämmen ausgeht. Beim bislang schlimmsten Staudammunfall kamen 1975 in China je nach Quelle über 170.000 Menschen ums Leben (teils durch Ertrinken, teils durch Seuchen). Ebenfalls sehr gefährlich sind Bergwerke und damit die auf sie angewiesenen Formen der Energieversorgung.

Geradezu skandalös unsicher sind Biogasanlagen: Ihr Beitrag zur Energieversorgung ist nahezu bedeutungslos, aber sie sind immer wieder Verursacher von Unfällen mit gravierenden Personenschäden (EN 133). Im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung sind die in Deutschland und der Schweiz üblichen Leichtwasserreaktoren in Jahrzehnten nicht ein einziges Mal Ausgangspunkt eines Unfalls mit Personenschaden durch Strahlung gewesen.



Abb. 40: Bahnstrom aus!

Zum KKW Neckarwestheim I gehört ein eigener separater Bahnstromgenerator, der bis 2011 den größeren Teil der von der Bahn benötigten elektrischen Leistung produzierte. Der wurde dann auf Geheiß einer Kanzlerin praktisch ohne Vorwarnung abgeschaltet.

Bei der Bahn sind die Stromkosten explodiert. Weil die aber staatseigen ist und folglich von Politikern kontrolliert wird, muß die sich öffentlich über „Öko-Strom“ freuen, den sie jetzt angeblich ausschließlich verwendet. Weniger lautstark folgen für den Bürger die Erhöhungen der Fahrpreise.

www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/steigende-energiekosten-deutsche-bahn-plant-preiserhoehung/8396070.html

Foto: EnBW AG

38) Den Begriff „Versorgungssicherheit“ sehen wir stets szenariobezogen. In einem Szenario (z.B. „Streit mit Rußland“) ist diese gegeben, wenn auf Basis einer Menge von Vorbereitungsmaßnahmen die Versorgung bei Vorliegen von Störungen („Stopp der Gaslieferung“) noch aufrechterhalten werden könnte.

39) Wie wir unten darlegen werden, lehnen wir den abstrakten und zunächst inhaltsleeren Begriff „Umweltschutz“ als irreführend ab. Mit „Naturschutz“ meinen wir den Schutz von konkret zu benennenden Lebensformen vor realen (d.h. naturwissenschaftlich und ingenieurstechnisch bestimmbar) Gefahren.

40) Wir plädieren hier für die „Wertschöpfung im Inland“ als bestgeeignetes Maß für den wirtschaftlichen Nutzen des eigenen Landes. Die Maßstäbe „Arbeitsplätze“ oder „Export“ repräsentieren jeweils eine einseitige und unvollständige Sicht, sie sind zur Gesamtbewertung wirtschaftspolitischer Maßnahmen ungeeignet.

41) Diese Frage hat vor fast 70 Jahren schon v.Mises gestellt, dessen Streitschriften wider die bürokratische Diktatur wir jedem Kritiker der Energiepolitik sehr empfehlen: v.Mises (2004) S. 27.

42) Beispiel: Mitte des 19. Jahrhunderts benötigte man zur Gewinnung von 1 Tonne Roheisen aus Eisenerz 4,5 Tonnen Kohle. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt das Stahlzentrum in Düsseldorf (Abb. 41).

43) Im Rahmen eines freiheitlichen Wertemodells hat es die Politik zu akzeptieren, daß ein Bürger theoretische Möglichkeiten der Energieeinsparung nicht ergreift, zum Beispiel deshalb, weil sie zu teuer sind und ihre Realisierung unwirtschaftlich wäre, oder weil er einfach keine Lust hat, z.B. sein Haus umzubauen.

44) Weil die Verfechter der „Erneuerbaren Energie“ stets zu verschleiern suchen, daß zur Bereitstellung der im Netz benötigten Leistung die meiste Zeit über konventionelle Kraftwerke benötigt werden, hatten wir für diese vor Jahren den Begriff „Schattenkraftwerke“ eingeführt. Im Zuge der planwirtschaftlichen Systemveränderung werden diese Schattenkraftwerke jetzt zum Ballast, so daß E.On und RWE inzwischen Stilllegungen erwägen:

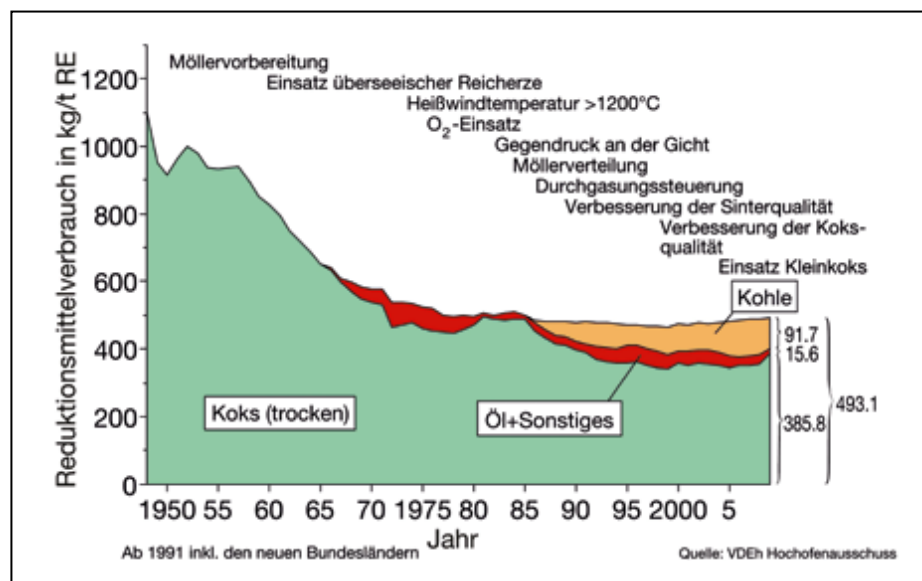
www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/energiekonzern-rwe-schaltet-kraftwerke-ab-12531167.html

45) Eine besonders unsinnige Marotte des Gesetzgebers sehen

Abb. 41: Ausgereizt

Naturwissenschaftler, Ingenieure, Designer und Kaufleute arbeiten jeden Tag daran, die Kosten der Herstellung von Gütern aller Art (wie hier: Roheisen) zu senken. Als Ergebnis sind heute die chemischen, physikalischen und technischen Grenzen der Energieeinsparung bei vielen Produkten erreicht.

Die Politik sollte es in Zukunft wieder den Unternehmen überlassen, ihre Produktionsverfahren zu beurteilen.



wir darin, für alles und jedes „Umweltverträglichkeits-“ bzw. „Umweltprüfungen“ vorzuschreiben (normiert im UVPG bzw. BBauG), oder sogar „Strategische Umweltprüfungen“ (EU-Recht). Damit wird eine eigene Industrie grüner Berater und „Öko-Institute“ alimentiert, die entweder bei den Prüfungen mitwirken, oder anschließend die Gegengutachten schreiben. Dadurch werden diese Unternehmen aber wirtschaftlich abhängig vom Fortbestand der Mega-Ängste und des grünen Propagandasystems (vgl. S. 14 f.). In Verbindung mit dem den „Naturschutzverbänden“ eingeräumten Verbandsklagerecht entsteht ein Blockade- und Erpressungspotential, das die meisten Bürger in seiner Tragweite offenbar noch nicht erkannt haben.

Mega-Angst „versiegende Rohstoffe“

46) nach Kupper (2003), S. 9.

47) Neben dem Embargo gegen den Iran sind es zur Zeit u.a. die Nachwirkungen der Revolten in Nordafrika, der Bürgerkrieg in Syrien und der Dauerkonflikt Sudan/Südsudan, die die Versorgung der Märkte belasten. Im Irak hemmt der schwelende Bürgerkrieg den geplanten Ausbau der Förderkapazität. Schon manch ein Gerücht bewegt die Preise:

www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/oel-kurssprung-wegen-40-jahre-alter-meldung_H720117503_63919/

48) Bereits im frühen 20. Jahrhundert wurde spekuliert, daß Brennstoffe in absehbarer Zeit zu Ende gehen würden. So warb bereits 1932 der zuvor durch den Bau von Rundfunksendetürmen bekanntgewordene Ingenieur Hermann Honnef für den Bau sehr großer Windkraftanlagen, weil die Kohlevorräte geschont werden müßten. Für die nachts zu produzierende Überschußenergie sollten Pumpspeicher eingerichtet werden. O.V. (1932).

49) Der englische Originaltitel lautet „The Limits to Growth“.

50) Zur Vorgeschichte und Kritik s. Kupper (2003).

51) Ebenda. Der Hauptschwachpunkt des Club-of-Rome-Reports lag in der Modellannahme, daß die verbrauchsrelevanten Parameter exponentiell, die angebotsrelevanten aber nur linear anwachsen würden. Dieses Modell mußte kollabieren, weil die Annahmen dieses Verhalten genau so anlegten. Gefragt werden muß stets, ob Annahmen die Realität abbilden. Das ist nicht der Fall.

52) Die in dieser Kritik aufgelistete Tabelle der Club-Prognosen spricht für sich: www.pi-news.net/2011/11/bundestag-fragt-apokalyptiker-dennis-meadows/

53) Begünstigt wurde dies durch die „Erste Ölkrise“ 1973/74, deren Ursache allerdings nicht im Wachstum der Bevölkerung lag, sondern im von den arabischen Angreifern verlorenen Jom-Kipur-Krieg. Die damals das Ölkartell OPEC dominierenden arabischen Ölförderländer versuchten, den Westen durch Boykott in eine israelfeindliche Haltung zu pressen. Vgl. Kupper (2003).

54) Rechnet man das Durchschnittsgewicht eines Menschen zu 71 kg, ergibt sich daraus bei 7 Mrd. Menschen eine „Masse der Menschheit“ von 0,5 Mrd. Tonnen. Verteilt man die auf die Landfläche der Erde, entfallen auf einen Quadratmeter etwa 3 Gramm, das entspricht ziemlich genau einem Stück Würfelzucker. Diesen Vergleich sollte man sich vor Augen führen, bevor man intuitiv die Vorstellung übernimmt, die Erde biete „für die vielen Menschen“ á priori nicht genügend Nahrung oder Rohstoffe.



Abb. 42: Kohle zum Mitnehmen

Ein Blick auf diese mehr als 30m dicke Steinkohleschicht im Fördergebiet Powder River (Wyoming, USA) läßt erahnen, warum die Förderung von Kohle an Ruhr oder Saar sich derzeit nicht lohnt.

Wenige hundert Kilometer entfernt liegen in North Dakota über 350 Mrd. Tonnen Braunkohle – das bislang größte bekannte Vorkommen der Erde.

www.dmr.nd.gov/ndgs/Mineral/nd_c_oalnew.asp

Eine gute Einführung zur konventionellen Sicht der Kohleentstehung (also die biogene) liefert Riedel (2009).

Foto:
<http://origeminorganicadopetroleo.blogspot.de/2011/02/normal-0-21-false-false-false-pt-br-x.html>

55) Die tiefste Goldmine der Welt nahe Johannesburg in Südafrika („TauTona“) hat laut der Betreiberfirma AngloGold Ashanti (2008) eine Tiefe von 3,9 km (Abb. 43). Steinkohle wird bis 1,5 km Tiefe abgebaut (u.a. zuletzt in Ibbenbüren). Vgl. Abb. 42.

56) Tiefbohrungen zu Forschungszwecken erreichten inzwischen Tiefen von über 12.000m, so in der damaligen Sowjetunion auf der Kola-Halbinsel: www.damninteresting.com/the-deepest-hole/, <http://basementgeographer.com/the-kola-superdeep-borehole-and-the-deepest-manmade-holes/>.

57) Lynch (2006) diskutiert diese Frage wie auch die anzuwendende Vorsicht bei der Bewertung veröffentlichter Reserven. Die erhebliche Kapitalbindung durch Jahrzehnte im Voraus betriebene Exploration ist auch der Grund dafür, warum z.B. die Reichweite der Uran-Reserven scheinbar gering ist. Die derzeit bekannten Uran-Reserven reichen bereits über viele Jahrzehnte.

58) Verstaatlichungen in jüngster Zeit erfolgten u.a. unter Hugo Chavez in Venezuela (Öl und Gold):

www.handelsblatt.com/politik/international/venezuela-chvez-zieht-verstaatlichung-des-erdoelsektors-durch/3176084.html,
www.handelsblatt.com/politik/international/venezuela-chvez-will-goldminen-verstaatlichen/4509204.html.

In Rußland werden Staatskonzerne massiv begünstigt:

www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rosneft-bp-deal-der-oelprinz/7284246.html.

Im Nordirak drohen Eigentumsprobleme wegen des kaum auflösbaren Streits zwischen der faktisch autonomen Kurdischen Region und der arabisch dominierten Zentralregierung in Bagdad:

www.rferl.org/content/article/1068359.html.

In Indien bewirkte bürokratischer Stillstand bei der Bewilligung der Exploration in Gebieten, in denen Förderrechte bereits zugeteilt waren, den Rückzug eines Rohstoffunternehmens.

<http://in.reuters.com/article/2013/10/21/bhp-india-idINDEF99K05E20131021>

59) An der fossilen oder „biogenen“ Betrachtungsweise halten auch die wichtigsten Verbände der deutschen Chemie fest, so die DECHEMA, GDCh, DGMV, VCI: Keim et al. (2010).



Abb. 43: Knappe Rohstoffe?

Rohstoffe sind erreichbar, wenn man nur will. Die tiefste Mine der Welt ist die TauTona-Mine nahe Johannesburg in Südafrika, dort wird Gold noch aus einer Tiefe von 3.900 Metern gefördert. Als Nebenprodukt fallen große Mengen Uran an – in den drei großen West-Wits-Minen (zu denen TauTona gehört) über 600 Tonnen pro Jahr. Wegen der geothermischen Hitze und der daraus folgenden Gefahr für die Bergleute sind solche extremen Fördertiefen aber die Ausnahme.

Foto: AngloGold Ashanti: West Wits South Afrika Country Report 2008,
www.anglogold.com/NR/rdonlyres/E10625B3-3762-47A5-9739-77C09F317C2A/0/WestWits2008.pdf

Steinkohle ist demnach aus Braunkohle entstanden, diese aus Torf, dieser aus abgestorbenen Bäumen, die in Sumpfgebieten versanken und dann unter Luftabschluß verrotteten (Riedel 2009). Allerdings gibt es mancherorts Steinkohle in geologischen Schichten, die viel zu alt sind. In Michigan geförderte Kohle liegt in einer Schicht aus der Zeit der „Huronischen Vereisung“ (Tyler et al. 1957). Die herrschte vor 2,3 Mrd. Jahren: 1,6 Mrd. Jahre vor dem Aufkommen der ersten Bäume.

Öl und Gas entstanden nach der biogenen Hypothese aus Phytoplankton und Bakterien, die im Meer unter anoxischen Bedingungen (also unter Sauerstoffabschluß) sedimentierten und dann abgedeckt wurden. Organische Stoffe unterschiedlichster Art bilden danach zunächst eine Mischsubstanz („Kerogen“), aus der sich dann unter Einwirkung von Druck, Hitze und Mikroorganismen neben Methan auch höhere Kohlenwasserstoffe entwickelt haben sollen. Entstehungsort des Öls ist nach dieser Sichtweise also ein Sediment („Muttergestein“, „source rock“), von dem aus das Öl dann eventuell in seine spätere Lagerstätte weiterfließt („Speichergestein“, „reservoir rock“), in der es vielleicht eines Tages erbohrt werden kann. Der Entstehungsprozeß erfordert danach geologische Zeiträume (Weggen et al. 2005, vgl. Durand 1980).

Die biogene Hypothese, die zuerst im Jahr 1757 von dem Russen Lomonosov umrissen worden war, wurde alsbald von führenden Wissenschaftlern ihrer Zeit zurückgewiesen, darunter von dem deutschen Universalgelehrten Alexander von Humboldt und dem französischen Chemiker und Mitbegründer der Thermodynamik, Gay-Lussac. (Kenney: Introduction). Das vorrangige Problem der biogenen Hypothese, das trotz mehr als zweihundertjähriger Forschungsanstrengungen bis heute andauert, besteht darin, daß sie nicht präzise beschrieben werden kann. D.h. die chemischen Reaktionsketten und die in jedem Schritt erlaubten Druck- und

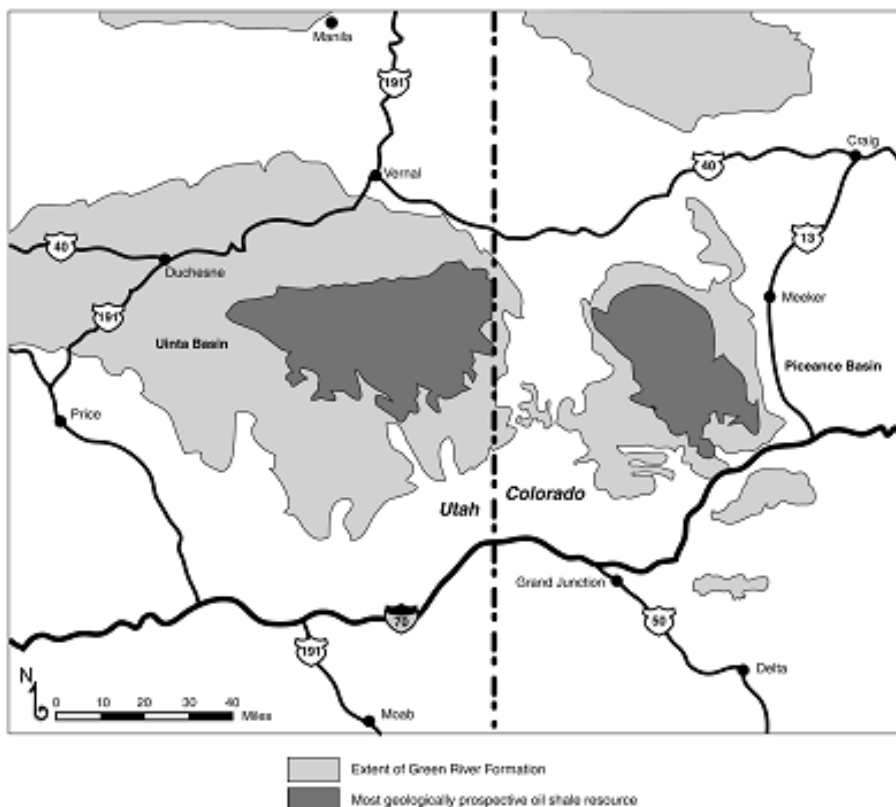


Abb. 44: Peak-Oil-Panik auf Eis gelegt

Neu entdeckte riesige Ölvorkommen im Mittleren Westen der USA („Green-River-Formation“, s. Karte rechts) enthalten nach neuen Schätzungen etwa so viel förderbares Öl wie alle zuvor weltweit bekannten Reserven zusammengekommen. Mittal (2012).

Nach Presseberichten noch bedeutender ist aber die schon länger angezapfte aber in ihren wahren Ausmaßen erst jetzt erkannte Bazhenov-Formation in Westsibirien. Die in ihr vermuteten Ölreserven allein könnten den gesamten derzeitigen Weltbedarf 64 Jahre lang abdecken.

www.forbes.com/sites/christopherhelman/2012/06/04/bakken-bazhenov-shale-oil/

Karte: Mittal (2012).



Abb. 45: Ideologie-Alarm

Jeder nutzt – offen oder heimlich – das Online-Lexikon. Nur enthält das leider auch jede Menge Fehl- und Desinformation – und zwar besonders unter den Themenartikeln, die die ideologischen Sphären von Aktivistengruppen berühren.

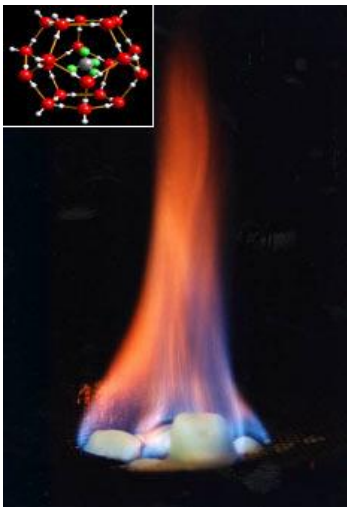


Abb. 46: Methanhydrat

Gelangt Methan in unter hohem Druck stehendes Wasser (Tiefe > 300 m), bildet sich eine schnee-ähnliche Substanz, in der H₂O-Moleküle (in dem Modell oben links in rot-weiß) jeweils ein CH₄-Molekül (grau-grün) käfigartig umschließen.

Aus 1 m³ Methanhydrat bilden sich bei Normaldruck 164 m³ Erdgas.

Foto: USGS (US Geological Service), gemeinfrei, gefunden auf Wikipedia

Temperaturbedingungen werden nicht genannt. Entsprechend fehlt auch der Nachweis im Labor (ausführlicher EN 71).

60) Die Idee eines alsbald zu erreichenden Fördermaximums, gefolgt von fortschreitendem Niedergang, wird oft dem US-amerikanischen Geowissenschaftler Marion King Hubbert zugeschrieben (Hubbert 1956), dem Erfinder des Begriffs „Peak Oil“. Aufgrund seiner Abschätzungen gab er als möglichen Zeitpunkt des „Peak Oil“ das Jahr 1965 an (ebenda, S. 24). In Wirklichkeit ist die Besorgnis aber viel älter. Dazu sarkastisch Sozansky et al. (o.J.): *“The American geologist Price (1947) observed that, approximately every five years since Drake drilled the first oil well in North America, some person has announced a dire prediction of an imminent exhaustion of oil resources. The persons making such predictions have often been considered to be ‘experts’ possessing special information about petroleum resources and geology.”*

61) entfällt

62) Kohlenstoff ist das vierthäufigste Element:

www.periodictable.com/Properties/A/UniverseAbundance.html.

Ensprechend ist es auch auf anderen nahen Himmelskörpern vorhanden, auch in Kohlenwasserstoffen. Methan als einfachstes Alkan z.B. findet sich in Konzentrationen im Prozentbereich in den Atmosphären von Uranus, Neptun sowie auf mehreren Monden des Jupiter und Saturn. Vgl. Glasby (2006). Auch wurden Kohlenwasserstoffe oft in Meteoriten nachgewiesen, die auf die Erde gestürzt waren: Kenney (2001), Szatmari et al. (2011).

63) Hier warnen wir erneut vor der Wikipedia, in der nach unserer Beobachtung alle aus „grüner Sicht“ relevanten Themenartikel von Aktivisten „gekapert“ wurden und zurechtfrisiert werden.

Unsere Frage: Ist Kohlenstoff auf der Erde ein häufiges Element? Die englische Wikipedia zeigt dazu eine Rangliste. Aber der angegebene Kohlenstoffgehalt der Erde wird dort willkürlich auf die bekanntesten Reservoirs von Kohle, Öl oder Erdgas beschränkt. Damit werden die riesigen Bestände an Kohlenstoff in den Carbonatgesteinen ebenso unterschlagen wie der CO₂-Gehalt der Luft, der Bicarbonat- und Carbonatanteil im Meersalz, die riesigen Vorräte an Methanhydrat auf dem Ozeanboden, jeglicher Kohlenstoff in der gesamten Biosphäre sowie der in der Tiefe der Erde. Das mutmaßlich gewollte Ergebnis: Kohlenstoff wird in der Rangliste der irdischen Elemente auf Platz 15 hinuntergedrückt:

http://en.wikipedia.org/wiki/Abundance_of_elements_in_Earth%27s_crust, gelesen am 17.9.13, siehe Fußnote dort zu „carbon“).

64) Kutcherov (2013) rechnet vor, daß unter den typischen Annahmen der biogenen Theorie nur 6 Prozent der in Saudi-Arabien in den dortigen 10 großen Fördergebieten gebildeten Ölmenge erklärt werden könnten, unter extrem optimistischen Annahmen immer noch weniger als die Hälfte. Ähnliche Beispiele entwickelt er für Kanada und Venezuela.

Nach Mittal (2012) werden die vorhandenen Ressourcen in der Green-River-Formation (Abb. 44) auf 3 Billionen („trillion“) Barrel Öl geschätzt, das sind 477 Mrd. Kubikmeter, was ziemlich exakt dem zehnfachen Wasservolumen des Bodensees entspricht, oder dem 3,75-fachen der 10 großen saudischen Fördergebiete zusammengekommen. (Achtung: bei dieser Fragestellung geht es um das entstandene und nicht um das förderbare Öl).

65) Sozansky et al. (o.J.).

66) Das von mehreren Autoren benutzte Argument von der geo-

graphisch bzw. geologisch „falschen“ Verteilung der „fossilen Brennstoffe“ in der Erdkruste umfaßt mehrere Teilaspekte:

- Das bevorzugte Auftreten von Öl- und Gasvorräten im Umfeld von tektonischen Bruchlinien, Meteorkratern, oft weit abseits des nächsten hypothetischen „Muttergesteins“.
- Das Auftreffen auf Öl und Gas in großer Tiefe, in kristallinem Grundgestein, weit unterhalb oder weit abseits von mutmaßlichen Muttergesteinen.
- Die Übereinanderschichtung öl- oder/und gasführender Formationen, mit ähnlichem „chemischen Fingerabdruck“ unabhängig von der Höhenstufe und damit dem erdgeschichtlichen Alter der Schicht, sowie das häufige Auftreten von Steinkohle oberhalb von öl- und gasführenden Schichten (Abb. 48).
- Die schiere Menge der aufgefundenen KWS in manchen Lagern.

Vgl. Gold (1993), Kutcherov et al. (2010), Kutcherov (2013).

67) Nach Kutcherov (2013) gibt es 496 Öl- und Gasfelder weltweit, in denen Vorräte von kommerzieller Bedeutung teilweise oder in Gänze in dem kristallinen magmatischen Basisgestein unterhalb jeder Sedimentationsschicht erbohrt wurden (vgl. Abb. 52). So gäbe es neue Funde der BP im Golf von Mexiko, wo bei einer Wassertiefe von über 1.200 m Bohrungen bis in 10.685 m Tiefe vorgetrieben wurden.

68) Wir müssen zwei Stoffgruppen unterscheiden: Methan (CH_4) - und alles andere. Methan ist der Hauptbestandteil des Erdgases; es kann sowohl durch biogene als auch durch rein chemische (also abiotische) Prozesse entstehen:

- In Teichen und überfluteten Reisfeldern aufsteigende Faulgase belegen eine biologische CH_4 -Entstehung.
- Im Labor kann unter Annahme verschiedener geologischer Szenarien CH_4 abiotisch erzeugt werden (ausführlich EN 72).
- Werden höhere Kohlenwasserstoffe (z.B. im Erdöl) in Abwesenheit von Sauerstoff überhitzt, ohne daß ihre Moleküle durch hohen Druck stabilisiert werden, zerfallen sie in Kohlenstoff und Methan. Das geschah gelegentlich in Raffinerien - und sicherlich auch häufig in der Erdkruste.

Bei CH_4 ist der Gegenstand der Kontroverse also nur die Frage, wie die vielerorts aufgefundenen gigantischen Mengen erklärt werden sollen, anders ausgedrückt: ob dabei abiogen entstandenen Vorkommen eine entscheidende Rolle spielen.

Allein die auf dem und im Meeresboden entdeckten Vorräte an Methanhydrat (Abb. 46) sind derart groß, daß allein sie den gesamten Energiebedarf der Menschheit für Tausende von Jahren abdecken könnten (Kutcherov 2013), wobei die Schätzungen stark auseinanderklaffen (Hester, Brewer 2009). Nach kostengünstigen Abbaumethoden für diese Substanz wird gesucht.

Anders ist die Fragestellung bei höheren Kohlenwasserstoffen (ab C_2H_6 , also Äthan). Hier ist der Streit grundsätzlich. Die namhaften Verfechter der biogenen Sichtweise schließen eine abiotische Entstehung des Öls oft grundsätzlich aus, und umgekehrt.

69) Nach Kutcherov hat es noch nie jemand geschafft, die behauptete Umwandlung von Fossilien in Rohöl lückenlos im Labor vorzuführen. Nur Zwischenschritte hätten dargestellt werden können. <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2010/01/interview-mit-professor-vladimir.html>

Der fehlende Labornachweis wird von Verfechtern der biogenen



Abb. 47: Meeresboden

Auf dem Meeresboden bilden sich Schichten aus Resten abgestorbener Lebewesen. Hier sind es Radiolarien (die „runden Bälle“) und Foraminiferen (alle anderen Objekte).

Allem Anschein nach ist das sich hier mit der Zeit bildende Sedimentgestein sehr porös. Daher könnte es zu einem viel späteren Zeitpunkt von Öl und Gas durchtränkt werden.

Die große Streitfrage ist nur, wo diese Kohlenwasserstoffe herkommen.

Foto: Hannes Grobe, Alfred Wegener Institute for Polar and Marine Research, Bremerhaven



Abb. 48: Schichttorte

Steinkohle-Tagebau in Indonesien. Dort und an anderen Orten der Welt zeigt sich oft ein interessantes Muster: Nahe der Oberfläche existieren riesige Steinkohleflöze. In der Tiefe darunter findet sich Öl, und in noch größerer Tiefe Erdgas. Indonesien ist ein bedeutendes Ölförderland, und viele Quellen wurden durch Kohleflöze hindurch erbohrt (das Gleiche gilt nach Gold (1993) für den Iran:). Indonesien und seine „fossilen Rohstoffe“ liegen am „Pazifischen Feuerring“, d.h. einer großen tektonischen Bruchzone.

Foto: <http://unconventionalgeology.blogspot.de/2012/01/origin-of-black-coal.html>

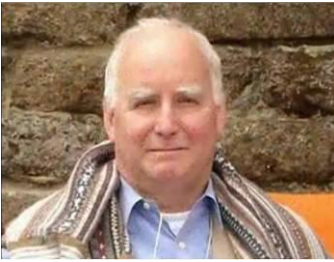


Abb. 49: J.F. Kenney

John („Jack“) Franklin Kenney ist promovierter Erdöl-ingenieur: er betrieb ein eigenes Unternehmen mit Sitz in Houston, Texas. Als Fachexperte und Kenner der Russischen Sprache gelang es ihm, die vor allem von russischen und ukrainischen Geologen entwickelte aber bis dahin praktisch nur in Russisch publizierte Theorie der tiefen abiotischen Erdölentstehung für ein westliches Publikum zu erschließen und durch eigene Forschungen zu ergänzen.

Leider endete seine wissenschaftliche Tätigkeit tragisch und abrupt. Im Jahr 2007 eskalierte an seinem Wohnsitz in Kalifornien ein seit Jahren bestehender Nachbarschaftsstreit, den er schließlich mit einer 45er-Pistole zu regeln versuchte. Jetzt sind die Nachbarn tot, und Kenney sitzt in einem kalifornischen Staatsgefängnis.

Foto:
<http://sidestreets.freedomblogging.com/2009/06/09/neighborhood-tragedy-a-cautionary-tale/2333/>

Hypothese auch offen eingeräumt. So bei Weggen et al. (2005): „*The biochemical processes, which are still not known in detail, involve the action of reducing bacteria and the catalytic action of the rocks.*“ Leider sind die erwähnten Bakterien anscheinend ebenfalls hypothetisch und werden weder in der uns bisher bekannten Übersichtsliteratur konkret benannt, noch nach unserer Kenntnis in Labors gezüchtet. Wie also wird lebende Materie zu Petroleum? Glasby (2006), eigentlich ein Verfechter der biogenen Theorie, zitiert hierzu den einst bekannten und einflußreichen US-Physiker Edward Teller („Vater der Wasserstoffbombe“): „*I have gone to the best geologists and the best petroleum researchers, and I can give you the authoritative answer: no one knows.*“

70) Für die abiotische Erdölentstehung gibt es mindestens drei unterschiedliche Hypothesen bzw. Theorien:

- Die moderne russisch-ukrainische (RU-)Theorie: Öl und Gas entstehen bei sehr hohem Druck und hoher Temperatur in der Asthenosphäre (oberste Schicht des Erdmantels) in 100 bis 150 km Tiefe, danach gelangen sie durch diverse Transportprozesse in die obere Erdkruste, wo sie erbohrt werden können.
- Die Hypothese von Peter Szatmari (1989): Öl entsteht in der Lithosphäre (Erdkruste), chemische Prozesse vergleichbar mit dem Fischer-Tropsch-Verfahren spielen die Hauptrolle.
- Die Hypothese von Thomas Gold. Sie hebt in der neueren Version auf eine gemutmaßte „tiefe Biosphäre“ ab, in der Mikroben Methan in höhere KWS umwandeln sollen. (Gold 1992, 1993).

Da wir die Entstehungskontroverse in dieser Arbeit nur anreißen wollen, werden wir uns hier auf die RU-Theorie konzentrieren.

Nach Kenney wurden in der damaligen UdSSR zur abiotischen Erdölentstehung Tausende von Forschungsarbeiten publiziert, aber vor 1984 alle bis auf eine nur in russischer Sprache (Glasby, 2006), so daß sie in die Gedankenwelt westlicher Geologen und Erdölchemiker keinen Eingang fanden. Kenney, der Russisch spricht und sich auf dieses Thema spezialisiert hatte, öffnete mit seinen Arbeiten eine Art Fenster in diese Welt. (Abb. 49).

Abiotische Erdölentstehung läuft nach der RU-Theorie wie folgt:

- Als Ausgangsmaterial benötigt werden Spender von C und H. Dazu stehen im Erdmantel u.a. Carbonate und CO₂ zur Verfügung, dazu Wasser. Nach Kolesnikov (2010) könnte sich in den Gesteinen des Erdmantels sechsmal so viel Wasser befinden wie in allen Ozeanen zusammen.
- Die Bildung von KWS erfolgt bei Temperaturen von 600 bis 1.500 °C und einem Druck von 20 bis 70 kbar. Kutcherov, Krayushkin (2010), vgl. Kenney et al. (2002) und Kutcherov (2013).
- Unter diesen Druck- und Temperaturbedingungen bilden alle nichtfesten Stoffe ein „Superkritisches Fluid“ (vgl. Kutcherov, Krayushkin, 2010). In diesem verschwinden die Unterschiede zwischen Flüssigkeiten und Gasen. Alle Stoffe (z.B. Öl und Wasser) sind frei mischbar, das Lösungsvermögen ist sehr hoch. Superkritische Fluide können durch Feststoffe diffundieren. Ihre Anwesenheit begünstigt und beschleunigt chemische Reaktionen, da miteinander reaktionsfähige Teilchen leichter zusammengeführt werden als bei Vorliegen verschiedener separater Phasen.
- In den typischen Mineralien des Erdmantels (z.B. Olivin) befinden sich große Anteile an Eisen (Fe). Unter den gegebenen Druck- und Temperaturbedingungen werden CO₂, CO, H₂O durch Fe oder FeO reduziert, so daß H₂ und C zurückbleiben.

- C und H₂ bilden unter Hitze und hohem Druck Kohlenwasserstoffe (KWS). Bei niedrigem Druck ist die spontane Umwandlung von Methan in höhere KWS ausgeschlossen. Daher kommt als Entstehungszone für Öl nur der Erdmantel in Frage, aber nicht die Erdkruste (Kenney et al. 2002).
- Da die Erdkruste in Bewegung ist (Plattentektonik), entstehen immer wieder vertikale Klüfte, durch die Fluide einschließlich der in ihnen gebildeten KWS in höhere Gesteinsschichten vordringen können. (Kutcherov, Krayushkin 2010). Dort können sie aufgrund des extremen Drucks die dort unter einem geringeren lithostatischen Druck stehenden Gesteine aufsprengen. Fluide bewegen sich stets entlang des Druckgradienten, d.h. in der Erde in der Regel von tieferen in höhere Schichten (Ague 2003).
- Durch die Kombination aus Druck und Kapillarwirkung dringen Öl und Gas beim weiteren Aufstieg durch Klüfte und Hohlräume in jede von diesen Klüften aus erreichbare poröse Gesteinsschicht vor, und zwar in allen Höhengschichten, bis nach oben eine undurchlässige Deckschicht erreicht wird („Kudryavtsev-Regel“, vgl. Abb. 48, 50).
- Höhere KWS sind bei Temperaturen oberhalb von etwa 150°C nur stabil, wenn sie unter hohem Druck stehen. Im Erdmantel ist das noch der Fall. Fällt bei hohen Temperaturen der Druck ab, zerfallen diese KWS in Kohlenstoff und Methan.
- Tatsächlich werden oberhalb von Gas- und Ölvorkommen oft Steinkohlelager gefunden, oder – umgekehrt betrachtet – unterhalb von Steinkohle Öl und Gas. Gold (1993), (Abb. 48). Steinkohle enthält große Mengen an Methan. Hunderttausende von Bergleuten bezahlten diese Tatsache in Folge von „Schlagwetterexplosionen“ bereits mit dem Leben.

Für die Bildung abbaufähiger Öl- und Gasvorkommen nach der RU-Theorie bedeutet das zusammengefaßt folgendes:

- Im oberen Erdmantel (Asthenosphäre) entstehen Kohlenwasserstoffe, wenn dort reduzierende Bedingungen herrschen.
- Bildung und Transport von Methan sind unproblematisch. Bioge-

Abb. 50 (unten links): Schichttorte II

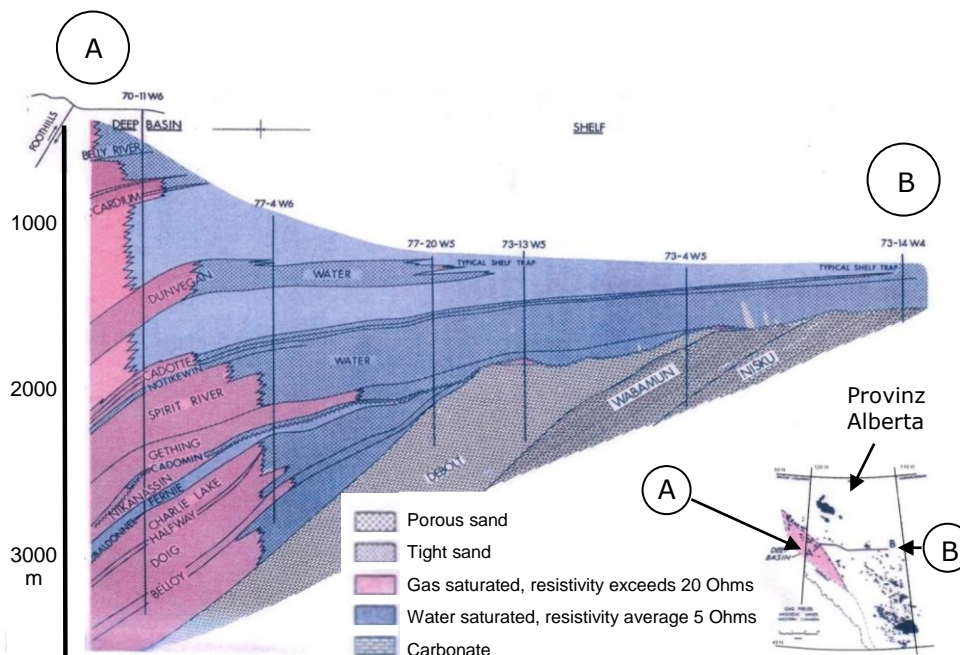
Die Graphik zeigt überhöht einen senkrechten Schnitt (A-B) durch den kreidezeitlichen Sandstein des Deep Basin in Alberta, Kanada (Kartenausschnitt im unteren Bildteil) mit seinen riesigen Gasvorkommen (altrosa). Die nummerierten senkrechten Linien markieren die Aufschlußbohrungen, an denen entlang der Schnitt dargestellt wurde.

Etwas springt ins Auge: im Westen (linker Bildteil) enthält praktisch jede Schicht Gas. Weiter östlich (Mitte und rechts) enthalten dieselben Schichten kein Gas. Stattdessen sind sie mit Wasser durchtränkt (blau). Der hohe Kapillarwiderstand des Wassers blockiert dort die Ausbreitung des Gases (vgl. Kutcherov, Krayushkin 2010).

Unterstellt man eine biogene Entstehung von Gas und Öl aus fossilen Ablagerungen, sollten für die örtliche Verteilung der Kohlenwasserstoffe die Sedimentschicht das bestimmende Strukturmerkmal sein. Das ist aber nicht der Fall. Das Schaubild deutet stattdessen auf die Dominanz senkrecht wirkender Prozesse: Die Sedimentschichtung spielt hier überhaupt keine erkennbare Rolle!

Der gezeigte Sachverhalt unterstützt einen zentralen Baustein der RU-Theorie: die „Kudryavtsev-Regel“ (Abb. 11). Das im Erdmantel entstandene Öl und Gas dringt danach durch senkrechte Spalten und Klüfte nach oben, bis sie auf eine undurchlässige Schicht stoßen. Unter dieser verteilen sie sich in allen porösen Formationen in die Breite. Daher sind unterhalb der undurchlässigen Deckschicht in jeder Schicht Kohlenwasserstoffe aufzufinden - in kleineren oder größeren Mengen.

Graphik: Kutcherov (2013), nach Masters (1979)



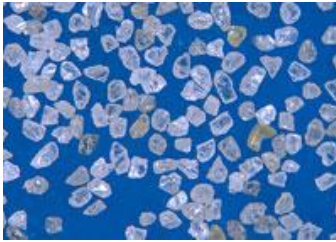


Abb. 51: Laborproben aus der Tiefe

Damit Kohlenstoff eine dreidimensionale Kristallstruktur einnimmt und zu einem Diamanten wird, bedarf es eines gewaltigen Drucks. Sonst bildet er flache Kristalle, also weichen Graphit.

Den geeigneten Druck für die Diamantentstehung liefert der obere Erdmantel, die Asthenosphäre. Diamanten entstehen also genau dort, wo nach der RU-Theorie auch das Öl entstehen soll.

Das macht Diamanten mikroskopisch kleine Einschlüsse. Sie enthalten u.a. ein breites Spektrum von Kohlenwasserstoffen. Kutcherov (2013).

Foto:
www.wsuperabrasives.com/NaturalDiamondMesh.html

ne Entstehungsprozesse für CH_4 (Faulschlamm) schließen eine zusätzliche abiotische Entstehung von CH_4 und höheren KWS im Erdmantel nicht aus.

- Die „erfolgreiche“ Migration von Öl in die obere Erdkruste und unter unsere Bohrer erfordert ein Regime sehr hohen Drucks, der unterhalb einer undurchlässigen Deckschicht erhalten bleiben muß, bis das Öl in eine Zone niedriger Temperaturen aufgestiegen ist, wo es nicht mehr bei Druckabfall sofort zerfällt.

71) Nach Kenney (Introduction) ist allein Methan bei niedrigem Druck thermodynamisch stabil. Methan wird daher spontan aus biologischem Material gebildet, z.B. als Sumpfgas oder in Abwasseranlagen („Biogas“), höhere Kohlenwasserstoffe aber niemals. Die können daher nur unter viel höherem Druck gebildet werden, also in einer viel tieferen Zone, nämlich in der Asthenosphäre (oberste Schicht des Erdmantels). Vgl. Kenney et al. (2002).

72) Die RU-Theorie war anfangs auf der Basis geologischer Befunde und theoretischer thermodynamischer Überlegungen entwickelt worden, eine Überprüfung im Labor aber zunächst unterblieben. Nach Kolesnikov (2010) erfolgte der erste Versuch einer labortechnischen Bestätigung erst 1969 durch Chekaliuk. Danach dauerte es 30 Jahre bis zum nächsten Experiment durch Weng. Inzwischen konnten aber eine Reihe wichtiger Reaktionen unter Bedingungen des Erdmantels experimentell bestätigt werden (Kutcherov, Krayushkin 2010, ausführlich bei Kolesnikov 2010). Im Labor konnte danach neben der Entstehung von CH_4 die von weiteren KWS bis $\text{C}_{10}\text{H}_{22}$ (Decan) gezeigt werden (vgl. Kenney et al. 2002). Nicht beteiligt an diesen möglicherweise bahnbrechenden Forschungen war die Wissenschaft in Deutschland.

Ein ganz anderes Mineral, das ebenfalls nur unter dem extremen Druck der Asthenosphäre entstehen kann, ist der Diamant (Abb. 51). Bei der Entstehung von Diamanten bilden sich mikroskopisch kleine Einschlüsse des umgebenden Fluids. Falls diese Kristalle in den Zugriffsbereich des Menschen gelangen, erhält der einen Einblick in das Ergebnis abiotischer Prozesse in der Tiefe.

Tatsächlich wurden in den besagten Einschlüssen neben CH_4 auch höhere KWS entdeckt, wie z.B. C_{10}H_8 (Naphtalen), $\text{C}_{14}\text{H}_{10}$ (Phenantren), $\text{C}_{16}\text{H}_{10}$ (Pyren), $\text{C}_{20}\text{H}_{12}$: Kutcherov (2013). Die Existenz eines breiten Spektrums unterschiedlicher Kohlenwasserstoffe in dem superkritischen Fluid der Asthenosphäre kann damit als nachgewiesen gelten.

73) Bezogen auf die Entstehungskontroverse werden von den Befürwortern der biogenen Sichtweise vor allem folgende Argumente ins Feld geführt (Kenney et al.: 2001; Übersicht u.a. bei Glasby: 2006, Bluemle, Manz (2004) ähnlich Gold: 1993):

- In den Kohle- und Ölvorkommen befänden sich reichlich „Biomarker“, d.h. Strukturen und Moleküle, die solchen in lebenden Organismen ähnelten oder als deren Abbauprodukte gedeutet werden könnten. Öl müsse daher aus derartigen Stoffen entstanden sein;
- Öl weise eine Polarisierung des Lichts auf, die derjenigen biologisch entstandener Moleküle entspräche;
- In den Kohlenwasserstoffen gäbe es eine kleine aber auffällige Dominanz von Molekülen mit einer ungeraden Anzahl von C-Atomen, ebenso wie in belebter Materie;
- Öl und Gas würden zumeist in ozeanischen Sedimentschichten gefunden, und genau dort wären sie aufgrund des dort stattfindenden Zerfalls der biologischen Rückstände auch zu erwarten;

Die Verteilung zwischen den verschiedenen Kohlenstoffisotopen (Anteil an C-13) weist auf einen organischen Ursprung. Kenney et al. (2001) weisen diese Begründungen zurück:

- Die (chemischen) thermodynamischen Gesetze ließen die Bildung flüssiger KWS unter den Temperatur- und Druckbedingungen der Erdkruste (d.h. bei zu niedrigem Druck) gar nicht zu.
- KWS hätten ein ausgezeichnetes Lösungsvermögen für organische Stoffe. Falls Öl in poröses Gestein mit biogenen Resten vordränge, würde in der entsprechenden Schicht bereits vorhandenes biogenes Material aufgelöst, anderes ausgeschwemmt.
- Viele als „biologisch“ gedeutete Moleküle entstünden abiotisch auf der Erde. Entsprechende Moleküle seien auch im Inneren zahlreicher Meteoriten gefunden worden, auf denen es nie Leben gegeben habe.
- Aus Meteoriten entnommene KWS wiesen die gleichen polarisierenden optischen Eigenschaften auf wie solche aus Erdöl.
- Auch technisch synthetisierte höhere KWS wiesen einen kleinen Überhang an Molekülen mit ungerader Zahl von C-Atomen auf, auch dies sei keine spezifisch biogene Eigenschaft.
- Das Isotopenverhältnis zwischen C-13 und C-12 (zumeist diskutiert in Bezug auf Methan) sei abhängig von mehreren chemischen und biologischen Prozessen, die nachträglich auf das schon vorhandene CH₄ einwirkten. Ein Rückschluß auf die Entstehungsweise des Erdöls sei daher nicht möglich.

Entscheidende Argumente präsentieren Krayushkin et al. (2001) nach Forschung im Dnjepr-Donetsk-Gebiet (Ukraine) (Abb. 52):

- In Öl, das dort aus kristallinem Basisgestein gefördert wurde, findet sich kein einziger der angeblichen „Biomarker“.
- Erst in höheren (sedimentierten) Sandstein-Formationen treten u.a. Pollen bzw. Sporen auf. In Schichten des Perm und im (älteren) Carbon finden sich Pollen/Sporen aus dem noch älteren Devon und sogar aus dem noch viel älteren Proterozoikum (aber nicht umgekehrt). Öl könne daher nur „von unten“ kommen. Beim Transport in jüngere Schichten nimmt es fossile Partikel mit.
- Das Öl zeigt in allen Schichten des jeweiligen Fördergebiets einen ähnlichen und typischen Anteil an bestimmten Metallen (z.B. Nickel und Vanadium).
- In allen Schichten gibt es einen auffällig hohen Anteil von Helium. (Helium entsteht durch den Alpha-Zerfall von Uran und anderen radioaktiven Schwermetallen im Erdinneren.) Sein Auftreten zusammen mit Öl und Erdgas legt die Existenz von gemeinsam benutzten Transportwegen nahe: aus der Tiefe.

Ähnlich wie in der Klimadebatte werden auch in Sachen Ölentstehung von einer politisch gewünschten Linie abweichende Positionen mit Hohn und Spott bekämpft. Etwa im SPIEGEL:

www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/verschwoerungstheorien-der-wirtschaft-erdoel-fuer-immer-a-862767.html.

74) Unser vorläufiger eigener Standpunkt ist wie folgt:

- Unsere Analyse dient einer politischen Bewertung. Es geht darum, ob das Dogma „Öl und Gas sind (ausschließlich) fossil und daher knapp“ Bestand haben kann.
- Jede chemische Verbindung kann prinzipiell auf mehrere verschiedene Weisen entstehen. Aus dem Nachweis „Prozeß A funktioniert“ folgt daher nicht automatisch „Prozeß B ist widerlegt“. Beide Fragestellungen sind sauber zu trennen.

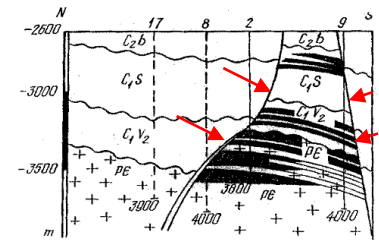


Abb. 52: Schichttorte III

Senkrechter Schnitt durch das Yuliyevskoye-Öl- und Gasfeld westlich Charkow, Ukraine. Die Zahlen bezeichnen die Tiefe in m. Die Kreuze markieren das kristalline Basisgestein.

Ähnlich wie in Abb. 50 (Gasfeld in Alberta, Kanada) vermitteln die auf diesem Bild schwarz markierten Öl- und Gasvorkommen schon dem ungeübten Betrachter den Eindruck, daß zwischen den einzelnen Vorkommen ein vertikaler Zusammenhang bestehen muß.

Man beachte die rot markierten Verwerfungslinien. Dort ist die Erdkruste gerissen und der dazwischen liegende Keil relativ zu den benachbarten Formationen nach oben gedrückt worden, so daß die Schichten dort jetzt nach oben versetzt sind (Geologen nennen das einen „Horst“).

Die untersten beiden eingezeichneten Reservoirs liegen daher im kristallinen Grundgestein (Kreuze).

Gegner der abiotischen Theorie haben diesen Sachverhalt so gedeutet, daß Öl aus einem höher gelegenen sedimentierten „Muttergestein“ in tiefergelegenes „Speichergestein“ abgefließen wäre und nur aus dem Grund in kristallinem Grundgestein anzutreffen sei (Übersicht in Glasby 2006) Im Rahmen dieses Paradigmas hätte es dann aber seine „Biomarker“ mitgebracht haben müssen. Folgt man Krayushkin, fehlen die hier aber völlig.

Graphik: Krayushkin et al. (2001).



Abb. 53: Der neue Trend

„Gegen alles!“. Das einzige, was bei den „Ökos“ noch erlaubt ist, ist Zufallsstrom.

Das eigene Haus schließt man dann allerdings doch lieber an das öffentliche Netz an – und nicht an die Windmühle „in der Region“.

Auffällig ist die schnell und durchgreifend vollzogene Schwerpunktverlagerung: nach dem vorläufigen Sieg über die Kernenergie geht es jetzt gegen Kohlekraftwerke und „Fracking“.

Eine funktionsfähige Energiewirtschaft Deutschlands ist offenbar unerwünscht.

Bild: http://bi-ffh.de/wp-content/uploads/2013/11/Sonne_und_Wind_Demo.png

- Methan kann biogen und abiotisch entstehen. Die schiere Menge der Reserven (auch Methanhydrat!) ist nur abiotisch erklärbar.
- Entstehen in der Tiefe der Erde Fluide, zwingt sie der Druck nach oben. Dabei können sie Felsen aufsprengen und sich Platz schaffen. Niemals gräbt sich ein Fluid (z.B. Öl) entgegen dem Druckgradienten in die Tiefe.
- Die geologische Verteilung des Öls nach Ort und Tiefe ist in einem abiotischen Szenario plausibel. Ein biogenes Erklärungsmodell erfordert eine verdächtige Vielzahl von Hilfhypothesen („Occams Rasiermesser“).
- Eine endgültige Festlegung unserer Position zum Öl können wir noch nicht vornehmen. Wir stellen aber fest, daß wir bisher keinen zufriedenstellenden Beweis für eine biogene Entstehung gefunden haben, und keine gültige Widerlegung der abiotischen Theorie.

75) Eine detaillierte Übersicht präsentiert DERA (2011).

Das weltweit größte bekannte Gasvorkommen ist die Bowland-Holder-Schiefergasformation in Nordengland. Dessen mittlere Abschätzung von 38 Billionen Kubikmetern liegt um mehr als 50 Prozent über den gesamten Reserven der USA (Andrews, 2013). Weitere neue Funde listet Kutcherov (2013).

Neben konventionellen geraten auch zunehmend „unkonventionelle“ Vorkommen in den Blickpunkt, wie z.B. Teersande, Schiefergas sowie die Vorkommen an Methanhydrat (Abb. 46). Außerdem nimmt durch neue technische Verfahren die Ausbeutbarkeit der vorhandenen Quellen zu (vgl. EN 206 unten). Leider sind die Förder- und Aufbereitungskosten oft deutlich höher.

76) Unbedingt zu unterscheiden ist eine tatsächliche Verknappung der Reserven von einer Blockade des Marktzugangs. Marktpreise beziehen sich auf Mengen, die den Abnehmer tatsächlich erreichen. Verknappt werden die Mengen am Markt zum einen durch die Kartellpolitik der inzwischen allerdings in ihrer Bedeutung zurückgegangenen OPEC, zum anderen aber auch durch neue und alte politische Krisen, Kriege, Embargos (vgl. EN 47).

77) In den USA wird die Erschließung neuer Vorkommen auf Druck der Öko-NGOs behindert, ebenso wie in Deutschland (Fracking-Debatte). Einige Beispiele zur Nutzung der Arktis:

www.greenpeace.org/international/en/campaigns/climate-change/arctic-impacts/
[wwf.panda.org/what we do/where we work/arctic/what we do/oil_gas/](http://wwf.panda.org/what_we_do/where_we_work/arctic/what_we_do/oil_gas/)

Zu Vorhaben in Deutschland: BUND e.V. und Nabu:

www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rwe-will-in-schleswig-holstein-wieder-oel-foerdern-a-915183.html

Ein Versuch von Greenpeace im September 2013, eine russische Bohrplattform zu entern, endete mit der Verhaftung von 30 Tatbeteiligten durch russische Behörden.

78) Hier ein Beispiel solcher Behauptungen – von einer kirchenaffinen „Mikro-NGO“:

www.lebenshaus-alb.de/magazin/003548.html.

79) Hier eine öffentliche Einschätzung der World Nuclear Association: www.world-nuclear.org/info/Nuclear-Fuel-Cycle/Uranium-Resources/Supply-of-Uranium/#.Ug-zBW1sgyY.

Zur aktuellen Marktlage und Einschätzung s. hier:

www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-rohstoffe/sinkende-rohstoffpreise-uranfoerderer-sehen-einen-silberstreif-12562671.html

Mega-Angst „Klimakatastrophe“

80) Der Buchautor Hartmut Bachmann gibt an, etwa eine Woche nach Erscheinen des SPIEGEL-Titels mit dem Kölner Dom den ihm persönlich bekannten damaligen Chefredakteur Rudolf Augstein angerufen und ihm vorgehalten zu haben, die Menschen in Angst zu versetzen. Augstein habe geantwortet: „Ohne Angst der Massen keine Bewegung der Massen“.

www.youtube.com/watch?v=WakMoevDQPw

81) Ein Beispiel solcher Diffamierung aus den Medien heraus war ein Artikel der ZEIT unter dem Titel „Die Klimakrieger“

(www.zeit.de/2012/48/Klimawandel-Marc-Morano-Lobby-Klimaskeptiker). Das simple Weltbild der beiden Autorinnen: 1. Die „Klimaforscher“ haben immer Recht, 2. die Welt ist durch die böse Industrie in Gefahr, und 3., diese böse Industrie kauft sich „Skeptiker“, die dann die „Klimaforscher“ schlecht machen und so die Rettung der Welt gefährden.

82) Ausführlicher und allgemeinverständlich dazu die Arbeiten von Heinz Thieme und Ermecke (2009), sowie streng physikalisch Gerlich und Tschuschner (2007).

83) Ob Änderungen im IR-aktiven Spurengasanteil der Atmosphäre die Temperaturen auf der Erde beeinflussen können, hatten wir bereits in früheren Analysen gründlich beleuchtet. Losgelöst davon muß einmal geklärt werden, ob die Menschheit es überhaupt in der Hand hat, die Spurengaszusammensetzung mehr als nur lokal zu ändern. Dies ist eine geochemische Fragestellung. Wir werden sie in einem zukünftigen Report analysieren.

84) In den Schriften der „Klimaforscher“ gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Beschreibungen, wie der sg. „Treibhauseffekt“ funktionieren soll. Bei Gerlich, Tschuschner (2007) (Abb. 92) werden allein 14 Formulierungen skizziert, die jeweils unterschiedliche physikalische Wirkungszusammenhänge behaupten und sich gegenseitig teilweise ausschließen. Der regelmäßig beschworene „Konsens der Wissenschaft“ beschränkt sich in Wahrheit auf die Collusion der Nutznießer, die das Nichtvorhandensein einer physikalischen Basis gegenüber der Öffentlichkeit verschleiern und leugnen.

Gerlichs und Tschuschners „Falsification...“ (2007) ist nach unserer Einschätzung inzwischen das Standardwerk für die physikalische Widerlegung des Treibhausdogmas: sie wurde mehrfach angegriffen, aber u.a. von Kramm, Dlugi und Zelger (2009) verteidigt und ergänzt. Wie erwartet, wurde im IPCC-Bericht 2013 keiner dieser Autoren auch nur mit einem einzigen Wort erwähnt.

85) Von „Klimafolgenforschern“ werden extrem hohe Kosten behauptet, die die angebliche „Klimakatastrophe“ verursachen soll. Dem Bürger sollen so staatliche Zwänge und Abgaben als kleineres Übel erscheinen. In Großbritannien ist es Nicholas Stern, der solche Horrorszenarien „berechnet“, in Deutschland Claudia Kemfert (DIW; z.B. in Kemfert 2007; Abb. 54) und Ottmar Edenhofer (Co-Direktor des PIK). Da die physikalischen Grundannahmen, auf denen solche Schadensbetrachtungen aufbauen, allesamt falsch sind (Abb. 54 unten und EN 84), betrachten wir solche Rechenwerke schon ihrem Wesen nach als reine Scharlatanerie:

webarchive.nationalarchives.gov.uk/20130129110402/http://www.hm-treasury.gov.uk/stern_review_report.htm (Stern); www.manager-magazin.de/unternehmen/energie/a-663413-2.html (Edenhofer).

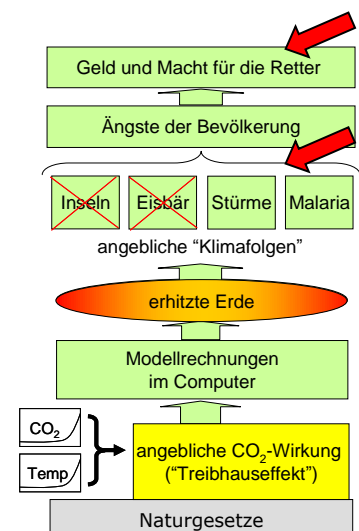


Abb. 54: Zahlenspiele

Claudia Kemfert produziert (auch) Zahlen. Ihr Spezialgebiet sind die Kosten von „Klimakatastrophen“. Ihr Arbeitgeber ist das staatsfinanzierte DIW.

Eine „Klimakatastrophe“ ist – wie von uns schon 2009 veranschaulicht – ein Turm von Hypothesen und Spekulation (s.u.). Kemferts Aussagen wirken in den oberen Stockwerken: sie lassen die „Klimafolgen“ als katastrophal bedrohlich erscheinen. Dagegen seien die Lasten, die die Bevölkerung für den vorgeblichen „Klimaschutz“ tragen soll, vergleichsweise moderat.

Wenn Kemfert im Fernsehen auftritt, kommen ihre Kritiker nie zu Wort. Kämen deren Argumente auf den Tisch, würde das Interesse an Kemferts Zahlen wohl bald versiegen.



Graphik: ©KE Research, 2009-2014

86) Eine weitere Personengruppe, die die CO₂-Klimastory offenbar glaubt, sind viele Unternehmer und Vorstände, die aufgrund ihrer Rolle nicht die Zeit haben, politische und wissenschaftliche Themen tiefergehend zu hinterfragen. Das führt zu der bizarren Situation, daß oft Unternehmen, die unter dem CO₂-Regime besonders leiden, sich in ihrer PR als Helden des Klimaschutzes gebärden und so die Öko-Gehirnwäsche am Volk auch noch selbst verstärken. Stellvertretend sei hier die Lufthansa genannt, die wegen der Luftverkehrsabgabe und des CO₂-Zertifikateregimes unter erheblichem Ergebnisdruck steht: In ihren Kantinen gibt es jetzt für die Mitarbeiter „klimafreundliches Essen“:

www.lufthansagroup.com/de/presse/meldungen/view/archive/2013/july/16/article/2518.html

87) Eine weitere Widerlegung des CO₂-Treibhausdogmas ist recht simpel: In der Physik zählen Hypothesen nur dann, wenn man ihre Richtigkeit im Labor zeigen oder wenigstens in der Natur messen kann. Nachgewiesen werden müßte, daß sich die Temperatur eines warmen Bodens weiter erhöht, wenn man in einem darauf liegenden kalten Gas den CO₂-Spurengasanteil erhöht. Ein solcher experimenteller Nachweis existiert jedoch nicht.

88) vgl. Ermecke (2009), S. 10 f..

89) Ein typisches Beispiel für das Verschweigen der Bevölkerungswachstum zeigt der in Ermecke, Thieme (2013) analysierte Schulbuchauszug (dort S. 7).

90) Dieser Aspekt wurde zuerst von Thieme (2005) deutlich herausgestellt. Vgl. Ermecke (2009), S. 14 f. und Ermecke, Thieme (2013). Der Wert „70%“ ergibt sich aus den von Kiehl & Trenberth (1997) benutzten Abschätzungen.

91) Tatsächlich erfolgt das Auskühlen der Herdplatte teilweise durch Konduktion und Konvektion. Für den hier zu zeigenden Zusammenhang spielt diese Vereinfachung aber keine Rolle.

Mega-Angst „Tod durch Strahlung“

92) Ab etwa 1955 versuchte der sowjetische und in dessen Schlepptau der „DDR“-Geheimdienst, in der deutschen Bevölkerung Stimmung gegen die Nutzung der Kernspaltung zu machen (Feinendegen 2011). In der Bundesrepublik kamen Proteste gegen Kernkraftwerke erstmals Anfang der 1960er Jahre auf, als Planungen für die Errichtung eines (später nicht gebauten) KKW in Bertoldsheim an der Donau bekannt wurden. Anfang der 1970er Jahre entstand aus den zunächst lokalen Gruppierungen eine überregionale Bewegung. Nachdem die SPD seit 1976 sukzessive ins Anti-KKW-Lager gewechselt war (www.forum-dl21.de/service/Atomenergie-BeitragKuhlwein.pdf) und später „Die Grünen“ dazustießen, verordnete Kanzlerin Merkel nach dem Fukushima-Unfall der Union und im Schlepptau der FDP eine Kehrtwende. Die ex-Bürgerlichen predigen seitdem „Energiewende“.

93) Schon der Gedanke, „Strahlung“ oder „Radioaktivität“ ausgesetzt zu sein, löst bei vielen Menschen tiefsitzende Ängste aus. Diese oft panische Strahlungsangst und nicht die technische Sicherheit der Anlagen ist der eigentliche Dreh- und Angelpunkt der Kernenergie-debatte!

Diese Ängste sind allerdings keineswegs irrational: sie resultieren vielmehr folgerichtig aus der im Bewußtsein der Betroffenen abgespeicherten (vermeintlichen!) Faktenbasis. Diese wird zunächst



Abb. 55: Sicheres Wissen?

Geradezu symbolhaft für die oft rührende technische Unbedarftheit der meisten Kernkraftgegner war dieses 2007 genutzte Werbemotiv der schweizer Sozialdemokraten. In der Phantasie der Designer krachte der Terrorflieger ausgerechnet in den Kühlturm.

von Schulen und Behörden gelegt und von teilweise staatsfinanzierten Öko-NGOs und Politikern ausgebaut. Die Medien geben jede alarmistische Einschätzung an die Bevölkerung weiter (vgl. EN 109), verschweigen aber stets deren Widerlegung. Typisch der Strahlenhorror bei Greenpeace: www.greenpeace-stuttgart.de/themen/energie/Tschernobyl_20_Jahre.pdf. Wer sorgfältig liest, findet für die dramatischen Behauptungen keine Quellen. Mit unserem Grundsatzreport wollen wir helfen beim „Aufräumen in den Köpfen“. Klären wir zunächst die unumstrittenen Fakten:

- Strahlung überträgt Energie auf Moleküle und kann diese aufbrechen. Die Bruchstücke („Radikale“) sind chemisch aggressiv und können weitere Moleküle angreifen, auch solche von biologischer Bedeutung (insbesondere auch das Erbmolekül DNS).
- Innerhalb eines kurzen Zeitraums aufgenommene sehr hohe Strahlungsdosen können Menschen schwer erkranken lassen oder töten. Ab einer Einmaldosis von ca. 1,2 Sv entsteht eine Akute Strahlenkrankheit (vgl. Abb. 57). Bei 4,5 Sv sterben bei Ausbleiben medizinischer Hilfe 50 % der Betroffenen, und bei 10 Sv ist ein Überleben nur noch sehr unwahrscheinlich.
- Bei geringeren Strahlungsdosen (Einmalbestrahlung!) bis hinunter zu etwa 100 mSv kann in betroffenen Bevölkerungsgruppen ein Anstieg der Häufigkeit bestimmter Krankheiten beobachtet werden, insbesondere von Krebs.

Die große Streitfrage ist nun, welche Folgen es hat, wenn

- einmalig deutlich kleinere Dosen aufgenommen werden, oder
- sich über einen längeren Zeitraum hinweg aufgrund ständiger Niedrigstrahlung eine „große“ Dosis akkumuliert.

In der Wissenschaft gibt es drei widerstreitende Auffassungen:

- Strahlung ist in jeder Dosis gesundheitsschädlich. Die Strahlungsdosis bestimmt die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Erkrankung (z.B. einer bestimmten Krebsart). Eine niedrigere Dosis führt zu einer niedrigeren Entstehungswahrscheinlichkeit derselben Krankheit, hat aber auf deren Schwere keine Auswirkungen. Diese Auffassung wird als „**LNT-Hypothese**“ bezeichnet („Linear – no Threshold“ – „Threshold“ bedeutet „Schwelle“).
- Für Strahlung gibt es – wie bei chemischen Giften – einen Schwellenwert. Ein Schaden tritt nur auf, wenn die Dosis den Wert übersteigt. Bleibt sie darunter, gibt es keinen Schaden.
- In den Zellen vorhandenen Abwehr- und Reparaturmechanismen werden durch „kleine“ Strahlungsdosen aktiviert. Personen, die regelmäßig Strahlung ausgesetzt sind, sind insgesamt gesünder als die nicht bestrahlte Bevölkerung (Hormesis-Hypothese).

Zur Beurteilung dieser Frage bedarf es vorab weiterer Fakten:

- Die Zellen werden auch durch Radikale angegriffen, die als Abfallprodukte normaler biochemischer Reaktionen entstehen.
- Bei niedriger natürlicher Strahlung (wie hier in Oberhaching mit ca. 1 mSv/y) überwiegt die Anzahl biochemisch verursachter DNS-Schäden (Doppelstrangbrüche) die strahlungsgenerierten um den Faktor 1000 (Feinendegen 2005).
- Der Körper besitzt eine Vielzahl biologischer Schutz- und Reparaturmechanismen. Selbst Doppelstrangbrüche der DNS werden laufend repariert. Nach unserer Kenntnis folgen weltweit alle Strahlenschutzbehörden dem LNT-Dogma. Auf dem beruht auch die Vorstellungswelt der Anti-Atombewegung. Vgl. Jaworowski (2004), Feinendegen (2005), Ware (2008), Tubiana et al. (2009).



Abb. 56: Der „Rote Wald“

Der „Rote Wald“ bei Tschernobyl war für viele das Sinnbild für Tod und Vernichtung durch die „Atomwirtschaft“.

Für uns und viele andere dagegen ist dieser Wald ein Ort von höchstem wissenschaftlichen Interesse. Er zeigt uns, daß verschiedene Organismen auf Strahlung höchst unterschiedlich reagieren. Der Rote Wald bestand aus abgestorbenen Kiefern: sie sind gegenüber Strahlung sehr empfindlich. Birken dagegen zeigen keinerlei Schäden (Baker, Wickliffe 2011).

Für uns besonders bedeutsam ist die Wirkung auf Säugetiere – und damit auf uns selbst. Dazu wurden und werden zahlreiche Studienreihen durchgeführt. Das erfreuliche Ergebnis: alle in der Sperrzone um das Kraftwerk untersuchten Spezies – vom Rothirsch bis zur Rötelmaus – machen einen gesunden Eindruck. Vgl. Baker, Wickliffe (2011).

Foto: Chernobyl Center for International Research



Abb. 57: Vom Drehbuch todgeweiht

In dem deutschen Spielfilm „Die Wolke“ durchlebt die Protagonistin „Hannah“ den Unfall eines fiktiven Kernkraftwerks bei Schweinfurt (Anspielung auf das reale KKW Grafenrheinfeld).

Allerdings befindet sich das Mädchen laut Filmhandlung nie näher als 80 km vom Unfallort entfernt. Obwohl sie nach weniger als zwei Tagen im Zuge einer allgemeinen Massenpanik nach Norddeutschland flieht, blutet sie anschließend aus der Nase, die Haare fallen ihr aus. Das sind Symptome einer schweren Akuten Strahlenkrankheit. Viele andere Menschen („38.000“) sterben, über zahllose zukünftige Krebstote wird spekuliert.

In Fukushima arbeiteten nach einem realen „Vierfach-SuperGAU“ 2011 viele Ingenieure monatelang in dem havarierten Kraftwerk selbst, und nicht ein einziger entwickelte Symptome der Strahlenkrankheit. In Japan gab es 20.000 Flut-, aber kein einziges Strahlungsoffer.

Offenbar sind Inhalt und Botschaft des Films völlig realitätsfremd. Trotzdem wird er an unseren Schulen laufend vorgeführt.

Foto: Screenshot aus www.youtube.com/watch?v=wngjWxO-rPw (Inzwischen gelöscht)

94) Diese Strahlung ist auch schon bei kleinster Aktivität nachweisbar. Ist radioaktive Materie vorhanden, ist sie aufspürbar. Im Umkehrschluß heißt das: wo keine Strahlung gemessen wird, existiert solche nicht und radioaktive Materie auch nicht. Das gilt es zu berücksichtigen, wenn z.B. immer wieder Gerüchte über ein angebliches „Leukämie-Cluster“ von Kindern im Umfeld des Kernkraftwerks Krümmel gestreut werden. Es hat in Krümmel nie eine Freisetzung von radioaktiven Substanzen aus dem KKW gegeben, es gab und gibt dort keine erhöhte Radioaktivität. Damit gibt es auch keinen Wirkungsmechanismus, der einzelne Erkrankungen im Umland mit dem Kernkraftwerk verbinden könnte:

www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?id=16833.

Umgekehrt hat es 1986 in Tschernobyl eine massive Freisetzung von Radionukliden gegeben, nur zeigen medizinische Studien dort gerade keinen Anstieg der Leukämie: (Becker 2003).

Typisch auch folgender Artikel aus der ZEIT:

[www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-11/Castor-Transport-](http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-11/Castor-Transport-Strahlenbelastung)

[Strahlenbelastung](http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-11/Castor-Transport-Strahlenbelastung): Behauptungen der „Umweltschützer“ (des Psychokonzerns Greenpeace) werden - wie in den meisten deutschen Medien üblich - ohne Prüfung ihrer selbst und des Kontextes als faktische Erkenntnisse präsentiert.

95) Der umgangssprachliche Begriff „GAU“ („Größter anzunehmender Unfall“) wird synonym für das etwas sperrige Wort „Auslegungsstörfall“ benutzt. „Auslegungsstörfall“ aber ist etwas, wofür die Anlage noch „ausgelegt ist“ Er kann also mit den vorhandenen Sicherheitseinrichtungen abgefangen werden. Abweichend von der mitunter hysterischen öffentlichen Debatte ist ein „GAU“ gerade nicht ein dramatischer Unfall, sondern ein Szenario, dessen Beherrschung durchgeplant und minutiös vorbereitet ist.

„**SuperGAU**“ ist ein noch schwererer Störfall. Deutsche Kernkraftwerke müssen so gebaut sein, daß auch im Falle eines solchen Unfalls die Auswirkungen auf die Anlage beschränkt bleiben. Der Unfall in Japan hätte in der Sprache der Kernkraftgegner als „**Vierfach-SuperGAU**“ bezeichnet werden müssen. Die von der japanischen Regierung im März 2011 angeordnete 20km-Evakuierungszone um das Kraftwerk Fukushima I hatte eine Fläche von rund 600 km² und entsprach damit etwa dem Landkreis Wittmund: (Ermecke 2011, S. 11). Die Regierung legte dann für die Rückkehr der Bewohner völlig willkürlich einen Grenzwerts von 20 mSv/y (d.h. 2,3 µSv/h) fest, wohl um auf diese Weise kundzutun, jetzt die Bevölkerung unbedingt schützen zu wollen. Die Meßstationen zeigten währenddessen, daß die Aktivität im größeren Teil des Evakuierungsgebietes schon Mitte 2011 (nach dem Zerfall des kurzlebigen Isotops Jod-131) nur noch gering war (Kartenausschnitt mit Meßdaten vom Juli 2011 in Abb. 58): Obwohl die Strahlung z.B. im Südtail der Stadt Minami Souma (braun umrahmt) selbst diesen Grenzwert gar nicht erreichte, wurde diese Zone erst im April 2012 wieder freigegeben. www.japantimes.co.jp/news/2012/04/17/news/evacuation-order-lifted-for-parts-of-minamisoma/#.UrIdAvTuImA

Wie der „Fall Taipei“ (EN 101) nahelegt, wäre für die Einwohner wohl kaum eine Gefahr entstanden, wenn man sie schon Mitte 2011 (zumindest auf freiwilliger Basis!) in die zuvor evakuierten Gebiete hätte zurückkehren lassen. Die schwerwiegenden psychischen Folgen längerer Entwurzelung und politisch geschürter Strahlenangst wurden von Politik und Behörden unterschätzt oder

verdrängt. Jetzt wird über verbreitete Depressionen unter den Evakuierten berichtet – und eine gestiegene Selbstmordrate. <http://worldnews.nbcnews.com/news/2013/09/10/20420833-fukushima-evacuation-has-killed-more-than-earthquake-and-tsunami-survey-says>. Vgl. Jaworowski (1999) und (2004).

96) Die Vorstellungen in Deutschland über Verlauf und Opfer eines Nuklearunfalls wurden maßgeblich von Katastrophenfilmen geprägt, insbesondere dem durch den Regisseur Gregor Schnitzler nach dem Roman der Grundschullehrerin Gudrun Pausewang inszenierten Streifen „Die Wolke“ (Abb. 57). Der Film konstruiert ein vom Standpunkt der Physik und Technik her grotesk wirklichkeitswidriges Szenario. Vielleicht wegen der ihm zugrundeliegenden „richtigen Gesinnung“ wurde er aber mit Preisen bedacht und immer wieder an deutschen Schulen vorgeführt. Vgl. Ermecke (2011), dort EN 128.

Ein Spezialaspekt auch in diesem Film ist die Angst vor Plutonium (Pu), dem eine geradezu mystische Vernichtungswirkung zugeschrieben wird. 200 g Pu sollen ausreichen, die ganze Menschheit auszulöschen. Allerdings wurden 1945 über Nagasaki 6 kg Pu zerstäubt, und später wurden bei insgesamt 541 oberirdischen Kernwaffentests ca. 3 Tonnen Pu freigesetzt, ohne daß jemand durch den Fallout nachweisbar zu Schaden gekommen wäre (Jaworowski 1999). Bei realen oder hypothetischen Unfällen mit Leichtwasserreaktoren (auch Fukushima) spielt Pu überhaupt keine Rolle, da sein Siedepunkt viel zu hoch ist und daher selbst bei einer Kernschmelze kein Pu verdampft (Ermecke 2011).

97) Nach unserem Eindruck aus vielen Gesprächen mit Kernkraftgegnern hat kaum einer dieser Leute jemals auch nur eine einzige Systemskizze eines Reaktorsicherheitssystems studiert oder wenigstens in einem KKW die Besucherführung mitgemacht. Kernkraftgegner verblüffen uns immer wieder durch ihre bemerkenswerte fachliche Unkenntnis (beispielhaft Abb. 55). Dagegen steht eine festgefügte Glaubenswelt – und die reflexhafte Empörung, wenn jemand ihren Standpunkten widerspricht.

98) Ein Beispiel für das Schüren der Erdbebenhysterie: www.conratom.de/2012/03/02/weltweites-risiko-akw-zeitbomben-in-erdbebenregionen/. Vgl. EN 104.

99) Nach dem Problem suchen, weil man die Lösung nicht will: www.ipnww.de/atomenergie/atomenergie-sicherheit/artikel/c8a149e2e3/hintergruende-zum-risiko-eines-terro.html.

100) Bei nicht enden wollenden Debatte über Endlager wie auch über die Kernenergie insgesamt ist der entscheidende Kern:

- die Angst der Menschen, unheilbar zu erkranken und qualvoll zu sterben. Diese Angst wird von vielen auf die Strahlung als angebliche Ursache gerichtet.
- das völlige Fehlen jeglicher Erfahrung mit Maßeinheiten und Größenordnungen von Strahlung, also der Aktivität (gemessen in Becquerel, Bq), der Energiedosis (Gray, Gy) und der biologisch gewichteten Strahlungsdosis (Sievert, Sv);
- der festgefühten Überzeugung, daß auch geringste Strahlungsdosen zu den schlimmsten Folgen führen werden (EN 101);
- das gezielt gesähte Mißtrauen gegen abweichende Informationen, die „von der Industrie verbreitet“ würden.

Wir halten „Endlagerung“ für ein Nichtproblem. Es gibt viele gute Lösungen, falls man auf Scheuklappen verzichtet (vgl. Abb. 14).

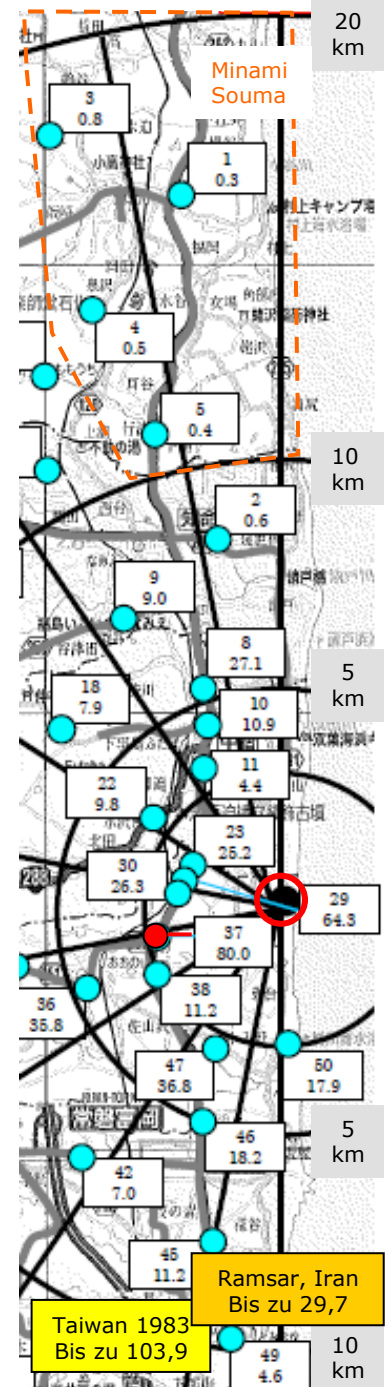


Abb. 58: Bestrahlt und totgeschützt

Luftmeßwerte (untere Zahlen) um das KKW Fukushima I (roter Ring), am 13. Juli 2011. Das Maximum liegt in der Stadt Okuma (Meßstelle 37, roter Punkt) bei 80 µSv/h. Der 20-km-Radius war evakuiert.

In Taipei war die Verstrahlung viel größer – und das in den Wohnungen selbst!

Karte: MEXT (2011)



Abb. 59: Drei Explosionen - und ein doppeltes „Warum?“

Fukushima, März 2011: Nach einem starken Tsunami zerstören Knallgasexplosionen drei Reaktorblocks. Präziser formuliert: In den Blocks Nr. 1, 3 und 4 sprengte das Gas die „Brennelementebühnen“ – so nennen Reaktorexperthen die hallenähnlichen Räume oberhalb der eigentlichen Reaktoren.

Aber warum gelangte das Gas überhaupt in diese Räume, und warum explodierte es dort zum Schluß?

Das sind zwei Fragen, die die deutschsprachigen Medien nie gestellt haben. Wir aber haben sie gestellt – und stießen auf diesem Wege auf unfabbare Ausrüstungsmängel des japanischen Kraftwerks. Und wir fanden mutige Improvisationen, die wegen fehlender Geräte aber am Ende leider scheiterten. [Ermecke \(2011\)](#).

Foto: TEPCO

Abb. 60: Stimmt das LNT-Modell?

Der Vergleich der Jahresdosen erschüttert den Sockel der Strahlenangst: Falls die Menschen in Ramsar nicht krank und in Taipei sogar auffällig gesund waren, wäre die LNT-basierte Strahlenschutzpolitik unfundiert.

101) In Deutschland liegt die auf den Menschen aus natürlichen Quellen einwirkende Strahlung laut Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) je nach Ort bei 1 bis 10 mSv/y (Millisievert pro Jahr), im Schnitt sind es 2,1. Im Iran in der Region um die Stadt Ramsar sind es stellenweise bis zu 260 mSv/y, wobei in den Zonen mit der höchsten Belastung ca. 2.000 Menschen leben. Untersuchungen dort zeigen aber keine gesundheitliche Belastung der betroffenen Bevölkerung (Ghiassi-nejad et al., 2001).

In Südfrankreich gibt es zwei Zonen mit bis zu 876 mSv/y, darunter im Lauragais nahe Toulouse (Delpoux et al. 1997).

Weitere Gebiete mit im Vergleich zu Deutschland extrem hoher natürlicher Hintergrundstrahlung gibt es u.a. in Brasilien, Indien, und China (Jaworowski 2004, Ware 2008). In anderen Regionen gab es durch menschliches Zutun zeitweilig stark erhöhte Strahlung: Hiroshima, Nagasaki, Tschernobyl, Fukushima. Diese Fälle sind strahlungsmedizinisch sehr gründlich erforscht.

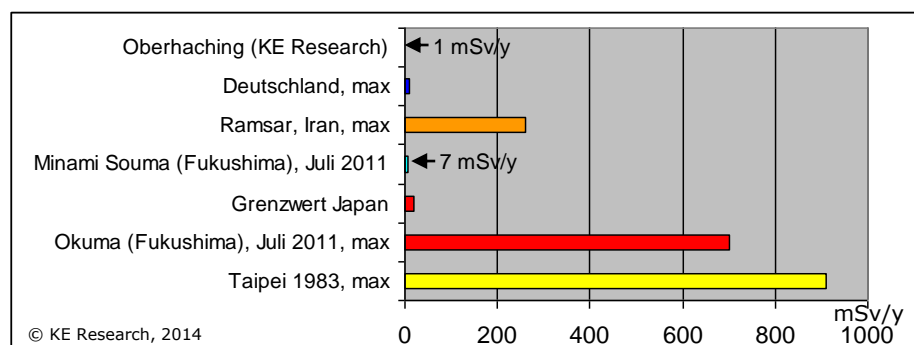
Wenig bekannt aber enorm aufschlußreich ist folgender Vorfall: 1982-84 wurden in Taipei (Taiwan) in 180 Gebäuden Träger aus einem Stahl eingebaut, bei dessen Herstellung versehentlich und zunächst unerkant radioaktives Cobalt-60 eingeschmolzen worden war. Das erzeugt eine „harte“ Gammastrahlung. Bevor die Panne entdeckt wurde, waren 9-20 Jahre lang insgesamt 10.000 Bewohner/Ladenbesitzer/Schüler hohen Strahlungsdosen ausgesetzt worden. Diese erreichte über die Jahre akkumuliert:

- bei 1.100 Menschen 4.000 mSv (also 4 Sv, die rekonstruierte Spitzenbelastung lag sogar bei 6 Sv. Diese Dosen wären bei Einmalbestrahlung für viele tödlich.).
- Bei 900 Personen bis 420 mSv
- Bei 8.000 Personen bis 120 mSv.

(Chen et al. 2007).

Nach der LNT-Hypothese (EN 93) hätte dies zahlreiche zusätzliche Krebstote sowie Mißbildungen bei Kindern bewirken müssen. Beides war aber nicht der Fall. Anstatt anzusteigen, fiel die Zahl der Krebstodesfälle nach 1982 sogar stark ab. Nach Chen und seinen 13 Mitautoren wurden in den Jahren nach dem Einziehen in die strahlungsbelasteten Wohnungen unter den ca. 10.000 Bewohnern nur 7 Krebstote identifiziert, und nur 3 Fälle von genetischen Schäden (Herzkrankungen) von Neugeborenen der bestrahlten Eltern. Die Bewohner der verstrahlten Häuser wurden danach also nicht nur nicht geschädigt, sondern sie blieben deutlich gesünder.

Tendenziell vergleichbare Aussagen machen auch Becker (2003) zur Leukämierate um Tschernobyl (kein Anstieg); sowie in Übersichtsartikeln Muckerheide (2000) Jaworowski (2004), Feinendegen (2005) und Ware (2008) (hormetische Wirkung).



102) <http://world-nuclear.org/info/Safety-and-Security/Safety-of-Plants/Fukushima-Accident-2011/#.UhZpBD-Ax8E>. Zuvor war es bereits 1979 in Harrisburg, PA, USA („Three-Miles-Island“) zu einer Kernschmelze in einem Leichtwasserreaktor gekommen. Schon bei diesem Unfall war niemand getötet oder verstrahlt worden: www.world-nuclear.org/info/Safety-and-Security/Safety-of-Plants/Three-Mile-Island-accident/#.Ug_4RG1sqyY. Bald aber setzte die grüne Szene Gerüchte in Umlauf, nach denen in Zukunft mit zahlreichen Krebstoten zu rechnen sei bzw. viele Menschen bereits erkrankt seien, z.B.: www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=5294. Tragfähige Belege dafür gibt es jedoch ebensowenig wie einen plausiblen Kausalzusammenhang, da bei dem Harrisburg-Unfall gar keine Verstrahlung des Umlandes stattgefunden hatte.

103) Es gibt in einem KKW eine Reihe von Kühlsystemen und daher unterschiedliche technische Vorgehensweisen, um beliebige Kombinationen von Störungen zu beherrschen. Läßt man Wasser abdampfen, führt es sehr viel Energie ab und eine vergleichsweise kleine Pumpe reicht zum Nachspeisen. Soll heißes Wasser zu Wärmetauschern und kaltes zurück bewegt werden, wird eine deutlich größere Pumpleistung benötigt. Vgl. Ermecke (2011).

Die zwanghafte Vorstellung, unsere Kernkraftwerke seien „unbeherrschbar“ und daher aufzugeben, läuft also im Ergebnis auf das Eingeständnis hinaus, daß wir als einst führende Industrienation es uns nicht mehr zutrauen, im Fall einer hypothetisch angenommenen multiplen Störung im Kraftwerksinneren ein Feuerwehrauto und ein paar Schläuche heranzuschaffen und anzuschließen.

104) In Japan gab es vor dem Unfall 2011 17 Kernkraftwerke mit zusammen 55 Reaktorblocks, und es gibt viele Male im Jahr kleine und oft auch – für deutsche Verhältnisse – sehr starke Erdbeben. Das Kobe-Beben 1995 beispielsweise erreichte eine Magnitude von 7,3: es kostete 4.600 Menschenleben. Zwei Erdbeben im Jahr 2003 erreichten 7,0 bzw. 8,0 M, und das große Tohoku-Beben vom März 2011 eine solche von 9,0 M. Danach gab es noch mindestens 3 Beben mit Magnituden zwischen 7,0 und 7,3 M. Nach den in Japan erstellten Untersuchungsberichten zum Fukushima-Unfall entstanden die wesentlichen Schäden, die dann zu der Eskalation der Ereignisse führten, ausschließlich durch den Tsunami (Strom- und Fernmeldenetze allerdings wurden durch das Beben unterbrochen, was das Krisenmanagement behinderte). Für die hiesigen Kernkraftgegner ist diese Information jedoch taktisch unerwünscht, weil es in der Schweiz oder in Deutschland keine Tsunamis gibt, kleinere Erdbeben durch die tektonische Plattengrenze im Oberrheingraben aber sehr wohl. Daher wird von grünen Aktivistengruppen versucht, wenigstens auf dem Gerüchtewege die Botschaft „SuperGAU in Japan durch Erdbeben“ doch noch in die Bevölkerung zu tragen. Beispiel:

www.contratom.de/2012/03/06/super-gau-in-japan-die-legende-vom-einfluss-des-tsunami/

105) Allein die Staudammkatastrophe 1975 in China, bei der nach einem Taifun mit außergewöhnlich starken Regenfällen zunächst der Banqiao-Staudamm brach und dann flußabwärts 61 weitere Dämme, forderte zwischen 170.000 und 230.000 Todesopfer. Wir halten Staudämme für die gefährlichste Form der Energiegewinnung. Bei dem Beben im März 2011 brach in der Provinz Fukushima ein kleiner Damm: 16 Menschen ertranken. Unsere Medien haben dies ignoriert. Vgl. Ermecke (2011).



Abb. 61: Reaktor-Golf

Golfbälle sind Kugeln mit einem Durchmesser von 4,3 cm, und sie bestehen aus Hartgummi und Plastik. Wären sie statt dessen – so wie die Brennstofftablets in einem Kernkraftwerk – aus Urandioxid (UO_2) gefertigt, würden 2½ Golfbälle genau 1 kg Uran enthalten.

Wird 1 kg Uran in dem Reaktor gespalten, wird damit eine Energiemenge freigesetzt, für die in einem Kohlekraftwerk eine ganze Schiffsladung (Binnenschiff) Steinkohle verfeuert werden müßte: 2700 Tonnen.

Steinkohle enthält Uran. Verbrennt man 2700 Tonnen Kohle, wird genug Uran freigesetzt, um aus dessen Oxid mindestens (je nach Gehalt) 6½ „Golfbälle“ zu sintern.

Darüber hinaus enthält Kohle radioaktive Isotope von Thorium und Kalium. In Golfbällen gerechnet wäre das alles zusammen ein halber Eimer.

Kohlekraftwerke setzen Radionuklide frei, Kernkraftwerke nicht. Kernkraftgegner interessiert dies nicht – unverdrossen suchen sie nach „Kinderkrebsclustern“ und anderem Unglück im Umfeld der Reaktorkuppeln.

In ihrer Welt aus Dämonen und Vorurteilen ist für naturwissenschaftliche und technische Bildung kein Platz.

Foto: © Mechthild Dörr

Abb. 62: An- und Einschlag

Bereits 1988 erfolgte in den USA ein Test, wie sich der Absturz eines Flugzeuges auf ein Kernkraftwerk auswirken würde. Dazu wurde ein ausrangierter Jagdbomber (F-4 Phantom) auf einen Raketenschlitten montiert und mit einer Geschwindigkeit von 215 m/s gegen eine massive Stahlbetonwand geschleudert. Rieseemann et al. (o.J.).



Abb. 63: Umwandlung

Einige Millisekunden nach dem Aufschlag ist die vordere Hälfte des Flugzeugs verschwunden. Aber sie steckt nicht in der Wand, sondern hat sich in eine freßnapfförmige Wolke aus feinstgeschredderten Metall- und Kunststoffpartikeln verwandelt (Pfeile), die von der darin befindlichen komprimierten Luft auseinandergedrückt wird.

Auch die beiden nebeneinanderliegenden Triebwerke der Phantom (zusammen 3,5 Tonnen) dringen nicht durch. Sie zerstörten lediglich die oberen 6 cm des Betons. (Ein Triebwerk eines A320 wiegt 2,4 t).

Die wesentliche Erkenntnis des Experiments war aber nicht, daß kein Durchschlag erfolgte, sondern daß die kinetische Energie des Flugzeugs zu 96 % in Verformungsenergie (Flugzeug, Betonoberfläche) gewandelt wurde. (Zafar, 2008).

Für eine Zerstörung von Innenstrukturen eines Reaktorgebäudes bliebe also nicht genug Energie übrig.

Fotos: Standbilder aus:
www.youtube.com/watch?v=RZjhxuhtMgk

106) Eine vorurteilsfreie Debatte sollte beleuchten, daß damals 10 der 14 vom Tsunami getroffenen Reaktoren nicht havariert sind. Selbst eine solche Flut kann einem Reaktor nichts anhaben, wenn die Anlage durchdacht konstruiert und entsprechend gesichert ist. Ausführlichere Analyse in Ermecke (2011).

107) Ein moderner deutscher Reaktor (z.B. KKW Isar 2 oder das baugleiche Grohnde) befindet sich innerhalb einer Panzerkuppel aus Stahlbeton mit einer Masse von 180.000 Tonnen. Ein vollbetanker und -beladener A380 hat eine Masse (MTOW) von 560 Tonnen, ein A320 eine solche von 78 Tonnen (www.airbus.com), in der Praxis ist es meist deutlich weniger. Diese Masse verteilt sich bei einem A380 auf eine Breite von 80 Metern. Selbst wenn ein Flugzeug einen Reaktor punktgenau trafe und einzelne Teile des Wracks die Dachkuppel durchschlugen (schon diese beiden Annahmen sind rein hypothetischer Natur), würden die Fragmente dann weiter innen lediglich auf weitere Stahlbetonstrukturen treffen. Erst nach deren Durchdringen könnten sie das Reaktordruckgefäß selbst erreichen. Dieses besteht aus Stahl mit einer Wandstärke von 23 cm, das entspricht der doppelten Stärke des Panzerdecks des ehemaligen Schlachtschiffs „Bismarck“.

Die älteren deutschen Reaktoren sind nicht ganz so gut geschützt, aber immerhin waren sie so ausgelegt, daß sie den Absturz eines Jagdbombers überstehen können (vgl. Abb. 62 f.). Noch etwas: Käme man tatsächlich zu der Einschätzung, daß die Gefahr terroristischer Angriffe im „9/11-Stil“ (Abb. 64) für Kernkraftwerke relevant ist, könnte man in deren Nähe durch die Bundeswehr automatisierte Flugabwehrsysteme aufstellen lassen. Jeder Versuch eines Terroranschlags im 9/11-Schema würde damit für die Terrorplaner aussichtslos.

Wir skizzieren diese theoretische Überlegung hier deshalb, weil sie zeigt, daß man vom erkannten oder zumindest hypothetisch konstruierten Problem stets zur Problemlösung hin denken sollte. Würde das Szenario „Flugzeuganschlag auf KKW“ sicherheitspolitisch erneut relevant, wäre die Maßnahme „Flugabwehr am KKW“ die naheliegende Abhilfe. Eine Lösung wird aber gar nicht gesucht (sondern jeder entsprechende Vorschlag sofort bekämpft). Es geht wohl nur darum, in dem vorgeblichen Problem den Vorwand zu finden, um die Nutzung der Kernenergie zu unterbinden.

108) Für einen hypothetischen neuen Terrorring mit „Al-Qaida-Aktionsmuster“ (d.h. möglichst spektakuläre Aktionen mit maximalem Blutbad) gäbe es in Deutschland zumindest hunderte von Zielen, deren Zerstörung viel schlimmere Folgen hätte als die Beschädigung eines KKW. Entscheidend für unser Thema ist, daß

die Kernenergie von ihren Gegnern stets mit doppelten Standards gemessen wird. Würde man die auch außerhalb der KKW-Debatte anwenden, müßten wir unsere industrielle Zivilisation stilllegen.

109) Die Mainzer Kommunikationswissenschaftler Hans-Mathias Kepplinger und Richard Lemke haben 2012 die Verarbeitung des Fukushima-Unfalls in den Medien in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Großbritannien verglichen und zu dem Politikstil in Deutschland in der Ära Merkel in Zusammenhang gebracht. Dazu heißt es: *„Die Konzentration der Berichterstattung auf die Kernenergie im eigenen Land ging in den deutschen Medien mit überwiegend negativen Aussagen über die Risiken der Kernenergie einher. Nach ihrer Darstellung bestätigte der Reaktorunfall von Fukushima die These, dass die Kernenergie generell unbeherrschbar ist. Fukushima erschien als Menetekel. Die Diagnose wurde durch massive Forderungen nach einem Ausstieg aus der Kernenergie ergänzt: In der Presse war das der Tenor von 80 Prozent aller Aussagen zur Zukunft der Kernenergie, im Fernsehen war es der Tenor von sogar 90 Prozent. Dadurch entstand eine scheinbar ausweglose Situation, in der auch diejenigen das Vorgehen von Merkel mittrugen, die es für falsch hielten.“* Kepplinger/Lemke (2012).

110) Ein kleiner Teil der Energie bewirkt in Kristallen Materialveränderungen: Atome werden auf Zwischengitterplätze bewegt.

111) Gammastrahlung hat unter den hier zu betrachtenden Strahlungsarten das größte Eindringvermögen.

Die Zahlen sind sehr konservativ und vereinfacht, um den Mechanismus der Absorption prinzipiell aufzuzeigen. Die Halbwertdicke hängt vom Material sowie der Wellenlänge der Strahlung ab. Die immer noch als „hart“ geltende Gammastrahlung von Cobalt-60 (vgl. EN 101) mit 1,17 und 1,33 MeV wird bereits durch eine Betonschicht von 40 cm auf 1/1000 reduziert. Alpha- und Beta-Strahlung können noch nicht einmal aus der Verpackung des „Atommülls“ herausdringen.

112) Was wir in der Debatte über „Atommüll“ vermissen, ist jede kritische Analyse der Kostenstruktur. Denn die würde zeigen, daß der eigentlich relevante physikalische Prozeß (die Absorption der Strahlung durch Materie und die Umwandlung der Energie in Wärme) durch die Natur erfolgt und überhaupt nichts kostet.

Die von seiten der Kernkraftgegner schrill geführte Atommülldebatte dient vor allem auch dem Zweck, durch das Fordern von immer neuen und völlig überflüssigen Maßnahmen die Kosten zu treiben. Daraus wird dann gefolgert, daß sich die Kernenergie nicht rentiert. Daher sind bei allen betriebswirtschaftlichen Bewertungen der Kernenergie die „Kosten der Politik“ abzugrenzen (also aus den relevanten Betrachtungsgrößen herauszurechnen).

Die leuchtende Heilserwartung

113) Der Begriff „Klima“ betraf ursprünglich die von Geographen vorgenommene Typisierung der zu erwartenden Wetterzustände in einzelnen Regionen. „Polares“, „mediterranes“, „Wüsten-“ und „Monsunklima“ lassen sich als Typformen beschreiben und unterscheiden. Daraus entstand u.a. die häufig benutzte Köppen-Geiger-Klassifikation. Nach der haben wir im Westen Deutschlands ein „Cfb“- und im Osten das im Winter kältere „Dfb“-Klima. Ein Blick auf den Atlas zeigt dem Touristen oder geneigten Auswanderer Orte mit vergleichbaren klimatischen Bedingungen: Neuseeland und Südostaustralien bieten „Cfb“, die japanische Nordinsel Hokkaido „Dfb“, ebenso wie die nordöstlichen Bundesstaa-



Abb. 64: Terrorismus

Die Schreckensvision vom Angriff einer Terrorbande auf ein KKW im Stil der Anschläge des 11. September 2001 gehört zum Standardrepertoire der Anti-Atomkampagne. Unbekannt ist den Meisten, daß damals die Täter tatsächlich einen Angriff auf ein Kernkraftwerk im Bundesstaat New York erwogen, dann aber nach Diskussion diese Option bald verworfen hatten. (The 9/11 Commission Report, S. 245). Im Kalkül der islamistischen Mörder gab es lohnendere Ziele.

Als technischer Aspekt bleibt festzuhalten, daß nicht des Auftreffen der Flugzeuge zum Einsturz führte, sondern die anschließenden Feuer.

Foto:
www.news.com.au/world/pictures-of-911-that-show-you-why-you-should-never-forget/story-fndir2ev-1226717187453

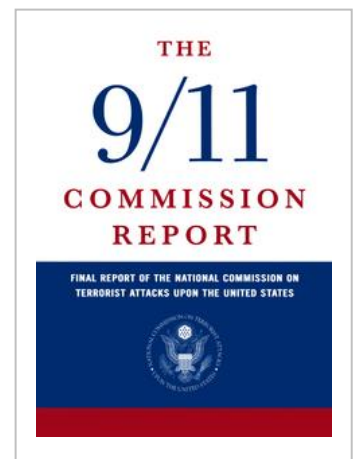




Abb. 65: Klimawandel?

Wintereinbruch mit Verkehrschaos und abgerissenen Stromleitungen, Mitte Dezember 2013.

Ort des Geschehens ist aber nicht Upsala, Upstate New York oder Oberbayern, sondern Jerusalem, Israel.

Foto: Arutz Sheva

ten der USA. Allen Klimadebatten zum Trotz hat es nach unserer Kenntnis in den letzten Jahrzehnten kein Geograph für nötig erachtet, irgendeines dieser Gebiete umzuklassifizieren – in diesem Sinne findet ein „Klimawandel“ gar nicht statt.

Stattdessen beobachten wir einen Wandel des Klimabegriffs. Die geographische Sichtweise wurde durch eine meteorologisch-statistische ersetzt. Jetzt werden über nach einem willkürlich festgelegten Schema Wetterdaten über 30-Jahresperioden gemittelt und sodann das „Klima“ der Region und dessen Wandel an Änderungen der Durchschnittstemperaturen festgemacht. Vom Deutschen Wetterdienst DWD, einer dem Verkehrsministerium zugeordneten und nach unserer Einschätzung mit 2.200 Planstellen völlig überbesetzten Bundesanstalt, werden ständig Rekordmeldungen produziert nach der Art: „gestern war in xyz der fünftheiße 3. August“.

114) Insbesondere der ex-Chefmeteorologe des ZDF, Wolfgang Thüne, hat in einer Reihe von populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen die irrationale Vorstellungswelt angegriffen, die sich aus der Begriffsfamilie „Klima“, „Klimawandel“, „Klimaschutz“ ergibt. Vgl. Thüne (2011)

115) Eine gesetzliche Definition von „Umwelt“ steht z.B. in § 2 Abs. 1 UVPG. Danach umfaßt „Umwelt“ folgende Sphären:

1. Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
2. Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
3. Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie
4. die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.



Abb. 66: Der Adler ist gelandet.

Leider wurde er vor der Landung halbiert: von einem Windrad in Dänemark. Die Hymnen auf den „sauberen Öko-Strom“ erweisen sich als verlogene Heuchelei.

Foto: <http://thebiggreenie.wordpress.com/2013/05/07/hey-greenies-heres-what-the-real-wind-turbines-do-slaughter-wildlife/>

116) Während diese Volkspädagogik auf die Bevölkerung einhämmt (vgl. Abb. 67), wird der überwiegend aus Zwangsabgaben der Bürger finanzierte Sektor der Volkswirtschaft, der die grüne Ideologie bedient, ständig weiter aufgeblasen: „Das Anliegen Willy Brandts nach mehr Umweltschutz hat auch bewirkt, dass Deutschland, 50 Jahre nach seiner Rede, in vielen ‚grünen‘ Zukunftsmärkten Marktführer geworden ist. Schon heute arbeiten rund 1,8 Millionen Menschen in der Umweltwirtschaft“ (Jochen Flasbarth, Präsident des UBA). www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2011/pd11-025_umweltbundesamt_der_himmel_ueber_der_ruhr_ist_wieder_blaeu.htm. Wir halten dies für einen Hinweis auf eine grotesk wachsende Ineffizienz. Allerdings hat der Selbstreinigungsprozeß bereits begonnen, immer mehr „grüne“ Unternehmen taumeln in die Insolvenz. www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/solar-und-windkraftbranche-wer-im-bereich-erneuerbare-jobs-abbaut/8652148.html#image. „Finger weg von ‚Öko-Investments‘“ lautete unsere Empfehlung an die Bevölkerung im Klimaretter-Report 2009.

117) Insbesondere der Biologe Josef Reichholf hat sich immer wieder zu dem heute verbreiteten irrigen Natur- und Umweltverständnis geäußert, etwa zu dem vom „Gleichgewicht der Natur“: www.spiegel.de/wissenschaft/natur/essay-von-josef-h-reichholf-leben-kaempft-stets-gegen-das-gleichgewicht-a-551723-2.html

118) In den 1970er Jahren war ein vorrangiges Ziel der „Umweltschützer“ die Rettung der Robbenbabies. Jägern wurde vorgeworfen, die Tiere nur um des Fells willen grausam zu erschlagen und dann die Kadaver liegenzulassen. Das Fernsehen zeigte Männer mit Knüppeln und blutrot gefärbten Schnee. In den 1990ern wurde dann in der Arktis ein noch schutzwürdiges Tier entdeckt: der Eisbär. Der Vorwurf (neu): der Eisbär stirbt aus, weil das Eis schmilzt – er verhungert. Das Problem: Eisbären fressen kein Eis, sondern Robben. Und insbesondere trüchtige sowie sehr junge Eisbären fressen vorzugsweise Robbenbabies. Dabei verzehren die Bären oft nur das Fell und die dicke Speckschicht. Den Rest lassen sie liegen, unbeachtet von den Medien, das Blut bleibt ungefilmt. Polarfüchse und Vögel verwerten die Kadaver: sie freuen sich über Jäger und Bären gleichermaßen. www.seaworld.org/animal-info/info-books/polar-bear/diet.htm. Wie sich im Nachhinein zeigt, ging es bei der Kampagne nicht um das Robbenbaby, sondern es ging beim Robbenbaby um die Kampagne. Ausführlich zu den Eisbären s. EN 166.

119) Der Katalog der Öko-Heuchelei läßt sich fortsetzen:

- Feinstaub ist schrecklich. Der Feinstaubausstoß in Deutschland ist allerdings seit den Nachkriegsjahren dank besserer Verbrennungsanlagen und Filterung von Abgasen aber auch durch Abwanderung oder Untergang eines großen Teils der Industrie auf einen Bruchteil zurückgegangen. Nachdem dieses Problem von früher seit längerer Zeit gelöst ist, inszenieren sich jetzt die Politiker auf Kosten der Autofahrer mit „Umweltzonen“ und Fahrverboten. Oft dieselben Politiker feiern Heizungen für Holzpellets als besonders „nachhaltig“, obwohl diese bis zu 1200 mal soviel Staub erzeugen wie die fast staubfreien Gas- und Ölheizungen: www.iwo.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Fachwissen/OeHA_Artikel_Feinstaubstudie.pdf. Der Einbau von Pelletheizungen wird vom ansonsten eher staubfeindlichen BMU aus dem Steuertopf bezuschußt. „Umweltzonen“ spielen dabei keine Rolle.

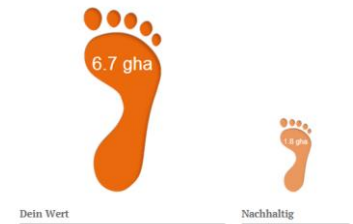


Abb. 67: Böser Fußabdruck

Ein relativ neues Motiv der grünen Volkspädagogik ist der „ökologische Fußabdruck“. Der „Fußabdruck“ dient dem uralten Zweck der Unterscheidung von „gut“ und „böse“ und ist ein Meisterstück der politischen Manipulation.

Worum geht es? Menschen leben - und nehmen dazu die Natur in Anspruch. Beispielsweise grillen sie Huftsteaks von einem Rind, das zuvor irgendwo in Patagonien geweidet hatte. Weil das aber grünen Ideologen nicht paßt, wird nun ein Schuldvorwurf konstruiert: die Menschen sollen glauben, daß sie Böses tun, weil sie a) überhaupt Fleisch essen und b), weil sie es aus Übersee beziehen. Also werden von den Menschen um Auskünfte zu ihrer Lebensweise eingeholt, die dann nach willkürlichen und obskuren Regeln in einen linearen Wert umgerechnet werden: eben den „Fußabdruck“ – das Maß des Bösen.

Das Problem: Wenn man den normalen Lebensstandard der deutschen Mittelschicht genießt, wird der „Fußabdruck“ in jedem Fall viel zu groß. Genau das aber ist gewollt.

Wer seinen „Fußabdruck“ sieht, fühlt sich schlecht. Er wird so gefügig gemacht, damit er Einschränkungen seiner Freiheit akzeptiert, oder wenigstens – als reuiger Sünder – etwas spendet.

In diesem Fall an „Brot für die Welt“.

Bild: www.fussabdruck.de/



Abb. 68: Symbolvogel

Wie der Panda für den WWF, ist der Rotmilan zum Symboltier geworden für eine Reihe von Bürgerinitiativen, die gegen die Zerstörung ihrer Landschaft durch „Windmühlen“ kämpfen, und für den Schutz der Natur.

Wir sind allerdings der Ansicht, daß das Naturschutzargument nicht rigoros genug ist. Der Grund, warum Windparks abzulehnen sind, liegt in ihrer energiewirtschaftlichen Unsinnigkeit. Sie dienen nur der Bereicherung ihrer Betreiber und würden in einem freien Wirtschaftssystem niemals aufgebaut werden. Wer mit Vögeln und Fledermäusen argumentiert, lenkt von dem wichtigeren Freiheitsargument ab.

Foto: Raphael Lagler, CC-Lizenz, gefunden auf Wikipedia

- Bevölkerung und Industrie sollen die Bahn benutzen. Will aber jemand die Bahninfrastruktur verbessern (Transrapid, „Stuttgart 21“), wird blockiert durch Kampagnen und Prozesse.
- Stop-and-Go-Verkehr in Städten verursacht Lärm- und Abgase, und einen erheblichen Mehrverbrauch an Kraftstoffen. Sollen aber Umgehungsstraßen gebaut werden (oder Autobahnen wie der Münchner „Südring“), machen die „Umweltschützer“ mobil.

120) Das Thema „Transrapid“ hatten wir 2006 in unserem allerersten Grundsatzreport analysiert. Interessant ist im Nachhinein, wie sehr seinerzeit die Öko-NGOs darauf bestanden hatten, daß der Transrapid die Landschaft verschandele:

- Bund Naturschutz: www.bund-naturschutz.de/themen/verkehr/transrapid.html
- Greenpeace: www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=4795
- Robin Wood: www.robinwood.de/german/presse/970730.htm
www.robinwood.de/german/brosch.htm#transrapid

Gegen Windparks und Solaranlagen unterbleibt dieser Vorwurf. Viele Anhänger dieser Organisationen leben in einer träumerischen Parallelwelt, die sie durch einen undurchsichtigen Vorhang aus Desinformation, doppelten ethischen Standards und unübersehbarer Heuchelei von der Realität abschotten.

121) Inzwischen nutzen Windkraftgegner mit Erfolg Naturschutzrecht zum Blockieren weiterer Windparkprojekte. So entschied das Bundesverwaltungsgericht im Juni 2013, daß der Artenschutz (hier in Bezug auf den Rotmilan, Abb. 68) bei der Prüfung von Anträgen für die Errichtung von Windparks zu berücksichtigen ist. Damit wurde das Begehren zur Errichtung einiger Windanlagen in letzter Instanz abgewiesen. BVerwG 4 C 1.12.

122) LG Heidelberg: Urteil vom 15.05.2009 – 3 S 21/08. Leitsatz: „Ein Hauseigentümer muss wesentliche Blendwirkungen, die durch die Reflexion von Sonnenstrahlen von einer auf dem Nachbargebäude befindlichen Photovoltaikanlage ausgehen, nicht hinnehmen, wenn die Anlage nach ihrer Beeinträchtigungswirkung nicht ortsüblich ist.“

123) Erklärt und begründet wird der Begriff „Nachhaltigkeit“ zu meist mit dem „Gleichnis vom Waldeigentümer“, der einen abgeholzten Wald wieder aufforstet, obwohl die danach aufwachsenden Bäume erst Generationen später wieder eingeschlagen werden könnten. Damit soll ein ethisch gebotenes Handlungsprinzip begründet werden, zu dessen Gunsten das der Wirtschaftlichkeit zurückzustellen sei. Übersehen wird, daß in einer Marktwirtschaft der Wert des bepflanzten Grundstücks durch das Aufwachsen der jungen Bäume Jahr für Jahr zunimmt. Ein Forstbetrieb, der abgeerntete Waldflächen wieder aufforstet, handelt also keineswegs altruistisch, sondern aus Eigeninteresse im besten marktwirtschaftlichen Sinne. Die Einführung einer normativen Kategorie „Nachhaltigkeit“ ist hier schlicht überflüssig.

124) Leider sind sich die meisten Unternehmen dieser schicksalhaften Herausforderung noch nicht bewußt. Statt dessen ist es in vielen Firmen opportunistische Mode geworden, in der Unternehmenskommunikation Nachhaltigkeitsschwüre zu leisten, das

Fortsetzung der Endnoten auf S. 52

Erwachsene sagen: „Kinder sind die Zukunft“ - aber wenn wir keine Zukunft haben, was bleibt uns dann?
Niklas, 13 Jahre

Ein Moskito kann nichts gegen ein Rhinoceros ausrichten, aber tausende Moskitos können das Rhinoceros dazu bringen, die Richtung zu ändern. Julie, 13 Jahre

Warum wollen Erwachsene CO₂ in die Erde pressen? Seit Jahrmillionen speichern Bäume CO₂. Besser wir konzentrieren uns aufs Bäumepflanzen. Alina, 11 Jahre

Wenn ein paar Kinder Bäume pflanzen, dann mag der einzelne Baum nicht viel bewirken, wenn sich aber die Kinder der ganzen Welt zusammenschließen und Bäume pflanzen, dann können wir gemeinsam die Welt verändern. Antonia, 12 Jahre



9. Dezember 2009 vor dem Kanzleramt in Berlin


Lasst uns weltweit Bäume pflanzen! Wenn jeder Mensch 150 Bäume pflanzt, schaffen wir 1.000 Milliarden bis 2020.

Am 7. Mai 2011 in Cancun, Mexiko: Kinder demonstrieren für eine bessere Zukunft

Mitmachen und helfen ist ganz einfach.

- Werde Botschafter für Klimagerechtigkeit (8-14 Jahre) oder Zukunftsbotschafter (15-21 Jahre)! Melde dich online für eine Akademie in deiner Nähe an.
- Werde Mitglied in unserer weltweiten Initiative.
- Gründe einen Club an deiner Schule.
- Übernimm als Erwachsener eine Patenschaft für einen Botschafter für Klimagerechtigkeit oder einen Zukunftsbotschafter für € 25 pro Monat.
- Spende Bäume! Für € 10 pflanzen wir 10 Bäume in tropischen Regionen gegen Spendenbescheinigung und Urkunde.
- Unterstütze uns mit deinem Unternehmen.

Wir haben Bücher geschrieben und eine eigene Schokolade gemacht, klimaneutral und fairtrade.



„Stop talking Start planting“ Kampagnenposter mit Maliken (Botswana) und Fürst Albert von Monaco

Die Gute Schokolade: Für 5 verkaufte Tafeln pflanzen wir einen Baum, € 1 pro 100c-Tafel. In vielen tausend Märkten erhältlich

„Baum für Baum“: Jetzt retten wir Kinder die Welt“. Pro verkauftem Buch pflanzen wir einen Baum. In 8 Sprachen für jeweils € 12,90

„Alles würde gut“ - Wie Kinder die Welt verändern können. Eine Streitschrift.“ 6, 13 oder 50 Exemplare für € 6, 13 oder 50. Für jeweils fünf verkaufte Exemplare pflanzen wir einen Baum

www.plant-for-the-planet.org
www.facebook.com/planfortheplanet
www.facebook.com/Die.Gute.Schokolade

Plant-for-the-Planet Foundation
Lindemannstraße 13
82327 Tutzing, Deutschland
info@plant-for-the-planet.org
Telefon +49 (0)8808 9345

Plant-for-the-Planet Spendenkonto:
Kontonummer 200 000
BLZ 700 205 00 Sozialbank
BIC BFSWDE33MUE
IBAN DE13 7002 0500 0000 200000

Schweiz: Graubündner Kantonalbank
IBAN: CH4000774010247688800, SWIFT: GRKBCH2270A



**STOP TALKING
START PLANTING**

Während andere diskutieren, pflanzen wir Bäume

**JETZT RETTEN
WIR KINDER
DIE WELT.**

Abb. 69: Verblödet und dressiert - um die Welt zu retten!

Wenn wir etwas mehr kritisieren als alles andere, dann ist es der skrupellose Mißbrauch unmündiger Kinder für ideologische und monetäre Zielsetzungen.

„Plant-for-the-Planet“ ist eine Organisation zur Mobilisierung junger Kinder und ihrer Eltern. Angeblich wurde sie von einem Neunjährigen erdacht, dessen Vater zufälligerweise Öko-Aktivist ist. Während der selbstbewußte Sohn erst ein Referat vor seiner Klasse hielt und später vor der UNO, eröffneten Erwachsene flugs die Spendenkonten.

Die simple aber höchst erfolgreiche Idee:

- Man mache den Kindern Angst: vor „Klimawandel“ und CO₂.
- Man erzähle ihnen, daß die Zivilisation böse ist, aber jetzt sie als Kinder die Welt retten werden. Sie pflanzen Bäume, und die fressen das CO₂. Das ist schlau.
- Man organisiere die Kinder in Gruppen und lasse sie gemeinsam pflanzen. Das ist für Kinder ein spannendes Erlebnis, das jetzt im Kopf mit der ideologischen Botschaft vereint wird – und verfestigt. „CO₂ ist böse - aber wir haben gerettet“.
- Darum herum baue man ein Geschäftsmodell und lasse sich von nachhaltigkeitsbeflissenen Unternehmen im Rahmen von deren PR bezahlen.

Nach unserem Eindruck werden Kinder und Eltern umfassend fehlgesteuert:

- Leitspruch der Spendenpflanzler ist: „Stop talking – start planting!“ Aber in einer freien und aufgeklärten Gesellschaft denkt man nach und diskutiert, bevor man etwas macht. Die Kinder werden gedrillt auf blinden (und gelenkten) Aktionismus.
- Die CO₂-Story ist falsch, jede Angst unbegründet und die Angstmache kriminell.
- In der richtigen Natur sind es die Papa- und Mama-Bäume, die für Nachwuchs sorgen – das machen die ganz von selbst.
- Weil auch die Bauern schlau sind, kassieren sie Geld, damit sie „die Kulturlandschaft erhalten“. Gemeint ist damit, daß sie ungewollte Baumbabies unterpflügen.



Abb. 70: Hawaii – der Fluch der kleinen Einheiten

Nicht nur wir sehnen uns nach Strompreisen „wie in Texas“ – die Einwohner des US-Bundesstaates Hawaii tun es auch. Der Grund für die dort gegenüber „TX“ dreimal so hohen Strompreise liegt in der Geographie des Insel-Bundesstaates: auf jeder Insel werden eigene Kraftwerke und Reservekraftwerke benötigt. Die daraus resultierende Vielzahl zumeist ölbetriebener kleiner Anlagen und der fehlende Wettbewerb machen die Versorgung Hawaiis nach US-Maßstäben extrem teuer.

Bei der Stromversorgung im Netz geht es auch um die „economies of scale“ (Mengendegression der Kosten). Das sollten alle die genau studieren, die von der „Energieautonomie“ jedes Dorfes und jedes Bauernhofs träumen. Wirklich billigen Strom gibt es nur aus sehr großen und effizienten Kraftwerken.

Foto: NASA (gemeinfrei)

Fortsetzung Endnoten:

„Klima zu schützen“ und „grüne Energie“ zu preisen. Besonders negative Beispiele, die uns aufgefallen sind:

- Die Handelskette REWE will die „Moralisierung der Märkte“ nutzen (www.baumev.de/global/download/Buechel_ReWe.pdf) und ruft daher u.a. zum „Radeln für den Klimaschutz“ auf. Außerdem unterstützt sie die von uns wegen ihres politischen Mißbrauchs von Kindern angeprangerte Aktivistengruppe „Plant for the Planet“ (vgl. Abb. 69): www.rewe.de/service/navigation/presse/zu-rewe-radeln-fuer-den-klimaschutz.html?categoryFilter=. Die gesamte in den REWE-Läden verbrauchte elektrische Energie ist (vorgeblich) „Grünstrom“: www.baumev.de/global/download/Buechel_ReWe.pdf, S. 9. Angesichts der energiewirtschaftlichen Realität (Abb. 17 f.) fragen wir uns allerdings, was REWE damit wohl genau meint.
- Wo REWE tut, tut EDEKA gleich mit: www.edeka.de/EDEKA/de/edeka_zentrale/verantwortung/unser_wald_die_sammelaktion/die_kooperation/unser_wald_wwf_paternerschaft.jsp
- Die Henkel KGaA bietet eine Informationsseite „Kindergartenpraxis“, auf der die Erzieherinnen lernen sollen, bei den Jüngsten für den „Klimaschutz“ zu werben: www.kindergarten-praxis.de/praxis/klimaschutz/index.html. Außerdem sollen die Kinder Pandas basteln: www.kindergarten-praxis.de/kreativ/panda-basteln.html. Die klebt man mit dem Pritt-Stift (aus dem Hause Henkel) und verinnerlicht so zugleich das Wappentier des WWF. Wie es der Zufall will, bekommt Henkel vom WWF die Höchstpunktzahl in dessen „Nachhaltigkeits-Scorecard“: www.henkel.de/presse/presse-informationen-2011_20111122-engagement-fuer-eine-nachhaltige-palmoelwirtschaft-40875.htm.
- RWE ist der größte CO₂-Emittent in Europa und wird durch das CO₂-Zertifikateregime enorm geschädigt. Statt Mitarbeiter, Kunden und Bevölkerung über die längst erfolgte Widerlegung des Treibhausdogmas aufzuklären, vergibt die RWE „Klimaschutzpreise“: www.rwe.com/web/cms/de/486924/klimaschutzpreis/

Und hier noch ein Auftritt von allen gemeinsam: REWE, Henkel, Öko-Institut, Greenpeace und WWF: www.henkel.de/presse/presse-informationen-2013_20130611-gemeinsam-mehr-erreichen-48618.htm

125) Als „Kleinanlagen“ sind auch Biogas- und Geothermiekraftwerke einzustufen. Die Produktion ist entsprechend unwirtschaftlich. Beide werden überhaupt nur deshalb als Energiequelle für die Stromproduktion erwogen, weil mittels EEG üppige Subventionen abgeschöpft werden können.

126) Die Strompreise in Hawaii (Abb. 70) gehören zu den höchsten in den USA:

www.civilbeat.com/fact_checks/2011/11/07/13341-fact-check-hawaii-has-the-highest-electricity-rates-in-the-nation/

127) Kritiker jener Euphorie für Kleinanlagen (vulga „Erneuerbare Energien“) sprechen oft von der „fehlenden Grundlastfähigkeit“ dieser Gerätschaften. Diese Kritik greift aber viel zu kurz. Denn Wind- und Solaranlagen sind auch nicht in der Lage, vorgeplant eine Spitzenlast abzudecken. Sie sind weder für Grund-, noch für Mittel-, noch für Spitzenlast geeignet. Sie sind also insgesamt unbrauchbar. So wie früher (s. Kasten S. 53).

128) Bei der Diskussion der benötigten Kraftwerksleistung zum Betrieb eines Netzes wird häufig die vorzuhaltende Reserve vergessen. Kraftwerke aller Art müssen von Zeit zu Zeit zu Wartungszwecken („Revision“) abgeschaltet werden, derweil können andere ausfallen. Eine Faustregel besagt, daß 20 Prozent Reserveleistung benötigt werden. Auch die muß planbar sein. Kleinanlagen mit Zufallsleistung scheiden auch hier als unbrauchbar aus. Sie sind lediglich Kostentreiber, deren Kosten für den Netzbetreiber (Aufwand der Anbindung, Einspeisevergütungen) sich zu den Kosten der vorhandenen konventionellen Anlagen addieren. Das ist auch der Grund, warum in der Energiewirtschaft zuletzt so viele „Arbeitsplätze geschaffen“ wurden. Diese zusätzlichen Arbeitsplätze sind lediglich ein Indiz für die schnell sinkende Produktivität des Gesamtsystems.

129) Man muß sich klarmachen, daß man „Strom“ gar nicht speichern kann. Erforderlich ist vielmehr eine mehrfache Energieumwandlung, dabei treten auf jeder Stufe Umwandlungsverluste auf.

130) Meist werden als „Stromspeicher“ Pumpspeicher vorgeschlagen. Solche dienten bisher dazu, Lastspitzen im Tagesgang abzudecken und bei unvorhergesehenem Ausfall eines Kraftwerks die Zeit bis zum Hochfahren einer Ersatzanlage zu überbrücken. Sind „Stromspeicher“ ein Ausweg aus der fundamentalen Nichteignung von Wind und Solar? Keineswegs. Speicher sind keine Kraftwerke. Sie können (nach Abzug der Umwandlungsverluste) stets nur die Energiemenge abgeben, die man zuvor gespeichert hatte. Hätte man genug (gefüllte!) Pumpspeicher, um während einer Flaute von z.B. 24 Stunden alle Windparks zu kompensieren (selbst das ist bereits utopisch), dann wären zu Beginn der 25. Stunde die Speicher leer und das Netz bräche zusammen. Die Schattenkraftwerke müssen also weiterhin vorgehalten werden: für die gesamte maximal zu erbringende Leistung, plus Reserve. Speicher lösen also nicht das eigentliche Problem. Sie verteuern nur das Gesamtsystem.

Völlig abwegig ist die Idee, „Pumpspeicher in Norwegen“ nutzen zu wollen. Die Norweger werden sich bedanken, wenn sie ihre Täler aufstauen sollen für ein Geschäftsmodell, das sofort in sich zusammenbricht, sobald die irgendwann vielleicht geläuterten Deutschen ihre Kernkraftwerke wieder hochfahren.

131) Gasturbinen in Kraftwerken können ähnlich wie solche in Flugzeugen besonders schnell auf- und abgeregelt werden. Werden sie aber laufend aus- und eingeschaltet, entsteht durch die thermische Ausdehnung hoher Verschleiß. Die Energieversorger haben mittlerweile erkannt, daß sich das Vorhalten von Schattenkraftwerken nicht mehr lohnt, und der Neubau im Rahmen der Mangelverwaltung für ein niemals zukunftsfähiges Energiekonzept erst recht nicht. Jetzt drohen sie mit dem Abschalten solcher Anlagen. www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/rwe-chef-droht-massenhaft-kraftwerke-abzuschalten-a-911702.html

132) Was Abhängigkeit von russischem Gas bedeuten kann, macht dieser Artikel über den russisch-ukrainischen Gaskonflikt deutlich: www.welt.de/politik/ausland/article112782418/Ukraine-am-Scheideweg-Erdgas-oder-Freiheit.html.

133) Biogas entsteht durch das Vergähren organischer Stoffe. Dabei entsteht Methan (CH₄), das auch den Hauptbestandteil von Erdgas ausmacht. Zugleich werden aber auch große Mengen des energetisch wertlosen CO₂, übel stinkendes H₂S und H₂ (Wasser-

Warnruf aus der Vergangenheit ...

... zur „Energie der Zukunft“

*Aus der Mühle schaut der Müller,
Der so gerne mahlen will.
Stiller wird der Wind und stiller,
Und die Mühle stehet still.*

*So gehts immer, wie ich finde,
rief der Müller voller Zorn.
Hat man Korn, so fehlt's am Winde,
Hat man Wind, so fehlt das Korn.*

Wilhelm Busch (1832 – 1908)

Beigesteuert von Dr. Wolfgang Thüne, Oppenheim



Abb. 71: Vision Kernfusion

In Cadarache in Südfrankreich entsteht derzeit unter dem Namen „ITER“ eine Versuchsanlage für ein Fusionskraftwerk.

Die dort zu entwickelnde Technologie soll nach Einsatz vieler weiterer (auch deutscher) Milliarden in vielleicht 40 Jahren etwas können, was man mit einer vorhandenen Technologie (Leichtwasserreaktor) schon jetzt kann: die sehr preiswerte Erzeugung elektrischer Energie ohne Rückgriff auf Kohle, Öl und Gas.

Deutschland nähert sich aufgrund seiner andauernden Geburtenkrise und der verhängnisvollen Fehlentscheidungen seiner Politiker („Rettungspläne“) einer finanziellen Katastrophe von epochalen Ausmaßen. Um hier überhaupt noch gegensteuern zu können, ist es erforderlich, aus den öffentlichen Etats sofort sämtlichen Ballast abzuwerfen.

Unter normalen Bedingungen wäre ITER bestenfalls „nice to have“ – ein technisch und wissenschaftlich höchst interessantes Prestigeprojekt ohne zwingende energiewirtschaftliche Notwendigkeit.

Aber angesichts der aufziehenden Krise ist dieses Vorhaben nach unserer Meinung Geldverschwendung.

Foto:
<http://fusionforenergy.europa.eu/mmediacorner/imagegallery.aspx?id=31>

stoff) gebildet. Wasserstoff ist in der Handhabung problematisch, weil die Moleküle klein sind und durch Dichtmaterial von Gasleitungen hindurchdiffundieren. In umschlossenen Räumen können sich so mit der Zeit explosionsfähige Knallgasgemische bilden. Tatsächlich haben sich in Biogasanlagen wiederholt Explosionen ereignet: auch einige mit tödlichem Ausgang. Eine Google-Suche nach „Unfall AND Biogasanlage“ liefert 280.000 Treffer. Beispiele:

www.sicherheitserziehung-nrw.de/uploads/media/Unfall_in_der_Biogasanlage2005.pdf
www.abendblatt.de/region/norddeutschland/article363212/Biogas-Unfall-in-Zeven-vier-Tote-ein-Fahrer-kaempft-um-sein-Leben.html
www.das-ib.de/mitteilungen/topagrarX08_Sicherheit.pdf ;
www.sueddeutsche.de/muenchen/erding/eichenried-explosion-in-biogasanlage-1.1004029
www.sueddeutsche.de/bayern/unfall-in-biogasanlage-vier-verletzte-durch-giftige-daempfe-1.1852825

Setzt man Zahl und Schwere der Unfälle in Beziehung zur völligen energiewirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit dieser sehr kleinen Anlagen, kommt einem das Wort „Abschalten“ in den Sinn.

134) Wir sehen den EEG-Verfassungsbruch in vier Aspekten:

- Das EEG legt eine vom Gesetzgeber gewünschte Aufgabe fest, die von den Bürgern finanziert werden soll. Für diesen Fall ist im Grundgesetz vorgesehen, daß der Bund Steuern oder Gebühren erhebt und Ausgaben tätigt. Einnahmen und Ausgaben sind im Bundeshaushalt zu erfassen und vom Parlament zu beschließen. Diese Haushaltspflicht wird beim EEG umgangen.
- Das Grundgesetz enthält gar keine Ermächtigungsgrundlage für das Parlament, Privaten Zwangsabgaben für die unmittelbare Finanzierung anderer Privater aufzuerlegen.
- Durch den gesetzlich diktierten Einspeisevorrang für Solar- und Windmühlunternehmer wird den richtigen Energieversorgern der Zugang zum Markt verwehrt und die in Art. 12 und 14 GG angelegte Gewerbefreiheit entzogen.
- Die angebliche Einspeisegarantie über 20 Jahre negiert die Gesetzgebungshoheit zukünftiger Bundestage, früher eingeführte Subventionen zu streichen. Wir halten sie für nichtig.

Zur Frage der höchstrichterlichen Prüfung des EEG vgl. EN 145.

135) Es gibt bisher keinen **Fusionsreaktor**. U.a. ist Deutschland an der Entwicklung des internationalen Forschungsreaktors ITER in Cadarache (Frankreich) beteiligt (Abb. 71).

In Deutschland sind etwa 1.500 Wissenschaftler und Ingenieure in Garching, Greifswald, Karlsruhe und Jülich mit der Kernfusion und ihren plasmaphysikalischen Grundlagen befaßt. Aber der praktische Einsatz der Kernfusion für die Energiewirtschaft wird frühestens in 40 Jahren erwartet (IPP 2013). Daraus folgt:

- Für die energiewirtschaftliche Planung der nächsten drei Jahrzehnte ist die Fusion nicht relevant (KO-Kriterium „keine Utopie“).
- Die Kernfusion soll ein Problem lösen, das durch vorhandene Technologie (Leichtwasserreaktoren) längst gelöst ist: die zuverlässige und billige Stromerzeugung in beliebiger Menge.
- Für Deutschland strategisch entscheidend ist daher der sofortige Wiedereinstieg in die Kernspaltungstechnologie.

Die Milliardenaufwendungen für die Fusionsforschung blockieren andere Forschungsziele (Opportunitätskosten).

136) Die in Deutschland benötigte elektrische Leistung aus allen Netzen beträgt nach Charts des BDEW in der Spitze etwa 80 GW.

Von der Abschaffung des Marktes und der Freiheit

137) Laut CIA Factbook (Stand: 17.12.2013) liegt Südkorea mit einem Pro-Kopf-BIP von USD 32.800 pro Jahr auf Platz 42 der BIP-Weltrangliste, kurz vor Italien und Spanien. Nordkorea liegt mit geschätzten USD 1.800 / Jahr auf Platz 195. Für Deutschland liegt der Vergleichswert bei USD 38.700 (Platz 27).

138) Hier drei erschütternde Schilderungen der Zustände in Nordkorea:

www.focus.de/politik/ausland/nordkorea/tid-30615/nordkorea-fluechtling-hyeonseo-lee-meine-erste-exekution-sah-ich-im-alter-von-sieben_aid_961035.html

www.focus.de/politik/ausland/nordkorea/nordkorea-bietet-verhandlungen-an-rudert-pjoengjang-aufgrund-einer-hungersnot-zurueck_aid_1006459.html

www.focus.de/politik/ausland/nordkorea/sie-sind-aermer-dran-als-tiere-das-grausame-lagerleben-von-nordkoreas-gefallenen-guenstlingen_id_3460251.html

139) Bei der Analyse der Wirtschaftssysteme gilt, daß Phänomen und Auswirkungen der Planwirtschaft struktur- und nicht ideologiebedingt sind: damit sind sie keineswegs auf kommunistische Systeme beschränkt. In der modernen Türkei hinterließ der Staatsgründer Mustafa Kemal („Atatürk“) eine seit den 1930er Jahren aufgebaute und verschiedene Branchen (u.a. Transportwesen und Bergbau) abdeckende Staatswirtschaft, deren Ineffizienz jahrzehntelang die finanzielle Substanz des Landes aufzehrte. Auch Westdeutschland leistete sich mit Bundespost, Bundesbahn und zahllosen Stadtwerken zunächst einen ineffizienten Staatssektor. VW, VEBA, Bayernwerk, Preussag, Salzgitter AG und Lufthansa waren in der Nachkriegszeit zunächst Staatsunternehmen, bevor sie nach und nach privatisiert wurden. Heute sind die Nachfolger in ihren Branchen weltweit führende Unternehmen. Die aus VEBA und Bayernwerk entstandene E.On war auf dem Weg dorthin, bevor die Politik dazu überging, sie zu sabotieren (vgl. Aktiencharts in Abb. 36).

140) Nach Scheer, Ragnitz (2010). „Zuletzt waren in der DDR 50.000 Planungsbürokraten erfolglos damit befasst, die Selbstregulierung des Marktes zu ersetzen.“ (Ebenda, S. 7).

141) „Nutzen“ ist ein zentraler Begriff der Wohlfahrtstheorie. Gemeint ist stets der Nutzen, den ein Individuum selbst empfindet. Ein freier Staat respektiert die autonome Nutzenbewertung seiner Bürger. Diktaturen dagegen fordern vom Bürger, ideologisch vorgegebene Werturteile hinzunehmen. Insbesondere die im Auftrag der Regierung Merkel entwickelte „Große Transformation“ läuft nach unserer Einschätzung auf ein totalitäres Zwangssystem hinaus, da sie die privaten Nutzenmaßstäbe als Leitbild des Grundgesetzes (Art. 1: „Würde des Menschen“) verwirft und die Umerzierung der gesamten Bevölkerung zur Maxime erhebt. (Abb. 21 f., EN 161-164).

142) Die Politik spricht hier euphemistisch vom „Zertifikatehandel“, in den diese oder jene Branche „einbezogen“ werden sollte. Aber das ist eine verharmlosende Irreführung. Faktisch legt das TEHG ein Produktionsverbot fest – das betroffene Unternehmen wird gezwungen, für die Rückerlangung der ihm gemäß Grundgesetz zustehende Gewerbefreiheit zu bezahlen. Die Tatsache, daß mit CO₂-Zertifikaten auch (an Börsen) gehandelt werden kann, ist ein vergleichsweise belangloser Nebenaspekt.

143) Die Zuteilungen von Zertifikaten wurden bisher in Zutei-



Abb 72: Wege ins Abseits

Wenn Aktivisten den Weg zeigen und nicht Fachleute, führt dieser nicht selten ins Abseits. In der SBZ (Sowjetisch besetzte Zone, der späteren „DDR“) führte er 1948 in Planwirtschaft. Stagnation und Niedergang waren die Folge.

Die von den Aktivisten in Grün gewollte Erzwingung ideologischer Prinzipien durch zentrale Wirtschaftssteuerung ist ein Weg, der in den wirtschaftlichen Abgrund führt. Ein Teil der Unternehmen wird verschwinden, ein anderer ganz einfach ins Ausland abwandern.

Bild: gefunden auf:
<http://mhlhausen-geschichteundmehr.blogspot.de/2010/12/68-industrieentwicklung-in-muhlhausen.html>

Abb. 73: Unbekanntes Netz

Steuerzentrale für ein Höchstspannungsnetz, hier das der Amprion GmbH (ehemaliges Netz der RWE).

Durch den gesetzlich auferlegten Zwang, zu nicht planbaren Zeitpunkten in beliebiger Menge Zufallsleistung nicht nur anzukaufen, sondern auch im physikalischen Sinne ins Netz zu lassen, sind die Netzbetreiber immer öfter gezwungen, „steuernd“ in dieses Netz einzugreifen, d.h. „richtige“ Kraftwerke abzuschalten, die aber zwingend zur Verfügung stehen müssen, wenn gerade nicht Zufallsstrom hereinkommt (vgl. Abb. 17 f.).

In Zukunft sollen die Netzbetreiber sogar die Verbraucher zwangsabschalten können (vgl. EN 152).

Netzsteuerung betreibt man aber nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nachbarländern. Dort verursacht der deutsche Öko-Wahn nicht nur Kopfschütteln, sondern sehr konkrete physikalische und technische Probleme, wenn Deutschland wieder einmal Unmengen an Windleistung in die Nachbarnetze drückt. Z.B. war der österreichische Versorger EVN im Oktober 2013 in acht Fällen gezwungen, das eigene Netz durch technische Gegenmaßnahmen vor der Überschußleistung aus Deutschland abzusichern. Nach Aussage unserer Interviewpartner war in zweien dieser Fälle die Situation „kritisch“.

Foto: Amprion GmbH



lungsgesetzen geregelt, wobei längere Verhandlungen zwischen den Behörden und den Wirtschaftsverbänden vorausgingen. Ab 2013 werden die Regelungen von der EU-Kommission festgelegt.

144) Die Aufspaltung der großen deutschen Energieversorgungsunternehmen wurde vor allem von der damaligen niederländischen EU-Wettbewerbs-Kommissarin Neelie Kroes betrieben. Insbesondere übte sie Druck auf die E.On aus, die schließlich ihr 10.700 km Länge umfassendes Hochspannungsnetz an den niederländischen Staatskonzern TenneT verkaufte, wobei E.On nach Presseberichten anscheinend mit der Drohung einer EU-Kartellstrafe erpreßt wurde.

www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2009-11/eon-stromnetz-verkauf.

Der Verkaufserlös der E.On von 1,1 Mrd. Euro entspricht umgerechnet ca. 100.000 Euro pro km Leitungsstrecke. Wir fragen uns, ob das zur Finanzierung auch nur der Planungs- und Gerichtskosten für entsprechende neue Strecken reichen würde.

145) Die Abnahmepflicht für zufällig angelieferte Strommengen wurde im deutschen Recht zum ersten Mal mit dem Stromeinspeisungsgesetz von 1990 (StromEinspG) normiert, das dann im Jahr 2000 durch das EEG ersetzt wurde. Zur Entstehung und Frühgeschichte des StromEinspG und der damaligen Interessenkonstellationen Jochimsen (o.J.) und Keil (2012). Das StromEinspG wurde damals vom LG Karlsruhe als verfassungswidrig angesehen und eine Richtervorlage an das BVerfG gegeben, das diese jedoch wegen seiner zu fragmentarischen Begründung als unzulässig verwarf:

www.iwr.de/re/eu/recht/bverfg.html. Auch weitere Verfahren beschied das BVerfG aus jeweils unterschiedlichen Gründen als unzulässig, so daß die eigentliche Verfassungsmäßigkeit der verschiedenen Bestandteile des EEG noch nie höchststrichterlich überprüft wurde: Manssen (2012). Manssen hält das Gesetz für verfassungswidrig: ebenda und hier: www.et-energie-online.de/Zukunftsfragen/tabid/63/Year/2012/Month/11/NewsModule/413/NewsId/378/Die-Zukunft-der-EEGUmlage--weiter-auf-verfassungswidrigen-Wegen.aspx.

Der Gesamtverband Textil und Mode, der dieses Gutachten bei Prof. Manssen in Auftrag gegeben hatte, läßt inzwischen von drei Mitgliedsunternehmen auf dem ordentlichen Rechtsweg Klagen

gegen die Einspeisevergütungen betreiben, um nach der vorhersehbaren Abweisung beim BGH den Fall dem BVerfG vorlegen zu können. Der letzte Verfahrensstandes findet sich hier:

www.textil-mode.de/obj/A671FE42-AC13-4D8F-85DC-0AAD342D8C33/outline/2013-06-03-Informationen-zu-den-EEG-Musterklagen.pdf

146) „Eigentum“ bedeutet, daß jemand über ein Objekt verfügen kann. Ist dieses Objekt eine Industrieanlage, so besteht das wesentliche Merkmal des Eigentums darin, diese zu gewerblichen Zwecken zu benutzen. Wird diese gewerbliche Nutzung aus rein willkürlichen Gründen endgültig untersagt, stellt das nach unserer Rechtsauffassung eine Enteignung dar, und zwar unabhängig davon, ob dem Eigentümer der Rechtstitel auf das Grundstück formell belassen wird. Nach Art. 14 GG ist in Deutschland eine Enteignung per Gesetz zwar grundsätzlich möglich, es muß aber im Enteignungsgesetz Art und Umfang der Entschädigung festgelegt werden. Im Atomgesetz, in dem diese Enteignung vollzogen wurde, fehlt aber jeder Hinweis auf eine Entschädigung. Damit wäre das Atomgesetz bezogen auf den Kernenergieausstieg nichtig, und es wäre die Aufgabe der Vorstände dieser Unternehmen, das auch gerichtlich geltend zu machen. Immerhin hat RWE jetzt vor dem Bundesverwaltungsgericht ein Urteil erkämpft, daß die Zwangsstillegung des KKW Biblis ohne Rechtsgrundlage erfolgte.

147) Im Jahr 2000 waren in damals 19 aktiven und 2 stillgelegten deutschen Kernkraftwerksblocks, bei den Herstellern kerntechnischer Anlagen, Dienstleistungsfirmen, Aufsichtsbehörden und in der Kernenergieforschung insgesamt 14.300 technisch-wissenschaftliche Fachkräfte tätig, davon 4.750 mit Hochschulabschluß und davon etwa 1.800 mit einer vertieften akademischen kerntechnischen Ausbildung (Fritz et al., 2001). Um Deutschlands einst führende Position in Bau und Betrieb kerntechnischer Anlagen wiederherzustellen, müßten jetzt talentierte junge Menschen für diese Technologie gewonnen und dann jahrelang ausgebildet werden. Aber schon in den 1980er Jahren begann die Aushöhlung von Forschung und Lehre. So waren an dem ehemaligen Kernforschungszentrums Karlsruhe 1980 76 Prozent des Personals mit der Kernenergie befaßt. 1990 waren es noch 30 und 2002 nur noch 12 Prozent. Stattdessen ist dort jetzt „Klimaforschung“ angesagt, und Kernfusion. Vgl. EN 135, sowie Weis et al. (2011).

148) Nachtspeicheröfen wurden einst propagiert, weil sie in der ansonsten verbrauchsschwachen Nachtzeit dem Netz Leistung entnahmen und dadurch einen Anstieg der kostengünstig produzierbaren Grundlast bewirkten. Das 2009 mit der Energie-Einsparverordnung (EnEV) ausgesprochene Verbot dieser Öfen wurde 2013 wieder aufgehoben.

149) Das Glühlampenverbot betrachten wir als eine Art Testlauf der EU-Kommission. Nachdem die Bevölkerung diese Freiheitsbeschränkung offenbar „geschluckt“ hat, rechnen wir in der Zukunft mit immer neuen Einschränkungen dieser Art. Die EU-Abgasnormen für PKW fallen in diese Kategorie (s. EN 151). Jetzt sollen sogar Staubsauger in ihrer Leistung beschränkt werden.

150) Die Beimischungspflicht für „Biokraftstoffe“ ist in § 37a BImSchG (Bundesimmissionsschutzgesetz) normiert.

151) Einen übersichtlichen Einstieg bietet hier das UBA: www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2363#f1, die eigentliche bisherige EU-Verordnung findet sich hier:



Abb. 74: Die Wächter

Der 1. Senat ist der „Grundrechtssenat“ des Bundesverfassungsgerichts.

Er sollte seiner Wächterrolle jetzt alsbald nachkommen.

Allerdings kann das BVerfG nur prüfen, wenn es jemand anruft. Unternehmen und Verbände haben das in der Vergangenheit oft versäumt.

Foto: © Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe

Recht gesprochen

Während der Endkontrolle dieses Reports erreicht uns die Nachricht, daß das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) entschieden hat, daß die Zwangsabschaltung des Kernkraftwerks Biblis im März 2011 rechtswidrig war. Auch wenn die Urteilsgründe noch nicht vorliegen, fühlen wir uns in unserer grundsätzlichen Bewertung der „Energiepolitik“ bestätigt.

Das Urteil führt zu einem Schadenersatzanspruch der RWE und in der Folge wohl auch der anderen Energieversorger, den die verantwortlichen Politiker nicht selbst tragen, sondern auf die Bürger abwälzen werden.

Zitat-Klima

„It [the global warming scam] is the greatest and most successful pseudo-scientific fraud I have seen in my long life as a physicist.“

Prof. Harold Lewis (87), aus seinem Austrittsschreiben nach 67-jähriger Mitgliedschaft in der American Physical Society.

www.thegwpf.org/hal-lewis-my-resignation-from-the-american-physical-society/

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0001:0015:DE:PDF> Die EU-Abgasnormen legen für alle Autobauer CO₂-Durchschnittsquoten pro verkauftem Fahrzeug fest, die mit teuren grünen Symbolhandlungen (Installation von Solardächern) minimal entschärft werden können. De facto werden die Autohersteller aber gezwungen, demnächst in alle in der EU verkauften Fahrzeuge nur noch Kleinwagenmotoren einzubauen. Da Deutschland bisher weltweit Weltmarktführer in der automobilen Oberklasse war und hochwertige Fahrzeuge schwer sind, bedeutet der Entzug der Gewerbefreiheit hier praktisch die Vernichtung der deutschen Marktposition. Hieran haben nach unserer Auffassung die deutschen Wirtschaftsverbände (insbesondere BDI und VDA) sowie Kammern und DIHK eine erhebliche Mitschuld, denn sie haben jahrelang durch Anbiederung an die irrationale grüne Politik deren Klima-Geisterfahrt erst ermöglicht. Z.B.

www.bdi.eu/Klimaschutzvereinbarung.htm. Beim VDA zeigt schon die nachfolgende Trefferliste wie sehr sich dieser Verband auf das Glatteis des Opportunismus begeben hat.

www.vda.de/de/sitesearch/?q=klimaschutz. Für die Aktionäre sind Milliardenverluste zu befürchten – und für die Beschäftigten der Export ihrer Arbeitsplätze.

152) Hier greifen Vorschriften des Bundes (insbesondere das nach unserer Auffassung unsinnige und die Privatautonomie beendende EnEG – Energieeinsparungsgesetz) zusammen mit Landesgesetzen und kommunalen Satzungen. Das Bauen wird so deutlich verteuert und für junge Familien unerschwinglich. Dies verschlimmert das eigentliche Hauptproblem Deutschlands: das Aussterben seines Staatsvolks! Die Entscheidung, wie jemand baut und welche Energieformen er einsetzen will, gehört in die Sphäre der Familie. Der Bevormundungsdrang vieler Zeitgenossen gehört unserer Auffassung nach gesellschaftlich geächtet.

153) „Smart Grids“ (deutsch etwa „Intelligente Netze“) ist ein schönfärberischer Begriff für ein Konzept der Mangelverwaltung in der Stromwirtschaft. Weil nach der „Energiewende“ die von den Verbrauchern insgesamt benötigte Leistung nicht mehr sicher bereitgestellt werden kann, wird jetzt nach Möglichkeiten gesucht, zukünftig erforderlich werdende Stromabschaltungen möglichst ohne Widerstand der Betroffenen durchführen zu können. „Smart Grids“ sind nichts anderes als die technischen Systeme, um diese Zwangsabschaltungen zu bewirken. Deren Errichtung erfordert hohe Investitionen in Datenübertragung und Steuerungen und führt zu einer zunehmenden Überwachung des Bürgers. Bereits Ende 2012 wurde vom BMWi die Abschaltverordnung erlassen (www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/ablav/gesamt.pdf), die die Netzbetreiber zwingt, mit Unternehmen Abschaltverträge zu schließen, mit der die sich gegen Entgelt verpflichten, im Ernstfall einer Zwangsabschaltung zuzustimmen.

Zu den grotesken Auswüchsen der Smart-Grid-Träumerei gehört die Vorstellung, die Akkus der ideologisch erwünschten Elektroautos als „Stromspeicher“ zu nutzen: für das Netz! Bei allfälliger Flaute in den Windparks würde dann eine Steuerungszentrale die Autos entladen lassen, und am nächsten Morgen würde der Besitzer sich wundern, daß er nicht mehr bis zum Bäcker kommt.

154) Die Elektro-Mobilität ist gemeinsames Hätschelkind grüngerweber Energie-, Verkehrs-, „Umwelt-“, und Forschungspolitiker.

Allerdings gibt es nur wenige Bürger, die die Batteriegefährte auch kaufen wollen. Der Verkaufsleiter eines Autohauses erklärte uns im Herbst 2012 ohne Umschweife: „Elektroautos? Dafür interessiert sich kein Schwein!“ Der Grund liegt in einem im Vergleich zu einem normalen PKW viel höheren Preis, dem nur minimalen Fahrbereich und der stundenlangen Nachladezeit. Um die Bevölkerung doch noch auf den ideologisch gewünschten Pfad zu drängen, wurden Elektro-PKW zunächst für fünf, dann für zehn Jahre von der Kfz-Steuer befreit:

www.heise.de/newsticker/meldung/Bundestag-weitet-Steuervorteile-fuer-Elektroautos-aus-1737336.html. Offenbar wenig erfolgreich. Jetzt drängt Renault die deutsche Politik, zusätzlich jedem Käufer auch noch 5.000 Euro Prämie zu zahlen:

www.welt.de/wirtschaft/article119255727/Renault-aetzt-gegen-Berlins-Elektroauto-Strategie.html.

Das Interesse der deutschen Automobilindustrie wurde geweckt, als die Bundesregierung 2009 den „Nationalen Entwicklungsplan Elektromobilität“ verkündete und Subventionen versprach:

www.bmbf.de/pubRD/nationaler_entwicklungsplan_elektromobilitaet.pdf.

Im „Regierungsprogramm Elektromobilität“ wurden nicht weniger als vier Bundesministerien mit der Förderung beauftragt.

www.foerderinfo.bund.de/de/3052.php. Die Automobilwirtschaft hat diese Subventionen gern mitgenommen und damit dann nach unserem Eindruck vorzugsweise solche Entwicklungen finanziert, die „dual“ nutzbar sein werden, also auch in anderen Fahrzeugen oder elektronischen Geräten eingesetzt werden könnten. Vgl. www.foerderinfo.bund.de/media/LaufendeProjekteElektromobilitaet20120606%281%29.pdf. Ein weiterer Grund für das Industrieinteresse an Akku-Autos ist der Plan der diesbezüglich klar anti-deutsch agierenden EU-Kommission, die deutsche Automobilindustrie durch die Festlegung absurder „Abgasnormen“ zurückzustutzen.

Dazu soll den Autobauern aufgezwungen werden, auch in Premiumlimousinen nur noch Kleinwagenmotoren einzubauen (vgl. EN 151). Den Autobauern werden Erleichterungen gewährt, wenn sie dem bockigen Volk - irgendwie - Elektroautos andienen:

www.sueddeutsche.de/wirtschaft/co-emissionen-deutschland-straebt-sich-gegen-neue-abgasnormen-1.1706854.

155) Eine Übersicht über die verschiedenen „Förderprogramme“ für die „CO₂-Gebäudesanierung“ und deren ideologische Motivation bietet die Website des Bundesbauministeriums BMVBS:

www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/SW/co2-gebaeudesanierung-bundesregierung.html?nn=36226

156) Die ursprünglich von rot/grün geforderte Kernbrennstoffsteuer („Brennelementesteuer“) wurde von der Regierung Merkel 2011 eingeführt, um die Stromerzeugung in Kernkraftwerken zu verteuern und die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen für die Betreiber mutwillig zu unterminieren. Das ist offenbar erfolgreich:

www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/sinkender-boersenstrompreis-atomkraftwerke-von-eon-kaum-noch-rentabel/8697874.html.

Bei der Bewertung der Wirtschaftlichkeit verschiedener Energiegewinnungsverfahren aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sind allerdings die Kosten mutwilliger politischer Schädigungen ebenso wie alle Subventionen herauszurechnen.

157) Die 2010 von der Regierung Merkel eingeführte Luftverkehrsabgabe („Ticketsteuer“) wurde von den Politikern zunächst damit begründet, daß sie eine Übergangslösung darstellen sollte bis zur „Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel“



Abb. 76: Vorreiter-Illusion

Wer sich in der Militärgeschichte auskennt, erinnert sich bei dem Wort „Vorreiter“ vielleicht an General James E.B. („Jeb“) Stuart.

Im Amerikanischen Bürgerkrieg führte Stuart die Kavallerie der Südstaaten. Vor der Schlacht bei Gettysburg ritt er vor – und in die Irre. Er verlor mit seinen drei Brigaden die Führung zur Hauptarmee. Dem Oberkommandierenden Robert E. Lee fehlte daher in den folgenden Tagen die Aufklärung. Blind marschierte er in ein Gemetzel, das er verlor – und in der Folge die Konföderierten den Krieg.

Foto:
<http://research.archives.gov/description/518135>



Abb. 77: Wer ist Vorreiter?

In China lächelt man über die Reiter-Hybris der deutschen Kanzlerin. Dort sind zur Zeit 32 Reaktorblocks im Bau, zahlreiche weitere sind geplant: hier sind es zwei Hochtemperaturreaktoren in Shandong.

Wenn die deutsche Industrieproduktion stirbt, wird China sie gern ersetzen.

Foto: Prof. Günter Lohnert, Ph.D.,
Dank an www.biokernsprit.org



Abb 78: Pseudokritiker einer Pseudowissenschaft?

Prof. Hans von Storch ist Direktor des Instituts für Küstenforschung am Helmholtz-Zentrum Geesthacht.

Von Storch wird von den deutschen Medien in auffälliger Weise immer dann präsentiert, wenn im Ausland peinliche neue Skandale der „Klimaforschung“ aufgedeckt werden, so 2009 „ClimateGate“- oder 2010 der Fehler im IPCC-Bericht von 2007, nach dem das Gletschereis im Himalaya bis 2035 verschwunden sein sollte.

Von Storch gibt den Kritiker, der aber die Aufmerksamkeit des Publikums auf Randaspekte dirigiert und damit von der viel wesentlicheren Fundamentalkritik anderer Autoren ablenkt. Denn von Storch beharrt stets darauf, die CO₂-Treibhauslehre und die dieser entsprechend zurechtgefilterte Weltansicht des IPCC seien ihrem Wesen nach ja in Ordnung. Beispiel: www.spiegel.de/spiegel/print/d-98091084.html.

Indem der Bevölkerung Scheinkritiker präsentiert werden, werden die tatsächlich relevanten Kritiker (vgl. Abb. 92 f.) im Dunklen gehalten. Das nennen wir allerdings nicht „Wissenschaft“ oder „Journalismus“, sondern „AgitProp“.

Foto: <http://coast.gkss.de/staff/storch/>

(vgl. EN 142). Inzwischen ist klargeworden, daß die Fiskalpolitiker von der Luftverkehrswirtschaft und deren Passagieren gern beides wollen: Die Ticketsteuer und die CO₂-Abgaben. Sie denken nicht daran, eines oder beides wieder abzuschaffen.

158) Die Befreiungen von der Stromsteuer richten sich nach § 9 des StomStG und sind an Voraussetzungen gebunden.

159) Als Beispiel für die politisch-ideologische Budgetsteuerung der Wissenschaft mag die von uns als Scharlatanerie betrachtete „Klimaforschung“ gelten. „2007 wurde von der damaligen Forschungsministerin Schavan für die folgenden drei Jahre ein zusätzlicher Betrag von 255 Mio. Euro bereitgestellt, um die angebliche „deutsche Spitzenstellung“ in dieser Disziplin auszubauen:

www.bmbf.de/media/press/pm_20070312-050.pdf. Von diesen 255 Millionen floß an diejenigen deutschen Wissenschaftler, die das CO₂-Dogma widerlegen konnten, kein einziger Cent (vgl. Text zu Abb. 2, 92 f. und EN 11). CO₂-Angst war gewollt, die Widerlegung unerwünscht.

160) Hierzu sind uns mehrere Fälle persönlich bekannt, die wir aus Quellenschutzgründen derzeit noch zurückhalten.

161) Die „Große Transformation“ ist ein vorgeblicher Rettungsplan, der sich im Kern durch folgende Merkmale auszeichnet:

- **Behauptete Notlage:** Es existiert „weltweite Energiearmut“. Alsbald droht ferner die Klimakatastrophe durch CO₂. Diese und der Weg dort hin lassen sich genau berechnen. Insbesondere gilt dies für ein „Zeitfenster“ (bis 2050!), in dem angeblich die „Transformation“ durchgeführt (also erzwungen) werden muß, um den Untergang abzuwenden. WBGU (2011H), S. 1.
- **Ideologische Nebenagenda:** Obwohl ein verstärkter Einsatz von Kernenergie die behauptete „weltweite Energiearmut“ alsbald ohne jeglichen Verlust an Freiheit und Wohlstand lösen könnte und auch das vom WBGU als ultimativ böse verteilte CO₂ gar nicht freisetzt, wird sie als Lösungsansatz vorab ausgeschlossen. WBGU (2012), S. 7.
- **Höhere Instanz:** Es gibt „die Wissenschaft“. „Die Wissenschaft“ des WBGU ist eine in ihren Auffassungen homogene Elite, die bezogen auf die drohende Gefahr die ausschließliche Deutungshoheit beansprucht und Strategien und Maßnahmen zur Rettung vordenkt. Die Wissenschaft wird in das Ziel der „Transformation“ eingebunden (WBGU 2012 F5).
- **„Transformation“:** Die (zwangsweise) Einrichtung einer Wirtschaftsform, die den von „der Wissenschaft“ entworfenen Normen entspricht, sowie alle Maßnahmen und Schritte dorthin.
- **„Gesellschaftsvertrag“:** ein fiktiver Konsens, in dem sich alle in die vorgebliche Notwendigkeit fügen, auf ihren Wohlstand und ihre Freiheit zu verzichten. WBGU (2011 H), S. 67 f.
- **„Der gestaltende Staat“:** Er setzt die „Transformation“ gegen die Wert- und Nutzenvorstellungen von Bürgern und Wirtschaft durch. Die Instrumente sind Propaganda, Umerziehung und Sanktionen. Vgl. WBGU (2013 Z), S. 68.
- **„Die Zukunftskammer“:** Ein durch Losverfahren besetztes Gremium, das Parlamentsentscheidungen initiieren, überwachen und ggf. durch Veto blockieren soll. (s.u. EN 164).
- **„Partizipation“:** Die Bürger sollen bei der Transformation in vielfältiger Weise auf allen Ebenen mitmachen.

162) Das Schriftgut des WBGU ist auffällig aufgebläht und die Aussagen bewußt vieldeutig bzw. untereinander widersprüchlich.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß dadurch unbedarfte Leser über die tatsächlichen Absichten irregeführt werden sollen. Die „Große Transformation“ bedeutet in Wirklichkeit die Abschaffung von Freiheit und Demokratie. Das Ziel ist die Einrichtung eines „gestaltenden“ grünen Zwangsstaates. Dies erfordert Änderungen im Grundgesetz, beginnend mit der harmlos klingenden Einführung eines „Staatsziels Klimaschutz“ (WBGU 2011 Z, S. 10). Die bisherige Wirtschaft wird „dekarbonisiert“. Eine solche „Dekarbonisierung“ wäre (obgleich sinnlos und überflüssig) zumindest als Gedankenübung teilweise wie folgt darstellbar:

- Entweder: Unter Beibehaltung des Wohlstandes durch einen schrittweisen Umstieg auf Kernenergie im Strombereich und auf Strom im Anwendungsfeld Wärme („französisches Modell“).
- Oder: Unter Opferung des Wohlstandes und völliger Verarmung der Bevölkerung im Falle eines ideologisch erzwungenen Verzichts auf Kernenergie, Kohle und Gas.

Wir finden es bemerkenswert (und hochgradig kriminell!), daß der WBGU offenbar im Einvernehmen mit den Politikern den zweiten Weg eingeschlagen hat. Die Politiker dürften die Konvolute der WBGU-Fanatiker aber wahrscheinlich kaum gelesen oder zumindest nicht verstanden haben, obwohl sogar mindestens eine offizielle Unterrichtung des Bundestages durchgeführt wurde (Deutscher Bundestag 2011: Drucksache 17/7331).

Um gegenüber Bevölkerung und Wirtschaft deren planmäßig herbeizuführende Verarmung durchsetzbar zu machen, müssen Erkenntnisse einer höheren Instanz erhalten: „der Wissenschaft“. Aber „die Wissenschaft“ des WBGU ist nicht Forschung in unserem Sinne, sondern eine nach ideologischen Vorgaben gleichgeschaltete akademische Hilfstruppe der eigentlichen Machthaber:

- Das WBGU benutzt exakt die Mega-Ängste, die wir in diesem Grundsatzreport verworfen haben.
- Forschung, die qua Dogma auf widerlegten Basishypothesen aufbaut, ist als Pseudowissenschaft anzusehen: deren Ergebnisse sind in jedem Fall wissenschaftlich wertlos (s. Kasten S. 58).
- „Die Wissenschaft“ als uniform denkende Kaste der Weisen gibt es nicht. Aufgabe und Selbstverständnis richtiger Wissenschaftler ist das Ermitteln von Fakten und das Aufstellen, Prüfen und ggf. Verwerfen von Hypothesen zu deren Interpretation. In der richtigen Wissenschaft steht alles im Streit, wird ständig um die Gültigkeit von Hypothesen und Theorien gerungen.
- Indem der WBGU vorgibt, es gäbe eine uniforme (also bereits gleichgeschaltete) Wissenschaft, wird erkennbar, daß er die Wissenschaft gleichschalten will. „Die Transformation ist ein wissenschaftsbasierter gesamtgesellschaftlicher Suchprozess, der von der Wissenschaft ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung erfordert.“ (WBGU 2012 F5, S. 1) Im Klartext: Von der Wissenschaft wird verlangt, daß sie ausschließlich die befohlene „Transformation“ unterstützt. Sie muß ihre Aussagen ideologischen Zielen unterwerfen und die Mitteilung von Erkenntnissen ggf. filtern. Das ist typisches Merkmal jeder Diktatur.
- Seine Kritiker handelt das WBGU in dem Abschnitt „Wissenschafts- und Klimaskeptizismus“ ab (WBGU 2011 H, S. 376 f.), darin werden diese Kritiker unter Bezugnahme auf Quellen Dritter mit „Wissenschaftsfälschungen“ in Verbindung gebracht und in einen Topf mit Kreationisten („Evolutionsskeptikern“) geworfen. „... dies sollte in die Erwägungen zu Bildungsformaten und -pro-



Abb. 79: Logo und Budget

Aufgrund jahrelanger Kampagnen hat der Durchschnittsbürger ein klares Bild davon, wie ein Verfassungsfeind aussieht. „Glatze und Springerstiefel“ prägen die Vorstellung.

Aber die eigentliche Gefahr für Freiheit und Demokratie geht, wie unsere Recherchen nahelegen, von einem Gremium aus, das im Auftrag des Kanzleramtes arbeitet. Man trägt Haare und Halbschuhe und erhält Budget aus der Staatskasse: pro Jahr 1,7 Mio Euro.

In unserem Redaktionsteam haben wir uns monatelang den Kopf darüber zerbrochen, was bestimmte Spitzenpolitiker dazu veranlaßt haben könnte, eine Schar mutmaßlich hochbezahlter Professoren eine „Transformation“ planen zu lassen: die Umwandlung Deutschlands in eine grüne Diktatur.

Die einzige mögliche Antwort, die wir zum Schluß nicht verworfen hatten, lautet: „Weil sie vielleicht genau die wollen“.



Abb. 80: Ludwig von Mises

Zusammen mit seinem Schüler, dem späteren Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek, gehörte v. Mises (1881-1973) zu den wichtigsten der heute unter dem Begriff „Österreichische Schule“ zusammengefaßten Vordenkern eines freiheitlichen Wirtschaftssystems.

Schon 1922 kritisierte er das in der Epoche der Aufklärung postulierte Konzept eines „Gesellschaftsvertrages“, dessen Zweck darin lag, Herrschaft zu legitimieren.

Hayeks Werk „Der Weg zur Knechtschaft“ („The Road to Serfdom“) enthält eine der besten Analysen über die Mechanismen der Diktatur und ihrer Entstehung.

Foto:
www.mises.org/images/misesinlibrary.jpg

grammen mit einbezogen werden.“ (ebenda). Im Klartext: Wer die von uns als Scharlatanerie eingestufte Arbeitsweise der WBGU-Strategen ablehnt, wird nicht als Wissenschaftler angesehen, sondern als psychologischer oder fallweise auch krimineller Problemfall, der in jedem Fall auszugrenzen ist. Angesichts der Tatsache, daß fanatische Anhänger der CO₂-Klimalehre bereits die Todesstrafe für „Leugner des Klimawandels“ gefordert haben (www.spiegel.de/unispiegel/studium/radikaler-professor-todesstrafe-fuer-leugner-des-klimawandels-a-875802.html) und Greenpeace „climate criminals“ jagt (die Google-Suche nach „greenpeace AND ‚climate criminals““ liefert 21.900 Treffer), ist das allein schon eine äußerst besorgniserregende Entwicklung.

- Die „Transformation“ zielt auf ein Regime der Armut, denn alle geeigneten Formen der Energieerzeugung werden ja verboten. Erlaubt sein sollen nur „Erneuerbare“: die Verletzung der KO-Kriterien wird ignoriert (S. 11). Der Betrieb der Schattenkraftwerke, die in Zeiten der Nichtverfügbarkeit der „Kleinanlagen mit Zufallsleistung“ einspringen könnten, ist ohne chemische Energieträger nicht möglich. Unter diesen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen wäre das unvermeidliche Ergebnis eine Reduzierung der Stromversorgung auf wenige Stunden pro Tag. Der Untergang der gesamten deutschen Industrie wäre vorgezeichnet.
- Es wird behauptet, es würde ein „Gesellschaftsvertrag“ angestrebt. Allerdings ist „Gesellschaftsvertrag“ ein fiktives philosophisches Konstrukt aus der Epoche der Aufklärung, mit dem das Phänomen der Herrschaft gedeutet wurde (vgl. v.Mises 1922 S. 20 f.; Abb. 80). Bei der „Transformation“ geht es nicht um den Abschluß eines Vertrages (also einer freiwillige Vereinbarung), sondern um die Errichtung eines neuen Herrschaftssystems, an dessen Beginn die Selbstentmachtung des Parlaments stehen muß. Es geht um die Änderung der Verfassung und die schrittweise Beseitigung elementarer Freiheitsrechte. Die Legende vom „Gesellschaftsvertrag“ ist ein Euphemismus für die Vorbereitungsschritte zur Errichtung einer totalitären grünen Diktatur. Das „Ermächtigungsgesetz“ von 1933 kommt einem da in den Sinn.
- Entsprechend ist die „Partizipation“ nicht als Teilhabe an freien politischen Prozessen zu verstehen, sondern nur als Methode der Gleichschaltung zur Durchsetzung des ideologischen Fahrplans. Wie in jeder Diktatur soll durch kollektive Mitmachaktionen Gruppendruck erzeugt werden - in Richtung des Regimes. Eine Partizipation z.B. im Sinne des Organisierens von Opposition ist in der Vorstellungswelt der Transformierer nicht vorgesehen.
- Die Einführung eines „Staatszieles Klimaschutz“ in das Grundgesetz wäre der nächste Schritt zur Einführung dieser Diktatur – als Hebel zur Relativierung der eigentlichen Grundrechte.

Zur Kritik an der „Großen Transformation“ siehe auch:

www.welt.de/print/die_welt/debatte/article13397280/Oekodiktatur-pur.html

www.gemeindenetzwerk.org/?p=7055

www.solidaritaet.com/neuesol/2011/19/hzl.htm

<http://www.adew.eu/berichte/Vom%20Atomausstieg4.pdf>

163) Auffällig an der Arbeitsweise des WBGU ist die Verschleierung der Absichten, unter Nutzung manipulativer Techniken: Zunächst werden möglichst umfangreiche Textkonvolute geschaffen und die eigentlich brisanten Aussagen darin kunstvoll eingebettet und versteckt. Massenhaft werden Euphemismen benutzt (also irreführende beschönigende, in manchen Fällen sogar neu erfundene Begriffe). Z.B. wird die „Zukunftskammer“ in neueren

Schriften zumeist als „deliberativ“ („beratend“) bezeichnet, obwohl sie offensichtlich den parlamentarischen Gesetzgebungsprozeß steuern und überwachen soll, also von einer lediglich beratenden Rolle keine Rede sein kann (ausführlich in EN 164). www.gegenblende.de/+co++2252f334-f35f-11e1-ae41-52540066f352164) Die „Zukunftskammer“ ist ein Kernelement der „Transformation“. Interessanterweise betreibt der WBGU ein Verwirrspiel um deren Zustandekommen und eigentliche Aufgabe. In einem Interview dazu erklärt Claus Leggewie (Abb. 81) 2012: *„Eine Zukunftskammer stellen wir uns als dritte Säule der parlamentarischen Demokratie im Gesetzgebungsverfahren vor. Die Mitglieder dieses Gremiums würden nicht nach parteipolitischen Kriterien oder durch Lobbys benannt, sondern unter engagierten Bürgern und Bürgerinnen ausgelost. (...) Wir wollen keinen Regimewechsel der repräsentativen Demokratie. Die Zukunftskammern haben kein absolutes Vetorecht, sondern führen eine Art Nachhaltigkeitsverträglichkeitsprüfung durch, deren Ergebnis die Parlamente abwarten und in ihrer Entscheidung berücksichtigen müssten.“* www.gegenblende.de/+co++2252f334-f35f-11e1-ae41-52540066f352 (Hervorhebungen d. d. Verf.).

Wir übersetzen das in Klartext:

- Die parlamentarische Demokratie, in der die Bürger in freier Wahl Abgeordnete ins Parlament entsenden, die dann frei von Weisungen und nur der Verfassung verpflichtet alle wichtigen Fragen des Staates entscheiden, wird umgedeutet und diffamiert. Abgeordnete sind lediglich „nach parteipolitischen Kriterien oder durch Lobbys benannt“. Nein, sie sind vom Volk gewählt!
- Die Zukunftskammer wird Teil des Gesetzgebungsorgans und kann die Gesetzgebung der gewählten Abgeordneten blockieren.
- Falls der Bundestag eines Tages die Zukunftskammer wieder abschaffen wollte, könnte diese das auf dem Wege der „Klimaverträglichkeitsprüfung“ unterbinden. Vgl. WBGU 2011 H, S. 226: „Obligatorische Klimaverträglichkeitsprüfung“.

Gemäß Interview Leggewie soll die ZK „Agenda-Setting“ betreiben. Im Kontext mit dem vorgenannten Punkt schließen wir, daß sie im Zweifel die Themen vorgibt, die Bundestag und Bundesrat behandeln sollen oder dürfen. Im Hauptgutachten heißt das „Mainstreaming“, das auch Bundestag und Bundesrat auferlegt werden soll („...quer durch alle Ressorts und bei allen Gesetzesvorhaben“: WBGU 2011 H, S. 226, Hervorhebung d. d. Verf.). Wir übersetzen „Mainstreaming“ mit „Gleichschaltung“.

Im Interview mit der Gewerkschaftszeitung behauptet Leggewie, die Menge der Erlauchten, aus denen die Mitglieder der ZK ausgelost würden, wären „engagierte Bürger“. Wer diese Bürger aus sucht und die Namen in den Lostopf wirft, bleibt im Dunklen.

Im Interview versucht Leggewie, die geplante Entmachtung des Parlaments mit einem Haufen Geschwafel zu verdecken: über „Deliberation“, „Ergebnisoffenheit“ und „Partizipationskultur“. Im Hauptgutachten (WBGU 2011H) heißt es aber: *„Am Ende eines in diese Richtung zielenden reformpolitischen Weges stünde der Einbau eines „House of Lots“ [gemeint ist die „Zukunftskammer“, Anm. d. Verf.] in das bestehende institutionelle Arrangement mit einem klar zugewiesenen und verbindlichen Kompetenzprofil. Dies kann von der obligatorischen Stellungnahme über eine Moratoriumskompetenz bis hin zu gewissen Vetofunktionen reichen“* (Hervorhebungen d. d. Verf.).

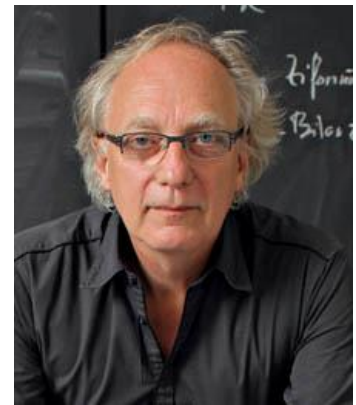


Abb. 81: Ermächtigung 2.0

Prof. Claus Leggewie ist Mitglied im WBGU und tritt oft als Werber für die „Transformation“ des Parlaments in Erscheinung: für dessen faktische Entmachtung durch ein nebulöses Kontrollorgan namens „Zukunftskammer“.

Bundestag und Bundesrat müßten also im Rahmen einer Grundgesetzänderung ihre bisher frei von Weisungen wahrgenommene Gesetzgebungskompetenz für die Zukunft aufgeben.

Ein derartiger Akt ist in Deutschland nicht ohne Präzedenz.

Foto:
www.kulturwissenschaften.de/home/profil-cleggewie.html



Abb. 82: Eisbären

Geht es ums „Klima“, dürfen sie nicht fehlen.

Für eine angeblich demnächst aussterbende Tierart werden sie erstaunlich oft fotografiert.

Foto: Steve Hillebrand / USFWS (gemeinfrei)

Hier wird deutlich, daß das Treiben des WBGU auf die Zerstörung unseres verfassungsmäßigen Systems hinausläuft. Die Gewaltenteilung wird abgeschafft. Das gewählte Parlament wird zu einer in seiner Entscheidungskompetenz entkernten Ruine.

Macher und Angstmacher, Profiteure und Strippenzieher

165) Allein im Jahr 2011 wurden vom BMU 1.500 Kommunen Zuschüsse für insgesamt 2.200 „Klimaschutzprojekte“ bewilligt (Abb. 84).

Wer auch einen Zuschuß braucht, kann seine Suche hier starten: <http://kommunen.klimaschutz.de/foerderung.html>.

166) Hier einige Fakten zum Verständnis der weißen Bären:

- Eisbären leben von Robben. Sie suchen Gebiete auf, wo sie Robben antreffen, die sie über viele Kilometer hinweg wittern. Sie jagen überwiegend im Winter und auf festem Boden (also nicht schwimmend). Im Sommer zehren sie Körperfett auf.
- Robben sind (anders als Wale und Seekühe) Landtiere mit einem auf die Jagd im Wasser spezialisierten Körperbau. Sie ruhen und gebären an Land und ziehen dort ihre Jungen auf. Fast alle Robben befinden sich daher entweder direkt an der Küste (bzw. am Eisrand oder auf Eisinseln) oder im küstennahen Wasser.
- Damit ein Eisbär jagen kann, muß er also Küste oder Eisrand aufsuchen und ggf. zu Eisinseln schwimmen. Gesunde Tiere unternehmen weite Wanderungen und schwimmen große Strecken.
- In beiden Polarregionen bilden sich im polaren Winter (durchgehende Dunkelheit und Kälte) riesige Meereisflächen, die jeden Sommer wieder abtauen. Diese nur zeitweise eisbedeckte Fläche ist in der Arktis etwa 22 mal so groß wie Deutschland. (Die in der bärenfreien Antarktis ist sogar 40 mal so groß.)
- Robben und Bären folgen dem Eisrand. Für das Verhalten beider spielt es keine Rolle, ob der Eisrand in einem Jahr an einem bestimmten Datum weiter im Norden oder im Süden liegt.
- Alte Eisbären sterben, wenn sie schwächer werden, zumeist durch Verhungern. Wird ein verhungertes Eisbär gefunden, hat er die Chance, zum „Opfer des Klimawandels“ zu avancieren: www.dailymail.co.uk/sciencetech/article-2385930/Starved-polar-bear-dead-Norway-categorical-proof-climate-change-wiping-species-say-experts.html

Der Bestand an Eisbären in der gesamten Arktis wird seit einigen Jahren regelmäßig auf 20-25.000 Tiere geschätzt.

(<http://polarbears.com/2013/07/15/global-population-of-polar-bears-has-increased-by-2650-5700-since-2001/>). Ältere Schätzungen aus den 1950er bis 1970er Jahren liegen deutlich darunter. Eine Populationszunahme seit dieser Zeit ist plausibel, weil 1973 ein internationales Jagdverbot der Arktis-Anrainerstaaten beschlossen wurde.

Die Folge der Jagdbeschränkungen ist, daß die hochgefährlichen Tiere immer häufiger in die Siedlungen der Eskimos vordringen. Dies bringt die Öko-Aktivisten in Erklärungsnot, die das Anwachsen der Eisbärbestände entweder komplett totschrweigen oder aber als „Folklore der Inuit“ abzuqualifizieren versuchen: <http://uphere.ca/node/850>.

Die Voraussetzung für das Aussterben einer Art ist ein vorhergehender Bestandsrückgang. Für einen solchen gibt es aber beim Eisbär keinerlei Beweis. www.weltwoche.ch/index.php?id=548263,

Armstrong et al. (2007) belegen die völlig fehlende Wissenschaftlichkeit der gängigen alarmistischen Eisbärprognosen. Das BMU verbreitet davon unberührt die Story vom aussterbenden Eisbären, und zwar infamerweise auch auf seiner Kinderseite: www.bmu-kids.de/themen/artenschutz/. Dazu gibt es Handreichungen für Lehrkräfte an der Grundschule:

www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/gs_klima_lehrer.pdf

Fast alle „Umweltverbände“ und viele sonstige Organisationen nutzen das angeblich bevorstehende Aussterben der Eisbären als Propagandabotschaft, insbesondere gegenüber Kindern. Hier einige Beispiele:

- BUND e.V.: www.bund.net/index.php?id=18636
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt: www.dbu.de/123artikel31683_533.html
- Deutsches Rotes Kreuz: www.drk-wanzleben.de/news/index.php?rubrik=1&news=206420&typ=1; hier mit Bundesumweltminister: www.jugendrotkreuz.de/aktuelles/auftakt-cap/
- Deutsche Umwelt-Aktion e.V.: EN 31 und Abb. 39
- Deutsche Umwelthilfe: <http://www.duh.de/2120.html>
- Germanwatch: <http://germanwatch.org/kliko/k39arkt.htm>
- Gesellschaft für bedrohte Völker: www.gfbv.de/inhaltsDok.php?id=588&stayInsideTree=1&backlink=veroeffentlichungen_archiv_liste.php?bereich=2005
- Greenpeace: www.greenpeace.de/themen/sonstige_themen/nachrichten/artikel/eisbaer_und_flusspferd_vom_aussterben_bedroht/
- Stiftung Energie Klimaschutz, Baden-Württemberg: www.klimakids.org/werden-die-eisbaeren-bald-aussterben/
- Tasso e.V.: www.tasso.net/Tierschutz/News/Archiv/2009/Eis-schmilzt-schneller-als-gedacht---Eisbaeren-hung
- Pro Wildlife e.V., München, www.prowildlife.de/eisbaer
- WWF (Deutschland): www.wwf.de/spenden-helfen/pate-werden/eisbaeren-und-klimaschutz/ ; www.n24.de/n24/Nachrichten/Panorama/d/645320/-geheimprojekt--rettung-der-eisbaeren.html
- WWF (Österreich): <https://eisbaer.patenschaft.at/>
- WWF (Schweiz): <http://assets.wwf.ch/downloads/204dinfoschule0204d.pdf>

167) Hierzu lieferte der kanadische Mitbegründer von Greenpeace, Patrick Moore (Abb. 83), nach seinem Ausstieg aus dieser Organisation schon vor Jahren umfassende Einsichten. Nach seiner Einschätzung hatte sich die Führung seines Verbandes schon zu einem frühen Zeitpunkt politisch radikalisiert, war aber bezogen auf die Fragen, die sie zu lösen vorgab, fachlich nicht kompetent. Sie neigte daher dazu, absurde Forderungen aufzustellen, wie z.B. seinerzeit die Abschaffung des Elementes Chlor aus allen menschlichen Produktionsprozessen (Moore 2010, S. 5 f.). Greenpeace habe sich ebenfalls aus Machtgier auch an der

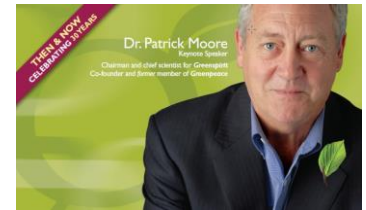


Abb. 83: Der Geläuterte

Patrick Moore war Mitbegründer von Greenpeace.

Heute bekämpft er öffentlich deren Fanatismus und Geschäftemacherei. Sein Buch „Confessions of a Greenpeace Dropout“ ist unbedingt lesenswert.

Foto: <http://blog.maripositas.org/wp-content/uploads/2008/07/patrick-moor-canadian-greenhouse-conference.jpg>

Fortsetzung der Endnoten auf S. 67

**servicestelle:
kommunaler
klimaschutz**

**Information und Beratung
für Kommunen**

Startseite » Förderprogramme » BMU-Förderprogramm

Startseite	<p style="text-align: center;">BMU-Förderprogramm</p> <p>! Bitte beachten Sie, dass zurzeit keine Förderanträge gestellt werden können.</p> <p>Seit Sommer 2008 fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) auf Basis der "Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative" (<u>"Kommunalrichtlinie"</u>) <u>Klimaschutzprojekte in Kommunen.</u></p> <p>Bis Ende 2011 sind insgesamt rund 2.200 Förderanträge von <u>rund 1.500 Kommunen</u> aus dem gesamten Bundesgebiet bewilligt worden, davon allein im Jahr 2011 rund 1.250 Anträge. Die Zahlen verdeutlichen, dass das Förderprogramm bei den Kommunen auf großes Interesse stößt und sie bei ihren Klimaschutzaktivitäten unterstützt. (Mehr Zahlen und Fakten). Daher wird die „Kommunalrichtlinie“ auch über das Jahr 2012 hinaus fortgeführt. Die Fördersätze werden regelmäßig überprüft und der Marktentwicklung, dem Förderbedarf sowie den verfügbaren Haushaltsmitteln angepasst. Dabei wird sowohl die Wirksamkeit der Förderung als auch die Fördereffizienz berücksichtigt.</p> <p>Antragsverfahren</p> <p>Zurzeit ist eine Antragstellung nicht möglich. Förderanträge können voraussichtlich vom 1. Januar bis 31. März 2013 <u>beim Projektträger Jülich (PTJ)</u> eingereicht werden.</p>
Die Servicestelle	
Förderprogramme	
BMU-Förderprogramm	
Klimaschutzkonzepte	
Energiesparmodelle in Schulen und Kitas	
Klimaschutztechnologien bei der Stromnutzung	
Masterplan 100% Klimaschutz	
Zahlen und Fakten	
Beispiele geförderter Projekte	
Weitere Förderprogramme	
Veranstaltungen	

Praxisbeispiel



Prädikat „Klimagesunde Schulküche“ - Auszeichnung für klimafreundliche Schulkantinen

[>> Praxisbeispiel ansehen](#)

Geförderte Projekte



„Klimaschutzkonzept für die Liegenschaften der Stadt Zweibrücken“ erstellt

[>> Förderprojekt ansehen](#)

Servicestellen-Verteiler

Möchten Sie aktuelle Informationen rund um die Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz zuge-

Abb. 84: Die „Spinne im Netz“

Falls wir die verschiedenen Aktivitäten des „Bundesministeriums für Umwelt ...“ (BMU) richtig deuten, scheint das seine Aufgabe vor allem darin zu sehen, die halbe Republik zu einem gigantischen grünen Propagandasystem zuschalten (Vgl. S. 14; EN 27, 165, 178, 185; Abb. 91).

Es ist seit langer Zeit bekannt, daß Behörden permanent bestrebt sind, ihren eigenen Einfluß auszuweiten. Dazu ziehen sie immer neue Aufgaben an sich. Neue Aufgaben begründen höhere Budgets und zusätzliche Planstellen.

Umweltbehörden verhalten sich insofern absolut konventionell. Zur Beförderung ihrer Wichtigkeit suchen und finden (oder erfinden?) sie ständig neue Gefahren. Verbote und Grenzwerte werden gesetzt, oft weit über jedes vernünftige Maß hinaus. Eigeninteresse trifft sich mit ideologischem Sendungswahn.

In den ersten Jahrzehnten der bundesdeutschen Geschichte gab es keine speziellen Umweltbehörden, und damit sind das Land und seine Bürger gut gefahren. Tatsächliche Gefahren sollten die Gesundheitsbehörden überwachen. Ein wohlorganisierten schlanker Staat verzichtet auf Umweltämter und -minister.

Abb. 85: AgitProp-Training

... auf Kosten der Steuerzahler. Wenn der Bundesverband für Umweltberatung e.V. (Bremen) die von den Kommunen beschäftigten „Klimaschutzmanager“ per E-Mail zum Training ruft, steht das Isolieren der „Skeptiker“ auf dem Lehrplan. Bezahlt wird das Training vom BMU.

...

Blitzvorträge: Klimaschutzmanager/-innen berichten über ihre Projekte

...

- *Ansgar Lippert, Landschaftsverband Westfalen-Lippe (angefragt) Argumentationshilfe: „Runter von der Klimaschutzbremse“*
- *Carsten Kuhn, Klima-Bündnis*

Fachlicher Austausch und Strategieentwicklung zur Überzeugung von Klimaschutzskeptikern

- *Praxisbezogene Lösungsansätze im kommunalen Klimaschutzmanagement*
- *Exkursion: Der Schilde-Park - Neue grüne Lunge sowie energieeffizientes Studien- und Science-Center im ...*

...

Fortsetzung Endnoten:

Anti-DDT-Kampagne beteiligt, die zu einer Ächtung des Insektizids DDT auch in der Malaria-Bekämpfung geführt hatte (Abb. 86). Bedeutende Hilfsorganisationen wie die WHO (World Health Organization) und USAid hätten weitere Leistungen für einzelne Drittweltstaaten davon abhängig gemacht, daß diese sich dem DDT-Bann unterwarfen. Greenpeace (ebenso wie der WWF) hätten viele Jahre lang beständig Druck ausgeübt, um DDT zu verbieten (Moore 2010, S. 272 ff.).

Die von Greenpeace und WWF mitverschuldete Wiederausbreitung in Folge des DDT-Banns hat laut der von Moore bevorzugten Schätzung 50 Millionen Menschen das Leben gekostet.

Auch heute hätten – so Moore - Positionen von Greenpeace in der Regel keinerlei wissenschaftliche Basis:

www.youtube.com/watch?v=aCf8AXJHu-U&list=PLUqu5D4fv7kT2fetwxv6x7dDZZGWuJeFE&index=12

168) Der weltweit operierende WWF („Worldwide Fund for Nature“) beispielsweise hat nach eigenen Angaben 6.000 Angestellte, dazu kommt eine nicht bekannte Anzahl unbezahlter Aktivisten. Greenpeace beschäftigt bezahlt 2.400 Personen, davon 250 in der internationalen Zentrale in Amsterdam, dazu kommen 15.000 „Freiwillige“.

169) Der Umsatz des WWF im Jahr 2010 betrug 525 Mio. Euro (wwf.panda.org/who_we_are/organization/finance/), der von Greenpeace (2011) 268 Mio.. Greenpeace (2012). Vgl. Abb. 84.

170) Lastschriftermächtigungen sind noch nicht alles: in vollendeter Dreistigkeit wirbt der WWF bei wohlhabenden Senioren dafür, ihm deren Vermögen zu vererben. Eine Werbemappe des WWF mit drei verschiedenen aufwendig gestalteten Broschüren liegt KE Research vor. Durch Erbschaften erzielt der WWF 10 Prozent seines Umsatzes (WWF Jahresbericht 2012).

171) Von Öko-NGOs werden immer wieder Behauptungen darü-

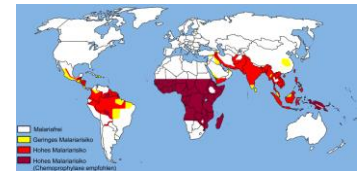


Abb. 86: Malaria-Atlas

Das Insektizid DDT wurde vor dem 2. Weltkrieg entwickelt, um damit US-Soldaten vor dem Befall durch Läuse und damit vor Typhus schützen zu können. Schnell erwies es sich auch als hochwirksam gegen die als Überträger der Malaria gefürchtete Anopheles-Mücke. Bis zu den 1960er Jahren gelang es damit, die Malaria weit zurückzudrängen.

Nach dem laut Patrick Moore maßgeblich von Greenpeace und dem WWF mitbetriebenen DDT-Verbot breitete sich die Malaria wieder aus – heute gelten die oben rot und rotbraun markierten Zonen als hochgefährlich.

Karte: S. Jähnichen

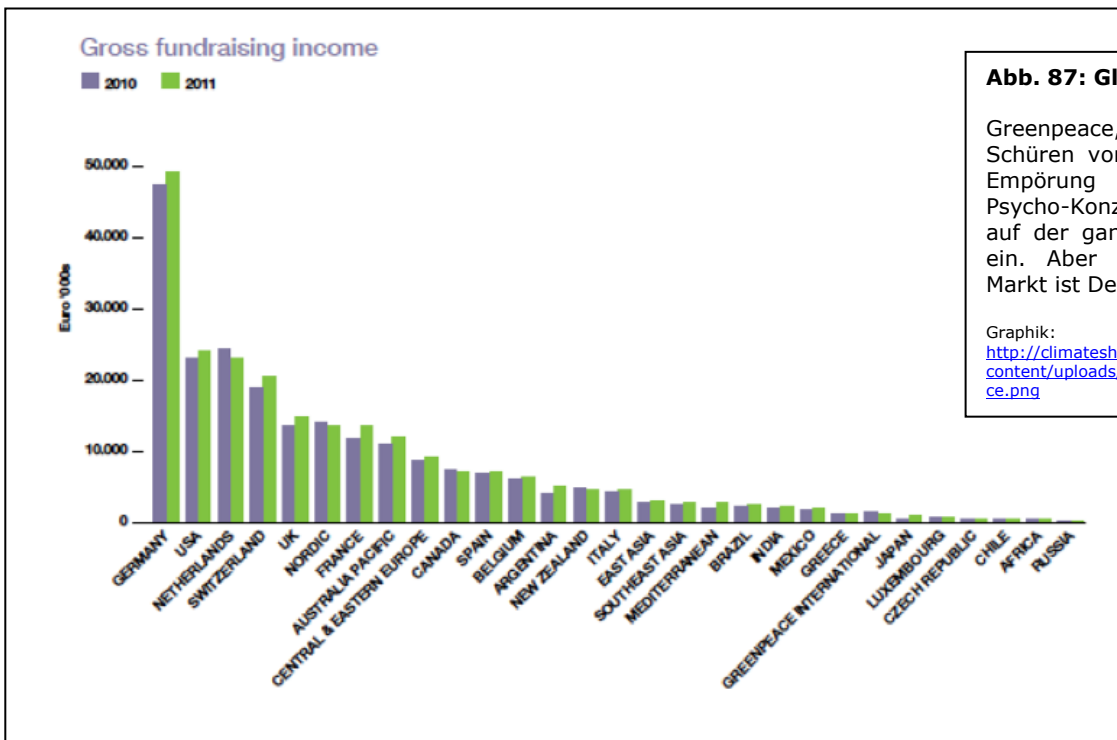


Abb. 87: Global Player

Greenpeace, ein auf das Schüren von Ängsten und Empörung spezialisierter Psycho-Konzern, sammelt auf der ganzen Welt Geld ein. Aber der wichtigste Markt ist Deutschland.

Graphik: <http://climateshiftproject.org/wp-content/uploads/2013/03/Greenpeace.png>



Abb. 88: Lüge und Macht - Der Fall „Brent Spar“

Brent Spar war ein Sammel- und Lagertank in der nördlichen Nordsee. Dort lief von einer Anzahl Bohr- löchern das Erdöl zusammen, um dann mit Tankern zur Küste befördert zu werden.

1992 wurde eine Pipeline fertig, die das Ölfeld mit einer Insel verband. Der Tank wurde überflüssig, und der Betreiber Shell bereitete dessen Versenkung im Atlantik vor. Der Grund: Der Tank war viel zu groß und zu sperrig, um mit vertretbarem Aufwand zum Abwracken an eine Küste geschleppt zu werden.

Greenpeace startete darauf eine internationale Boykottkampagne, um Shell zu zwingen, auf die Versenkung zu verzichten. Greenpeace behauptete, der Tank enthalte 5000 Tonnen Öl, die im Fall der Versenkung eine Umweltkatastrophe verursachen würden.

Shell gab schließlich nach und verschrottete die Plattform unter hohem finanziellen Aufwand an Land. Dabei zeigte sich, daß der Tank etwa 50 Tonnen Öl enthielt – wie von Shell vorausgesagt. „Der Ölkonzern“ hatte die Wahrheit gesagt, die „Umweltschützer“ hatten gelogen.

Shell erlitt durch Umsatzeinbußen und erhöhte Abwrackkosten einen hohen Millionenschaden. Den hat der Psycho-Konzern bis heute nicht ersetzt.

Foto: gefunden in Wikipedia, Originalquelle unbekannt.

ber lanciert, daß derzeit durch zivilisatorische Einflüsse ein gewaltiges Artensterben stattfände. Allerdings ist es im Allgemeinen gar nicht möglich, das Verschwindensein einer Art auch zu beweisen (genauso wie es in der Informatik nicht möglich ist, die Fehlerfreiheit eines Computerprogramm festzustellen). So werden gelegentlich Arten entdeckt, von denen Paläontologen glaubten, sie seien vor Millionen von Jahren ausgestorben, wie die 1936 in Gewässern vor Südafrika wiederentdeckten Quastenflosser der Gattung *Latimeria*, deren davor bekannte jüngste Fossilien 70 Millionen Jahre alt waren.

Im Jahr 2010 unternahm eine Gruppe von Umweltaktivisten eine mehrwöchige Bootsfahrt auf dem Jangtsekiang, um dort mit Ferngläsern und Unterwassermikrofonen bewaffnet nach den sehr selten gewordenen chinesischen Flußdelfinen („Baji“) zu suchen (der Jangtsekiang ist fünfmal so lang wie der Rhein, führt elfmal so viel Wasser und hat zahlreiche Nebenflüsse, schon die hier benutzte „Forschungsmethode“ erscheint uns fragwürdig). Danach wurde der Weltpresse verkündet, die Art sei ausgestorben, „Experten“ hätten dies festgestellt:

www.sueddeutsche.de/wissen/chinesischer-flussdelfin-vergebliche-suche-nach-dem-letzten-seiner-art-1.911244. Allerdings ist der von

der SZ zitierte Experte und „Chef der Umweltorganisation baiji.org, August Pfluger“, in seiner Hauptfunktion Geschäftsführender Partner einer Werbeagentur, die als eine ihrer Hauptkompetenzen „Fundraising und Sponsoring“ angibt:

www.vonsalis.ch/de/agentur. Einige Wochen nach der oben geschilderten Inszenierung wurde wieder über die Sichtung eines Flußdelfins berichtet.

www.sueddeutsche.de/wissen/verschwendene-flussdelphine-baiji-kehrt-zurueck-1.243338 . www.petermaas.nl/extinct/speciesinfo/baiji.htm

Um Mißverständnisse zu vermeiden: wir zweifeln nicht daran, daß der Baji selten geworden ist. Möglicherweise stirbt er in den nächsten Jahrzehnten tatsächlich aus. Aussagen wie die des WWF, pro Tag (!) verschänden zwischen 3 und 130 Arten von der Erde (www.wwf.de/themen-projekte/bedrohte-tier-und-pflanzen-arten/warum-artenschutz-und-wie/), sind aber als Phantasieprodukte zurückzuweisen, die Behauptungen sind frei erfunden. Vgl. auch: www.nachrichten.de/panorama/Artensterben-womoglich-langsamerals-angenommen-aid_CNG.33d53d7e3db1004f276ff184dfb61b75.531.html

Zu systematisch irreführenden Darstellungen des WWF im Zusammenhang mit vorgeblichen Erfolgen beim Artenschutz s. www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/article/der_wwf_unehrlich_und_ineffektiv

172) Die aggressiven Feldzüge gegen die Öl- und Gasgewinnung haben in den letzten Jahren vor allem die USA und Kanada betroffen. In Deutschland war es zuletzt die von diesen Organisationen betriebene Anti-Fracking-Kampagne, die die Politik ebenso reflexhaft dazu gebracht hat, sich von dieser Methode des Aufschließens von Gas- und Ölreserven zu distanzieren:

www.wiwo.de/politik/deutschland/regierungsentwurf-umstrittenes-fracking-gesetz-gescheitert/8300172.html. Dabei wird diese Technik seit 60 Jahren weltweit angewendet.

173) Aufsehen erzeugte 2007 folgender Vorfall: Nach Presseberichten hatte Greenpeace vorgebliche Laborergebnisse veröffentlicht, nach denen diverse Lidl-Produkte erhöhte Pestizid-Anteile aufwiesen, wobei aber die dabei zugrundegelegten „Grenzwerte“

von Greenpeace willkürlich selbst definiert worden waren. Sie lagen weit unter den amtlich festgesetzten Werten. Laut STERN verpflichtete sich Lidl daraufhin, bei einem zu dem Psycho-Konzern gehörenden Verlag alle zwei Monate eine sechsstelliger Anzahl das Greenpeace-Magazins abzukaufen. Bei der nächsten Pestizid-„Untersuchung“ schnitt Lidl dann plötzlich auffallend gut ab.

www.stern.de/tv/sterntv/sterntv-bericht-wie-greenpeace-geschaefte-mit-lidl-macht-590945.html. Wie der nachfolgende Artikel der WELT nahelegt, hat Greenpeace offenbar eine ganze Reihe von Lebensmittelketten mit seinen irreführenden „Untersuchungen“ unter Druck gesetzt. Sollte dies zutreffen, wäre das Ganze wohl als mafiaähnliches System einzustufen:

www.welt.de/wirtschaft/article971514/Warum-Lidl-sich-Greenpeace-unterworfen-hat.html

Hier eine zufällig zusammengestellte Liste einiger Unternehmen, deren Zahlungen an Öko-NGOs bekanntgemacht wurden:

- HessenEnergie (Windparkbetreiber): 500.000 EUR an NABU: www.berliner-zeitung.de/energiewende/windkraft-betreiber-beklagen--wegezoll-fuer-windraeder-,10808242,21851132.html
- CocaCola: 3 Mio USD an WWF: www.green-responsibility.de/wwf-wintermarchen-fur-eisbaren-dank-weiser-cola-dose/
- *„Im Gegensatz zu manch anderer Umweltschutzorganisation nimmt der WWF auch Geld aus der Wirtschaft an. So haben Kooperationspartner im Jahr 2009 insgesamt 3,1 Millionen Euro an die deutsche Sektion gezahlt. Dazu kamen Firmenspenden in Höhe von 613.000 Euro.“*
www.spiegel.de/wissenschaft/natur/vorwuerfe-gegen-den-wwf-sturm-im-pandaland-a-770184.html

Ein Unternehmen, das anscheinend nicht zahlt, ist Koch Industries in Wichita, Kansas, USA. Deshalb ist Koch auch immer wieder Ziel von Haßattacken der „Umweltschützer“. Diesen von Greenpeace produzierten (englischen) Video-Clip sehen wir als Warnung vor den totalitären Allmachtphantasien dieser Leute:

www.youtube.com/watch?v=HHm_8Qw_qSs

(Zu den weltweiten Umsätzen von Greenpeace s. Abb. 87)

174) Diese wohlwollende politische Förderung der Öko-NGOs zeigt sich in Deutschland vor allem durch:

- Direkte staatliche Zahlungen diverser Ministerien: allein der WWF erhielt 2012 von Bund und Ländern 11,6 Millionen Euro, dazu kamen 0,9 Mio Euro von der EU: WWF Jahresbericht (2012). Die viel kleinere Germanwatch e.V. erhielt 2012 0,8 Mio., dazu kommen Beträge von vom Staat errichteten Umweltstiftungen (Rechenschaftsbericht 2012/13)-
- Steuervorteile: Anerkennung der Gemeinnützigkeit,
- Zuweisung von Geldbußen („Auflagen“) durch Gerichte: der WWF erhielt auf dem Wege 2012 528.000 Euro: WWF Jahresbericht (2012).
- „Freiwilliges ökologisches Jahr“ („FÖJ“): Quasi-Arbeitsdienst bei den „NGOs“
- Popularklagerechte für „Umweltverbände“, z.B. in §§ 63, 64 BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz),
- Benutzung von Parolen und Agitationsmaterial der Öko-NGOs im Unterricht durch viele Lehrer (Abb. 3),
- Duldung von Gewaltaktionen und anderen Rechtsbrüchen aller Art, wie Hausfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung, Ver-



Abb. 89: Kommissar der Vernunft?

Günther Oettinger (CDU) war einst Ministerpräsident des damals florierenden Bundeslandes Baden-Württemberg, bevor er in die EU-Kommission wechselte und das Ressort „Energie“ übernahm.

In letzter Zeit ist er uns mit kritischen Botschaften auch in Richtung Berlin positiv aufgefallen.

Beispiel: www.handelsblatt.com/politik/deutschland/eu-energiekommissar-oettinger-kritisiert-koalitionsvertrag/9166142.html

Foto: EU-Kommission



Abb. 90: Nicht angepaßt

Holger Zastrow ist Fraktionsvorsitzender der FDP im sächsischen Landtag. Er gehört zu den Politikern, die sich ihre Meinung nicht vorschreiben lassen – nicht von den Medien, nicht von pöbelnden Aktivisten, und auch nicht von der eigenen Bundespartei.

Dank Zastrow und seinen Mitstreitern ist die FDP Sachsen nach unserer Kenntnis derzeit der einzige Landesverband einer der etablierten Parteien in ganz Deutschland, der sich klar und eindeutig von dem Öko-Wahn in der deutschen Energiepolitik distanziert.

Foto: FDP

leumdung und Übler Nachrede: Ausbleiben der Strafverfolgung trotz offensichtlichem öffentlichen Interesse.

175) Politiker brauchen Geld. Und die Öko-Branchen brauchen die Politik, denn in einem freien System ohne Zwang gäbe es für ihre Produkte keinen Bedarf. Das führt zu naheliegenden „Synergien“: www.spiegel.de/spiegel/print/d-68785415.html.

176) Im September 2010 wagte es die umweltpolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Marie-Luise Dött, sich zuerst mit dem international bekannten US-amerikanischen IPCC-Kritiker Prof. S. Fred Singer zu treffen und danach den „Klimaschutz“ als „Ersatzreligion“ zu bezeichnen.

Die linksgrüne Presse stürzte sich auf den Fall: *„Was Frau Dött am Mittwoch dieser Woche auf einem von dem FDP-Wirtschaftspolitiker Paul Friedhoff im Bundestag initiierten Diskussionsabend zu den Auswirkungen des Klimaschutzes auf die Wirtschaft geäußert hatte, lässt nicht nur Umweltaktivisten und Klimaschützern den Atem stocken“* empörte sich die ökotrunkene ZEIT. *„Denn Marie-Luise Dött, die sonst im Dienste ihrer Fraktion offiziell für den Klimaschutz streitet, demaskierte sich als Klimaskeptikerin und fiel der Kanzlerin auf einem ihrer zentralen Politikfelder massiv in den Rücken“* (Hervorhebungen d. d. Verf.):

www.zeit.de/politik/deutschland/2010-09/klimawandel-cdu-doett. Im November 2012 legte die Postille einmal mehr nach, indem sie suggestiv und pauschal die Kritiker des Klimawahns als „von der Industrie bezahlte PR-Manager“ verdächtigte:

www.zeit.de/2012/48/Klimawandel-Marc-Morano-Lobby-Klimaskeptiker Kopfschütteln zu diesem teutonischen Gleichschaltungsdrang kam aus der Schweiz: www.weltwoche.ch/die-weltwoche/details/article/klimaketzerin-gebodigt.html.

177) Wir haben in den letzten Jahren nur wenige Politiker identifiziert, die sich gegen die von uns wahrgenommene grünsozialistische Gleichschaltung in der Energiepolitik durch einen mutigen und konsequent durchgehaltenen eigenen Standpunkt absetzten. In der FDP-Bundestagsfraktion waren das Frank Schäffler und Dr. Rainer Stinner. Und es war die FDP-Landtagsfraktion in Sachsen um Holger Zastrow (Abb. 90). Wer noch weitere kennt, mag sie uns mitteilen. Wir sehnen uns so sehr nach positiven Beispielen!

178) Diese Aufgabe, „die Öffentlichkeit zu informieren“, wird als Freifahrtschein dafür benutzt, extremistischen und wirtschaftsfeindlichen Öko-NGOs Teile des von der Wirtschaft erarbeiteten Steueraufkommens zuzuschieben. Beispiel Germanwatch: Nach der Finanzierungsstruktur zu schließen ist Germanwatch ein Außenposten mehrerer ausländischer Polit-Stiftungen, insbesondere aus den USA. Aus unerfindlichen Gründen erhält dieses Gebilde (neben Großspenden von „Misereor“ und „Brot für die Welt“!) erhebliche Zuweisungen sowohl vom BMU als auch von dem dem BMU unterstehenden UBA. Laut Finanzbericht stammten 2011 über 57 Prozent der Einnahmen dieses ausschließlich mit Öko-Agitation befaßten Vereins von deutschen Behörden. <http://germanwatch.org/de/download/6843.pdf>, S. 37.

179) Das natürliche Bestreben von Bürokratien, ihre eigene Macht permanent auszuweiten, wurde schon 1944 von v.Mises beschrieben: *„Wegen dieser ‚fortschrittlichen‘ Politik schiessen neue Ämter und staatliche Agenturen wie Pilze aus dem Boden. Die Bürokraten vermehren sich und sind eifrig bemüht, schrittweise die Handlungsfreiheit des einzelnen Bürgers einzuschrän-*

ken." v.Mises (2004), S. 22.

180) Als beispielhaft mag hier die Karriere von Jochen Flasbarth gelten, dem bisherigen Präsidenten des Umweltbundesamtes (UBA) und neuen Staatssekretär im BMU. Nach Zivildienst bei einem Vogelschutzverein schloß F. mit 27 Jahren sein Studium der VWL, Politik und Philosophie ab und war danach drei Jahre lang Lektoratsleiter bei einem kleinen Verlag. Er wurde dann hauptamtlicher Vorsitzender des Naturschutzbundes Deutschland e.V. (NABU). Nach elf Jahren als NABU-Vorsitzender wurde er 2003 von dem damaligen Bundesumweltminister Trittin als Abteilungsleiter ins UBA geholt und 2009 an dessen Spitze gestellt. Flasbarth fällt immer wieder durch Wirtschaft und Bevölkerung massiv schädigende politische Forderungen auf. Beispiel:

„Der UBA-Präsident forderte im Gespräch mit youthinkgreen die EU auf, das bestehende Minderungsziel [für den CO₂-Ausstoß, Anmerkung d. Verf.] bis 2020 von 20 auf 30 Prozent zu erhöhen. Dies sei ohne Probleme möglich. Hier müsse die EU ihrer Vorbildrolle gerecht werden. Alle EU-Umweltminister seien diese Woche in Doha und könnten diese Entscheidung treffen, fügte er hinzu“. www.windkraft-journal.de/2012/12/05/interview-mit-jochen-flasbarth-jugend-muss-bei-klimaverhandlungen-wichtiges-korrektiv-sein/

Übersetzt heißt das nichts anderes, daß die EU der Wirtschaft – auch der deutschen – weitere 13 Prozent ihrer sonst möglichen Produktion verbieten soll – ein klar verfassungswidriger Eingriff in die Grundrechte nach Art. 12 und 14 GG. Und weil es Flasbarth nicht paßt, daß ihm ständig Kritiker des CO₂-Klimawahns dazwischenreden, publizierte sein Amt 2013 eine Broschüre, in der solche Kritiker diffamiert und abqualifiziert werden:

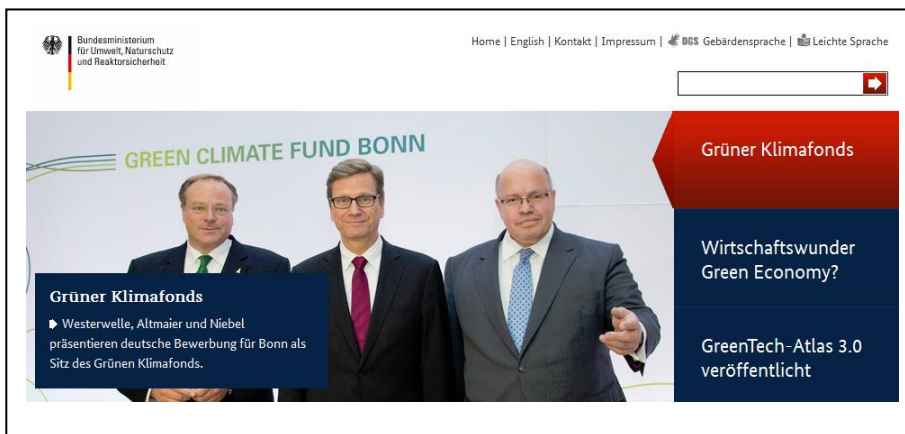


Abb. 91: Die Wege des Geldes

Ein wesentliches Detail des in Deutschland entstandenen parasitären grünen Systems ist die Eröffnung immer neuer „Klimafonds“, „Umweltstiftungen“ und anderer Sondervermögen. Das ermöglicht anschließend den summarischen Transfer großer Mengen Steuergeldes in undurchschaubare Verteilungssysteme außerhalb des parlamentarischen Haushaltsprozesses, von wo aus das Geld angeblich in heilstiftende Projekte weiterfließt. Solche Strukturen sind anfällig für Korruption und die kaum kontrollierbare leistungslose Bereicherung „guter Freunde“. Dieser internationale Fond soll zukünftig 100 Mrd. US-Dollar erhalten – pro Jahr! Angesiedelt wird er jetzt nicht in Bonn, sondern in Südkorea.

Die Klimagefahr ist Fiktion. Nur der Geldabfluß ist real. Das „Wirtschaftswunder Green Economy“ ist begrenzt auf die Profiteure dieses Zwangssystems.

Bild: www.bmu.de, Sept. 2012



Abb. 92: Kern der Dinge

Entgegen der landläufigen Auffassung gibt es zahlreiche Wissenschaftler, die das CO₂-Treibhausdogma ablehnen. Je nach eigenem Fachgebiet konzentrieren sie sich auf dessen unterschiedlichste Teilaspekte.

Aber es sind die mathematischen Physiker Gerhard Gerlich (links) und Ralf D. Tscheuschner sowie der Ingenieur Heinz Thieme (unten), die den eigentlichen Kern dieses Dogmas (Abb. 54 unten) widerlegt haben. Deshalb hatten wir nach jahrelanger Sichtung der Klimadebatte unsere eigene Position vor allem auf deren Erkenntnissen aufgebaut.

Kritiker des Klimawahns werden oft angegriffen und diffamiert, so zuletzt auch vom Umweltbundesamt, dem SPIEGEL und der ZEIT. In solchen Schmäh-schriften werden die starken Kritiker nie erwähnt!

Auch in den IPCC-Berichten werden diese Wissenschaftler totgeschwiegen.

Foto: Gerhard Gerlich



Abb. 93: Heinz Thieme

Foto: Heinz Thieme

www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4419.pdf.

Das ist ein bisher einmaliger Vorgang, weil hier eine Behörde unter Verletzung des Art. 5 Abs. 3 GG zu kontrovers diskutierten wissenschaftlichen Fragen eine einseitige Position bezieht und dann denjenigen, die nicht mit den Auffassungen des Amtsleiters übereinstimmen, quasi das Recht abspricht, sich überhaupt zu Wort zu melden.

Wir haben dieses Dokument zuerst mit Erstaunen und dann mit Zorn zur Kenntnis genommen, aber zum Schluß haben wir alle herzlich gelacht. Denn die Broschüre nimmt sich auffallend nur solche Kritiker vor, die nach unserer Bewertung eher Randthemen der CO₂-Debatte angreifen - und eher schwache Einwände bringen! Nachdem wir (KE Research) jahrelang nach den wirklich durchschlagenden Widerlegungsgründen gesucht und 2009 diese aufbereitet und publiziert hatten, tauchen jetzt weder wir, noch die ausgewählten Argumente, noch die hinter denen stehenden Wissenschaftler in Flasbarths Pamphlet auf - nicht mit einem Wort! Die von uns gezeigte Totalwiderlegung des Treibhausdogmas wird totgeschwiegen. Hat man in den Öko-Schaltzentralen etwa Angst, daß die Bevölkerung damit beginnen könnte, sich über unsere Argumente Gedanken zu machen? „Treibhausgase“ kühlen die Erde“? Darüber soll wohl besser niemand stolpern!

181) Eine bizarre Sonderrolle spielen hier die KKW-Betreiber. Denn sie haben seit Jahrzehnten damit geworben, daß KKW nicht das gefährliche CO₂ freisetzen und damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Rettung der Welt leisten würden. So erklärte Dr. Ralf Güldner, Präsident des Deutschen Atomforums (DAfF), noch zur Eröffnung der Jahrestagung Kerntechnik am 14. Mai 2013: „Durch die Abschaltung von 8 Kernkraftwerken nach Fukushima hat daher die Stromerzeugung aus Braunkohle wieder zugenommen, d.h. der Klimaschutz ist auf der Strecke geblieben.“ www.kernenergie.de/kernenergie-wAssets/docs/presse/13-05-JK-Rede-Dr.-Gueldner-DAfF-Praesident.pdf.

Dieser PR-strategische Ansatz des DAfF, den wir allerdings weltweit beobachten, enthält mehrere essentielle Denkfehler:

- Die Behauptung, CO₂ aus Kohlekraftwerken führe zur Erderwärmung, ist klar widerlegt und damit als Argument unbrauchbar. Weil die Verbandsfunktionäre das auch wissen (nicht zuletzt durch unsere Ausarbeitungen), wird die Falschaussage zur Lüge. Die Glaubwürdigkeit zerstrahlt.
- Die „Umweltverbände“ sind das, was man im Einzelhandel „Vollsortimenter“ nennt: Sie sind überall dabei. Sie behaupten ein allgemeines dramatisches Artensterben (unwahr), die „Klimakatastrophe“ durch CO₂ (unwahr), die Gefährlichkeit selbst kleinster Strahlungsdosen (unwahr) und das alles andere übersteigende Gefahrenpotential von Kernkraftwerken (unwahr). Werturteile (z.B. zum Landschaftsschutz) werden nach ideologischen Mustern beliebig genutzt oder mißachtet (vgl. S. 10 f.).
- Nach unserer Bewertung liegt die Hauptschwäche vieler Öko-Funktionäre in ihren sehr oft falschen Sachaussagen, dem freiheitsfeindlichen Wertemodell und den unsinnigen Schlußfolgerungen. Statt die zweifelhafte Ethik und die prinzipielle Unglaubwürdigkeit dieser Leute herauszuarbeiten, bestätigen die Kernenergieleute einzelne Öko-Märchen und verleihen so den grünen Aktivisten Deutungshoheit. Die benutzen diese Deutungshoheit dann als Basis für den Kampf gegen die KKW.

- In Deutschland betrieb bis vor kurzem jeder der vier großen Energieversorger Kern- und Kohlekraftwerke: RWE z.B. ist der größte CO₂-Emittent in Europa. Den Unternehmen und ihren Aktionären müßte daher daran gelegen sein, die ungerechtfertigten Attacks gegen beide Produktionsformen abzuwehren. Die aktive Bestätigung des CO₂-Märchens macht es aber unmöglich, sich effektiv gegen das Zertifikate-Regime zu verwahren (s. S. 16 ff). Die bisherige Politik-Strategie der Energieversorger offenbart sich in ihren Ergebnissen (Abb 36): die sind ein völliges Desaster.

Auch in der Verbandsarbeit der Kernenergie sehen wir die Notwendigkeit eines Neubeginns mit frischem und unbelastetem Personal und allein in der Wahrheit verankerten Botschaften.

182) Lünenborg, Berghofer (2010). Danach gaben im Jahr 2010 26,9 Prozent der befragten Journalisten eine Parteineigung zu den Grünen an, weitere 15,5 Prozent eine zur SPD. (Abb. 94)

183) vgl. Kepplinger, Lembke (2012), EN 109.

184) Nach Hinweisen von Lehrern und Eltern.

185) Wir beziehen uns hier u.a. auf die seit 2008 laufende „Klimakampagne: für mich. für dich. fürs klima.“, für die der BMU mit üppigen Geldzuweisungen gleich eine ganze Reihe von Verbänden „einkaufte“. Dazu zählten die Verbraucherzentralen, der Deutsche Mieterbund (www.mieterbund.de/2297.9.html), und der öko-affine Automobilclub VCE:

www.vcd.org/fileadmin/user_upload/redakteure_2010/projekte/vcdklima/projekt/090508_Klimaprojektvorstellung_Mai.pdf.

Außerdem wurde „Germanwatch“ bedacht: Vom BMU erhielt der Verein für dieses und andere Vorhaben 2011 EUR 122.070 und vom UBA zusätzlich EUR 256.679 (vgl. EN 174, 178, 166).

Schon dieses eine Programm „Klimaschutzinitiative“ des BMU hat angesichts der Tatsache, daß es sich um nichts anderes handelt als um staatsbezahlte Werbung für eine zivilisationsfeindliche Ideologie, eine unfaßbare Größenordnung: „Seit dem Start der Nationalen Klimaschutzinitiative im Jahr 2008 wurden bis Ende 2012 12.300 Projekte unterschiedlicher Größe gefördert. Dazu wurden mehr als 310 Millionen Euro bereitgestellt. Zusätzlich wurden Investitionen in Höhe von rund 809 Millionen Euro ausgelöst. Die Nationale Klimaschutzinitiative trägt dazu bei, dass Deutschland seine ambitionierten Klimaschutzziele erreicht.“ (www.klimaschutz.de/de/node/2444, Hervorhebungen d. d. Verf.)

186) www.vzbv.de/10350.htm. Der Verbraucherschutz entsendet danach einen „Energieberater“, der dem Bürger eine „Sanierung“ (Dämmung?) seines Hauses empfiehlt - oder den Einsatz „erneuerbarer Energie“. Da das Ganze unter dem Oberziel „Klimaschutz“ segelt, werden die auf Wirtschaftlichkeit und Wohlbefinden ge-

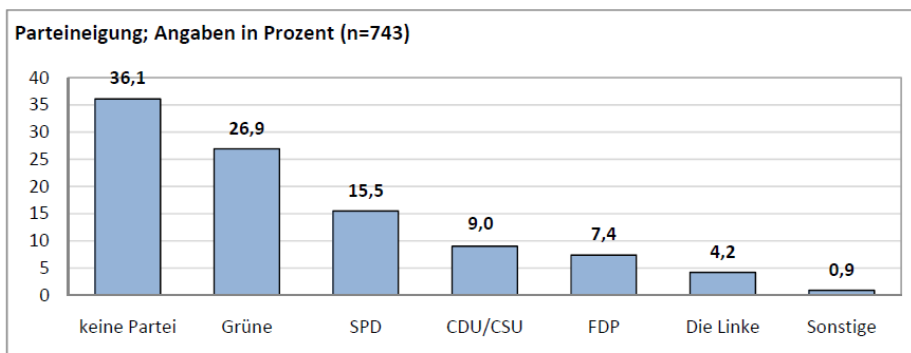


Abb. 94: „Grüner Block“

Der Politikjournalismus in Deutschland war bereits 2010 von grünen Vorstellungen dominiert. SPD und Linke hatten in der Klima- und Energiedebatte im Kern schon lange die gleichen ökologistischen Positionen übernommen wie die Partei B90/Die Grünen.

Bild: Lünenborg, Berghofer (2010)

richteten Ziele der Bürger wohl eher ignoriert. Es handelt sich letztlich um Branchenwerbung, die auch noch Geld kostet. Das BMWi (Wirtschaftsministerium) zahlt für solche „Beratung“ aus dem Steuertopf: 50 Prozent bis zur Obergrenze von 550 Euro:

www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Energieeffizienz-und-Energieeinsparung/energieberatung-und-foerderung.html

187) Billen war vor der Übernahme des Verbraucher-Vorstandspostens jahrelang Pressesprecher des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und dann Bundesgeschäftsführer des NABU e.V..

Als „Verbraucherschützer“ gab er vor, für 80 Millionen deutsche Verbraucher zu sprechen. Nur hatte er von denen weder eine demokratische, noch eine vertragliche oder vereinsrechtliche Legitimation! Und die größte Gefahr für die Verbraucher ist es, unter dem Vorwand „Öko“ fortschreitend enteignet und ihrer Freiheit beraubt zu werden.

Jetzt ist Billen Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz. www.bmj.de/DE/Ministerium/Hausleitung/StI/_node.html

188) Der VzBV gibt in seinem Jahresbericht (2012) Einnahmen von 16 Mio. Euro an, davon stammen allein 8,7 Mio. aus Mitteln des BMELV („Verbraucherschutzministerium“), dazu kommen projektbezogene Fördermittel im Umfang von 6,9 Mio. Euro aus sechs verschiedenen Ministerien.

Raus aus dem Nebel – Für eine neue Energiestrategie

189) Es gibt inzwischen viele Bürgerorganisationen, die sich gegen die Zerstörung unserer Energiewirtschaft und die damit einhergehende Abschaffung der Freiheit aktiv zur Wehr setzen. Meist sind sie klein und eher lose organisiert, und keine hat Zugriff auf staatliche Finanzmittel. Beispiele:

- Bürger für Technik e.V.: www.buerger-fuer-technik.de,
- „Klimamanifest von Heiligenroth“: www.klimamanifest-von-heiligenroth.de.

Deutlich weiter entwickelt ist die Nationale Anti-EEG-Bewegung e.V. (NAEB): www.naeb.de. NAEB lehnt (ebenso wie wir) die Nutzung von Wind und Solar zur Stromerzeugung aus prinzipiellen Gründen ab. NAEB kritisiert das „NIMBY“-Denken („not in my backyard“) der meisten Bürgerinitiativen, die Windparks lediglich nicht vor ihrem Dorf haben wollen - ansonsten sei es ihnen egal.

190) Das Geothermie-Kleinkraftwerk zur Stromerzeugung muß mit einer Wassertemperatur von 130 °C auskommen. Kohlekraftwerke mit Überhitzern arbeiten in dem Turbinenkreislauf mit Dampftemperaturen von bis zu 600°C, neue Testanlagen sogar mit bis zu 700°C. Um einen vernünftigen Wirkungsgrad zu erzielen, sind die geothermischen Wassertemperaturen viel zu niedrig.

191) Das EEG ist so aufgebaut, daß die tatsächliche Belastung für die Bevölkerung vielen Lesern verborgen bleibt. Das liegt an der Aufsplitterung in unterschiedliche Vergütungsarten und Zulagen, verschieden privilegierte Empfänger und häufigen Änderungen der Vergütungssätze. Da die Vergütungen nach EEG (solange das nicht abgeschafft wird) erst nach 20 Jahren enden, ist mit dem „Repowering“ ein neuer Geschäftszweig entstanden: Windräder erhalten neue Generatoren, um damit eine neue Subventionsperiode zu starten. Die Bürger sollen dann noch einmal 20 Jahre lang zahlen. Netzbetreiber werden gezwungen, die gesamte

Anschluß-Infrastruktur zu bezahlen und Schattenkraftwerke zu subventionieren. Die so entstehenden Belastungen werden in den „Netzentgelten“ versteckt. Sie sind nicht Teil der EEG-Umlage und werden in kritischen Kommentaren meist übersehen.

192) 90 Mio. Euro ist die von der Gemeinde angegebene Investitionssumme.

https://www.geothermie-unterhaching.de/cms/geothermie/web.nsf/id/pa_daten_fakten.html

193) Die Anlage ist derzeit noch nicht kostendeckend, die Gemeinde hofft aber, den Break-even in den nächsten zwei Jahren zu erreichen, wenn mehr Haushalte an das Wärmenetz angeschlossen werden können. Das setzt aber voraus, daß die EEG-Zwangsvergütung weiterhin eingezogen werden kann.

194) Vgl. EN 38. Als wichtige konkrete Merkmale der Versorgungssicherheit Deutschlands sehen wir kurzfristig die Wiederherstellung der Netzstabilität (Herunterfahren der Zufallsstromspeisungen und Wiederauffahren der Kernkraftwerke), dann die rigorose Wiederherstellung echter Marktbedingungen, die die politisch-ideologisch eingeführten Kostenblocks (z.B. in Form des CO₂-Regimes) beseitigt und den Energieversorgern wieder zukunftsichere wirtschaftliche Entscheidungen ermöglicht.

195) „Maximale Wertschöpfung im Inland“ bezieht sich direkt die bei der Energieversorgung selbst, indirekt auf die der übrigen Wirtschaft (Sicherung des Standorts Deutschland).

196) Bei der Analyse der Gefahrenpotentiale verschiedener Industrien und Transportmittel und das dahinterstehende Wertemodells wird klar, daß die Menschheit diese Instrumente einsetzt, obwohl es immer wieder zu Opfern kommt. Opfer werden also in Kauf genommen, aber es wird alles getan, um Anzahl und Ausmaß der Schadensereignisse zu minimieren. Bei der Kernenergie jedoch wird von deren Gegnern ein völlig abweichendes Wertemodell postuliert, demzufolge es unter gar keinen Umständen auch nur zu einer theoretischen Gefahr für Menschen kommen darf. Begründet wird das mit dem angeblich alles andere in den Schatten stellende Schädigungspotential dieser Technologie. Daß das in dem behaupteten Umfang gar nicht existiert, hatten wir oben (S. 9) dargelegt. Vgl. Ermecke (2011).

197) In Deutschland haben sich in den letzten Jahren gesetzgeberische wie auch gesellschaftliche Fehlentwicklungen ergeben, die es heute nahezu unmöglich machen, ein als wichtig erkanntes Vorhaben ohne vieljährigen Streit durchzusetzen. Gegen nahezu jedes Vorhaben werden „Wutbürger“ mobilisiert, und dann wird prozessiert, später oft (verdeckt) abkassiert. Wir werden dieses Thema in einem weiteren Grundsatzreport analysieren.

198) Solche Schikanen haben sich insbesondere immer wieder gegen Kernkraftwerke ereignet. So erfuhren wir aus dem Umfeld der KKW Krümmel und Brunsbüttel, daß dort die bei der Kieler Landesregierung angesiedelte Atomaufsicht Abnahmetermine nach Revisionsarbeiten immer wieder nicht einhielt und so die Projektpläne zum Einsturz brachte. Die betrafen auch Fremdfirmen, die bei solchen Revisionen (also ausgedehnten Wartungs- und ggf. Nachrüstungsarbeiten bei abgeschaltetem Reaktor) stets mit entsprechenden Teams beteiligt sind. Bereits erfolgte und in Aussicht gestellte Schikanen waren nach unserer Überzeugung der Grund, warum sich die Energieversorger im Jahr 2000 dem aus dem maoistischen Kommunistischen Bund (KB) entstammenden Umweltminister Trittin unterwarfen und einen „Vertrag“



Abb. 95: Luftverkehr

Diese junge Frau ist Fluglotsin. An ihren Entscheidungen hängt in jeder Schicht das Leben tausender von Menschen.

Damit sie alle Flugzeuge heil durch ihren Sektor leiten kann, brauchen ihre Radargeräte freie Sicht. Große Windanlagen gefährden die aber. Deshalb gibt es seit Jahren Streit zwischen dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF), das die Errichtung von Windparks blockieren kann, und der EEG-Branche, die gern noch weitere Landschaften zum Geldverdienen freigegeben haben möchte.

www.airliners.de/flugsicherung-verteidigt-strikten-kurs-gegen-windkraftanlagen/30564

Foto: DFS Deutsche Flugsicherung GmbH

Zu Fukushima: Ich fragte meine Enkeltochter danach: „Da gab es einen ganz schlimmen Unfall in einem Atomkraftwerk, viele tausend Menschen sind gestorben.“ „Aber das war doch durch den Tsunami!“ „Tsunami? Opa, was ist ein Tsunami? Davon hat meine Lehrerin nichts gesagt.“

Aus einer privaten Mitteilung unseres Interviewpartner Dr. Hermann Hinsch.



Abb. 96: Revisionsarbeiten

Das Bild zeigt das Innere der Kondensationskammer („KoKa“) eines deutschen Siedewasserreaktors. Im laufenden Betrieb ist dieser Raum mit Wasser befüllt.

Viele Lehrer schwadronieren im Unterricht von der „Unbeherrschbarkeit der Atomkraft“. Und sie spekulieren, daß die Sicherheitssysteme von Reaktoren im Ernstfall versagen.

Wer sich hier angesprochen und vielleicht auch provoziert fühlt, der möge in sich gehen und ein paar Minuten darüber nachdenken, ob er seinen Schülern erklären könnte, was eine Kondensationskammer ist, wann und wie sie zum Einsatz kommt und warum sie im Sicherheitssystem eines bestimmten KKW-Typs eine zentrale Rolle spielt.

Wer das bisher nicht gewußt hat, muß sich die Frage gefallen lassen, ob es nicht angemessen wäre, vor dem Lehren selbst etwas zu lernen. Und nicht zwanghaft eine Gesinnung zur Schau zu stellen, die mangels Wissen in der Sache gar nicht begründet werden kann (vgl. Kasten auf S. 75).

Foto: © AMTEC Messtechnischer Service GmbH

akzeptierten, der den weiteren Betrieb der Kernkraftwerke auf Restenergiemengen beschränkte (angeblicher „Atomkonsens“).

199) Die jüngere Geschichte hat gezeigt, daß der Zugriff auf Rohstoffe in der Regel durch freien Handel sichergestellt werden kann: auch ideologisch feindselige Regimes sind zumeist geneigt, deutschen Unternehmen gegen Geld Öl oder Erze zu überlassen. Die Frage ist daher eher, ob deutsche Unternehmen an den ersten Wertschöpfungsstufen (Exploration, Förderung) angemessen beteiligt sind und Investitionen geschützt werden.

Die Einbettung Deutschlands in das NATO-Bündnissystem schafft zumindest die Erwartung, daß die Seewege offen bleiben werden.

200) Es sollte im Schulwesen Minimalstandard sein, daß ein Lehrer nur solche Themen unterrichtet, für die er auch ausgebildet ist. Uns ist u.a. aufgefallen, daß das Thema „Klimawandel“ meist von Erdkundelehrern behandelt wird, die im Studium im Regelfall keinerlei grundlegende Ausbildung in Physik erhalten. Sie müssen daher gegenüber den Schülern mit aufgestülpten und fachlich unverständenen Weisheiten über „Treibhauseffekte“ antreten, die anschließend in Tests abgefragt werden. Lehrer, die gegen Kernenergie wettern und vom „Restrisiko“ schwadronieren, können zumeist nicht ein einziges Reaktorsicherheitssystem erklären, und die Gesamtkonzeption schon gar nicht (s. Abb. 96).

201) Hier werden Anleihen eines Geothermieunternehmens mit dem üppigen Zinssatz von 7,5 % p.a. beworben – zuzüglich „Überschußzins“. Wir fragen uns, ob die Anleger bei solchen Anlageofferten belehrt werden, daß die Existenz des jeweiligen Emittenten abhängig ist vom Fortbestand des EEG, seiner in der Bevölkerung zunehmend in Frage gestellten Vergütungssätze, und daß der Fortbestand des EEG abhängig ist von politischen Entscheidungen. https://geothermie-geldanlage.de/index.php?ia_pkptrack=100-9353835313236323131303-101-101-101

202) Geothermieprojekte amortisieren sich am ehesten, wenn ein Großkunde gewonnen werden kann, der das ganze Jahr hindurch Prozeßwärme benötigt (z.B. chemische Industrie). Wohngebiete benötigen im Sommer wesentlich weniger Wärme als im Winter, was das Umsatzmodell gefährdet. Wird die volle Wärmeleistung abgerufen, muß ggf. die Stromproduktion (falls vorhanden) heruntergeregelt werden (Schattenkraftwerk erforderlich!).

203) Diese Aussage bedarf einer Präzisierung: Aufbau und Betrieb von Kernkraftwerken sind kostengünstig, wenn sich alle Beteiligten inklusive Politik und Behörden um kostengünstige Lösungen bemühen. Eine ideologisch ausgerichtete Politik kann dagegen durch willkürliche Entscheidungen aller Art zuerst Planung und Bau der Anlagen und später die Produktion beliebig verteuern, wenn sie sie nicht von vornherein einfach blockiert.

204) „Stromautobahnen“ ist ein beschönigender Begriff für Hoch- und Höchstspannungsleitungen, die im Übertragungsnetz angeblich nötig werden, um nach dem Abschalten der marktnah verteilten Kernkraftwerke jetzt „Strom von den Windparks an der Küste“ nach Süddeutschland zu leiten. Allerdings liefern auch Windparks im Meer keine planbare Leistung. Sie sind daher sowohl allein als auch in Kombination mit anderen nicht planbaren Anlagen für die Netzversorgung unbrauchbar. Sie ersetzen kein einziges konventionelles Kraftwerk.

Die vorhandenen Schattenkraftwerke sind bereits über das Land verteilt. Für deren Einsatz sind neue Leitungen nicht notwendig.

205) DESERTEC war eine (inzwischen wegen des Rückzugs wichtiger Partner wohl gescheiterte) Vision mit verschiedenen Komponenten. Uns interessieren hier nur diejenigen, die die Versorgung Deutschlands betroffen hätten.

Es handelt sich im Kern um ein Konzept, mit dem in nordafrikanischen und arabischen Wüsten Solarenergie gewonnen werden soll (thermisch, nicht durch Fotovoltaik!), um diese dann als Gleichstrom nach Europa zu transportieren. Zusätzlich sollen Windanlagen, Pumpspeicher, Staudämme, und Geothermiequellen (sogar in Island!) angeschlossen werden. Dafür wurde ein Investitionsvolumen von 400 Mrd. Euro genannt.

Zu Entstehungsgeschichte und Initiatoren:

www.desertec.org/fileadmin/downloads/Portraits_Knies_und_Talal.pdf.

Zu Ideologie und Konzept:

www.desertec.org/fileadmin/downloads/media/TREC_Amman_2003.pdf;

Zum abgeschätzten Investitionsvolumen:

www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sonnenstrom-aus-afrika-projektname-desertec-1.459670

Hinsichtlich der Versorgung Deutschlands war nach unserer Bewertung DESERTEC von Anfang an illusionärer Unfug. Es bestehen fünf Fundamentalprobleme:

- Es sollten Probleme gelöst werden, die entweder nie existiert haben (Klima- und Brennstoffkrise), oder die von der Politik erst künstlich geschaffen werden mußten (Zwangsabschaltung von Kern- und Kohlekraftwerken). Würde der ja längst vorhandene deutsche Kraftwerkspark nicht mutwillig kaputtgemacht, gäbe es bei uns für Wüstenstrom schon von vornherein keinerlei Bedarf.
- DESERTEC als Gesamtsystem hätte nur wenig unterbrechungsfreie planbare Leistung geliefert, und die wäre in den Betreiberstaaten selbst beansprucht worden.
- Aus deutscher Sicht wäre inländische gegen ausländische Wertschöpfung ausgetauscht worden. Inländische Produktion wäre beendet worden (Reduzierung des BIP – Bruttoinlandsprodukt). Dafür hätte Strom importiert werden müssen (der Wert der Importe wird bei der BIP-Berechnung subtrahiert). Das bedeutet also gleich doppelten Verlust von Wohlstand in Deutschland.
- Unsere Versorgung wäre vom politischen Wohlwollen mehrerer potentiell instabiler Staaten abhängig geworden, mit Tendenz zu Guerillaaktivität und zu radikalem Islam. In den letzten Jahren wurden beispielsweise immer wieder die Gaspipelines zwischen den Gasfeldern im Sinai und Israel gesprengt. Die Lage in Nordafrika ist nach den Umstürzen keineswegs stabil (Abb. 97).
- Das geforderte Investitionsvolumen war exorbitant und hätte dem Gegenwert von mindestens 80 modernen Kernkraftwerksblocks (ca. 120 GWe) entsprochen, mitsamt zugehörigen Brennelementwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Permanentlagern, oder einem Transrapidnetz mit 6000 km Streckenlänge.

Inzwischen zerfällt der Hype, weil die wichtigsten industriellen Partner die multiple Unbrauchbarkeit des Konzepts erkennen:

green.wiwo.de/desertec-deutsche-unternehmen-ziehen-sich-aus-wuestenstrom-projekt-zurueck/.

Sehr kritisch auch:

www.achgut.com/dadgd/index.php/dadgd/article/in_den_sand_gesetzt_der_fall_desertec/

206) „CCS“ steht für „Carbon Capture and Storage“. Gemeint ist damit das Abtrennen von CO₂ aus den Verbrennungsabgasen von Kraftwerken und Industriebetrieben und das Verpressen in unter-



Abb 97: Krieg in Nordafrika

Aus irgendwelchen Gründen möchte ein breites Konglomerat aus Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen Deutschlands Stromerzeugung nach Afrika und Arabien verlegen.

Deutschlands Erzeugungsbasis (Kern- und Kohlekraftwerke) würde dann allerdings ebenso unwiederbringlich zerstört wie seine Unabhängigkeit – und der aus der eigenen Energieproduktion entstehende Wohlstandsbeitrag.

Wir fragen uns inzwischen, ob wirklich die Versorgung Deutschlands das Motiv für diesen Plan ist, oder eine verborgene Sehnsucht nach dessen Untergang.

Foto:

www.zerohedge.com/article/definitive-libyan-civil-war-photo-gallery



Abb. 98: Tödliche Tiefe

Der Niyos-See in Kamerun wird aus tieferliegenden vulkanischen Quellen mit CO₂ angereichert. Wegen der fehlenden Winterabkühlung unterbleibt aber die vertikale Umwälzung des Wassers.

Foto: John Lockwood (gemeinfrei)



Abb 99: CO₂-Opfer

Dieser Mann überlebte zwar den CO₂-Ausbruch am Niyos-See, lag aber vermutlich stundenlang im Koma und erlitt großflächige Gewebszerstörungen.

Foto: Baxter et al. (1989)

irdische Kavernen. Dabei geht es um Hunderte von Millionen Tonnen und Drücke von mehreren hundert bar.

Unsere konsequente Ablehnung von CCS hat drei Gründe:

- CCS soll ein Problem lösen, das gar nicht existiert (S. 8).
- Das Abscheiden des CO₂ und Einpressen in den Boden verbraucht selbst Energie und erhöht den Brennstoffverbrauch. Hohe Investitionen und weitere Betriebskosten kommen hinzu. Die Kosten steigen so massiv, daß jede Wirtschaftstätigkeit in Deutschland unwirtschaftlich werden muß. Für uns stellt sich über das Thema dieser Studie hinaus die Frage, warum gewisse Kreise im In- und Ausland das anscheinend unbedingt wollen!
- Vor allem aber ist CCS extrem gefährlich. Wird eine CO₂-Kaverne undicht, etwa in Folge eines etwas stärkeren Erdbebens, dann dringt das eingeschlossene Gas heraus und kühlt sich beim Entspannen stark ab. Dadurch bleibt es sehr dicht und viel schwerer als die umgebende Luft. Es bildet einen bodennahen „See“, der ab einer CO₂-Konzentration von etwa 8 % jedes tierische und menschliche Leben erstickt.

Bei der für die Nacht typischen Temperaturschichtung der Atmosphäre („Nachtinversion“) löst sich ein solcher CO₂-See über lange Zeit nicht auf. Das Gas „fließt“ in Dörfer und Städte. Wer hochkonzentriertes CO₂ einatmet, fällt nach etwa 15 Sekunden in tiefe Bewußtlosigkeit und ist nach 70 Sekunden hirntot.

Anders als die vielen in diesem Report diskutierten imaginären Gefahren ist diese leider real. In Afrika gibt es Seen, die sich durch unterirdische vulkanische Aktivität massiv mit CO₂ anreichern. Anders als Seen unserer Breiten haben Seen im tropischen Afrika wegen der fehlenden kalten Winter ganzjährig keinen vertikalen Wasseraustausch, so daß das CO₂ im Tiefenwasser verbleibt. Wird die Schichtung dann gestört (z.B. durch einen Erdbeben am Ufer), kann dies einen Aufstieg von Tiefenwasser in Gang setzen, aus dem dann in kurzer Zeit das gesamte CO₂ ausströmt, wie beim Zapfen eines Glases Bier in einer Kneipe.

So etwas geschah am 21. August 1986 am Niyos-See in Kamerun (Abb. 98), wo zwischen 0,1 und 1,6 Mio. Tonnen CO₂ freigesetzt wurden. Binnen Stunden starben 1.700 Menschen: noch 25 km vom See entfernt wurden Leichen gefunden. Über 800 Überlebende wurden gesundheitlich geschädigt, wobei einige großflächige Gewebszerstörungen erlitten (Abb. 99). Baxter et al. (1989).

Die Katastrophe am Niyos-See kann für einen hypothetischen CCS-Unfall als Modell gelten, nur wären bei uns die freigesetzten CO₂-Mengen potentiell viel größer und die Besiedlung viel dichter. Zu unterscheiden von dem hier angegriffenen CCS ist die Nutzung von CO₂ bei der Ölförderung. CO₂ wird in ältere Ölquellen eingepreßt, weil sich dieses Gas in Öl löst und dabei dessen Viskosität herabsetzt. Als Folge fließt weiteres Öl heraus, das zuvor in den Poren des Gesteins festsaß. Die Ausbeute konventioneller Quellen kann dadurch deutlich gesteigert werden. Ein Interviewpartner äußerte die Vermutung, daß „CCS“ im Hintergrund auch von Ölfirmen politisch getrieben wird. Denn in einem freien Markt müsse die Ölindustrie CO₂ z.B. bei Kraftwerksbetreibern ankaufen. Stünden die aber unter einem CCS-Zwang, könnten die Ölförderer für die Abnahme des Gases Geld verlangen.

207) Mit „Klarstellung“ meinen wir hier das Beziehen fachlich korrekter und politisch unmißverständlicher Standpunkte durch die geschädigten Akteure, also Wirtschaft und Verbände, Bürger-

organisationen, Wissenschaftler, ohne Anbiederung an einen durch Desinformation geformten grünen Zeitgeist. Diskreditiertes Personal ist durch neue und unvorbelastete Repräsentanten abzulösen. Werbebudgets für grüne Kampagnen sind zu stornieren.

208) Beispiele: aus Indien erfuhren wir, daß das u.a. vom Auswärtigen Amt finanzierte Goethe-Institut dort Seminare für Klima-Aktivisten durchführt. Das BMU bezuschußt den klammen Gemeinden die Erstellung von „Klimaschutzkonzepten“ (Abb. 84), und die staatseigene Bahn, deren wichtigstes Bahnstromkraftwerk (Abb. 40) gerade zwangsabgeschaltet wurde, wirbt jetzt damit, daß sie künftig „zu 100 Prozent Öko-Strom“ einsetzen wird.

209) Hier denken wir im weitergefaßten Sinne an Organisationen wie die mit einem Stiftungsvermögen von 1,3 Mrd. Euro errichtete Deutsche Bundesstiftung Umwelt (www.dbu.de), den „Energie- und Klimafond“ des Bundes, das „Institut für Zukunftsfor- schung und Technologiebewertung“ (www.izt.de). Diese und weitere Organisationen fallen vor allem durch die Förderung grüner Ideologie auf, sie schaden damit dem Standort Deutschland.

210) Das Problem der Wissenschaft ist dadurch entstanden, daß sie überwiegend vom Staat finanziert wird und in den letzten Jahrzehnten (!) zunehmend gezwungen wurde, sich über die Einwerbung ideologisch motivierter staatsnaher Projekte zu finanzieren. Wir halten daher eine Neukonzeption der Universitäten für erforderlich, mit dem Ziel, diese dem potentiell schädlichen Staatseinfluß zu entziehen.

211) Während sich im Volk die Kritik am strompreistreibenden EEG verschärft, ist von dessen Verteidigern immer häufiger zu hören, daß die Eigentümer der bereits aufgebauten Windräder und Solardächer natürlich weiterhin ihre „garantierte“ Einspeisevergütung bekommen müßten. Das EEG könne vielleicht „reformiert“ werden, aber keinesfalls abgeschafft.

Diesen Wunsch nach Weiterbereicherung verstehen wir. Nur können wir keinen wirksamen Anspruch erkennen, weder moralisch noch rechtlich. Wer seine Hausdächer und Äcker mit Solaranlagen zugebaut hat, hat das in dem klaren Bewußtsein getan, daß man damit kein Stromnetz betreiben kann. Das Ziel war, sich an den Zwangsumlagen zu bereichern, die die Nachbarn mit der Stromrechnung aufbringen sollen. Eine fortgesetzte Begünstigung dieses Personenkreises auf Kosten der Allgemeinheit lehnen wir qua Werturteil ab.

212) Vordringlich ist neben der Liquidierung des EEG die Beseitigung des CO₂-Zertifikateregimes. Dazu kommen das Energieeinsparungsgesetz EnEG, das das Bauen und Unterhalten von Wohngebäuden verteuert und jungen Familien unmöglich macht. Die auf die Vernichtung der deutschen Automobilindustrie zielenden „EU-Abgasnormen“ sind zu blockieren.

213) Wir betrachten die fachlich völlig unbegründete Zwangsabschaltung als Verletzung der Art. 12 und 14 GG (vgl. EN 145).

214) Bei der Planung der deutschen Reaktoren war mit einer Nutzungszeit von 30 Jahren kalkuliert worden. Jahrzehntelange Untersuchungen haben inzwischen ergeben, daß wesentlich längere Betriebszeiten unproblematisch sind. Daher werden derzeit in anderen Ländern die Betriebszeiten auf zumeist 60 Jahre heraufgesetzt. Eine Übersicht findet sich hier:

http://buerger-fuer-technik.de/warum_laufzeitverlangerung.html

215) Ähnlich wie der frühere tschechische Staatspräsident und



Abb. 100: Ausgezockt

Feuer zerstört eine Windanlage – wieder eine. Unfälle mit Windrädern ereignen sich mittlerweile regelmäßig. Dieses steht jetzt ausgeglüht bei Lahr im Schwarzwald.

Der einzige Trost: Der Einspeiseschaden der Stromkunden sinkt dadurch etwas ab.

Foto: Christoph Breithaupt, Badische Zeitung



Abb. 101: Insolvent?

Während wir diesen Report schrieben, trudelten immer wieder „grüne“ Unternehmen in die Pleite. Unsere Leser waren vor „Öko-Investments“ gewarnt (Ermecke 2009). 75.000 Anleger der Firma Prokon hat es jetzt dagegen erwischt.

Bild: www.prokon.de

VWL-Professor Václav Klaus plädieren wir für eine „Marktwirtschaft ohne Attribute“, insbesondere ohne das Attribut „sozial“. In unserem Zielsystem ist es die Aufgabe der Wirtschaft, unter bestmöglichen Bedingungen eine maximale Wertschöpfung zu erarbeiten – auch zum Wohle des Fiskus. Soziale Härten muß der Staat auffangen, was der dann am besten kann, wenn alle Unternehmen frei von regulatorischem Ballast profitabel arbeiten.

216) Das Grundgesetz zeichnet das Ideal eines Staates, der alle Bürger gleich behandelt. Dies wird durch eine Gesetzgebungspraxis unterlaufen, die die Bevölkerung in Spezialkategorien segmentiert, um deren Mitglieder ungleich behandeln zu können. Wir empfehlen die Einführung eines Segmentierungsverbots, von dem der Gesetzgeber nur aus zwingendem Grund abweichen darf. Also entweder Kfz-Steuer für alle oder keinen, aber keine Freistellung von Elektro-Drittwagen wohlhabender Öko-Selbstdarsteller.

217) Gemeint ist hier das Festlegen von Abgaben der Bürger oder vom Staat gewünschter Ausgaben in einer Form, daß sie am Bundeshaushalt vorbeigeschleust werden.

218) KE Research arbeitet an einem rigorosen Reformkonzept für die höhere Bildung (Gymnasien). Einer unserer Kritikpunkte ist, daß im bisherigen gymnasialen Schulkonzept der Lehrplan stark mit traditionsverhafteten Inhalten blockiert ist, so daß für wichtige zukunftssichernde Kompetenzen der Platz fehlt. Dies betrifft u.a. die Fächergruppen Wirtschaft und „MINT“.

219) Dies hat Breil im Beisein des Verfassers im März 2010 vor einem Expertenkreis dargelegt. Vgl. auch:

www.fondsprofessionell.de/news/news-products/_nid/cominvest-setzt-auf-den-klimawandel/nsuchseite/120/nsuchbegriff/spanien/nsort/1/nsortiermethode/desc/nsuche/1/gid/301342/)

220) Pressemitteilung der FDP-Bundestagsfraktion (13.4. 2011): <http://16wp.fdp-fraktion.de/files/541/349-Meierhofer-Breil-CCS.pdf>

Und – unter Bezugnahme auf den WWF - vom 6.7.2011:

www.pressrelations.com/new/standard/result_main.cfm?pfach=1&n_firm_anr=110391&sektor=pm&detail=1&r=458653&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0. Darin stimmen die FDP-Sprecher Breil und Meierhofer allem Anschein nach einer Forderung des WWF zu, den CO₂-Ausstoß in Deutschland um 95 Prozent senken zu wollen. Das würde faktisch die Vernichtung unserer Zivilisation bedeuten.

221) Leider ist das keine grundlose Warnung:

www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/energiekonzern-rwe-darf-mehr-windkraftanlagen-bauen/8705176.html.

Quellen

- J. J. Ague: Fluid Flow in the Deep Crust, aus: *Roberta L. Rudnick* (Herausgeberin): *Treatise on Geochemistry* (2003), Vol. 3: The Crust, http://people.earth.yale.edu/sites/default/files/ague_tog_03.pdf
- Jutta Allmendinger, Elisabeth Bunselmeyer, Matthias Ecker-Ehrhardt, Marc Helbling, Marc Holland-Cunz, Céline Teney, Bernhard Weßels: *Entscheidungsträger in Deutschland: Werte und Einstellungen*; Berlin 2013, www.wzb.eu/sites/default/files/u8/wzb-elitestudie_final.pdf
- Helmut Alt: *Energiewende zwischen Wunsch und Wirklichkeit*, Aachen 2012 (unveröffentlicht).
- I.J. Andrews.: *The Carboniferous Bowland Shale gas study: geology and resource estimation*; British Geological Survey for Department of Energy and Climate Change, London, 2013. www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/209021/BGS_DECC_BowlandShaleGasReport_MAIN_REPORT.pdf
- AngloGold Ashanti: *West Wits South Afrika Country Report 2008*, www.anglogold.com/NR/rdonlyres/E10625B3-3762-47A5-9739-77C09F317C2A/0/WestWits2008.pdf
- J. Scott Armstrong, Kesten C. Green, Willie Soon: *Polar Bear Population Forecasts: A Public-Policy Forecasting Audit*, 2007; http://mpr.ub.uni-muenchen.de/6317/1/MPRA_paper_6317.pdf
- Robert J. Baker and Jeffrey K. Wickliffe (2011): *Wildlife and Chernobyl: The scientific evidence for minimal impacts*; *Bulletin of the Atomic Scinetists*, <http://thebulletin.org/wildlife-and-chernobyl-scientific-evidence-minimal-impacts>
- Peter J. Baxter, M. Kapila, D. Mfonfu: *Lake Nyos disaster, Cameroon, 1986: the medical effects of large scale emission of carbon dioxide?* *British Medical Journal*, London, Vol. 298, 27 May 1989; <http://pubmedcentralcanada.ca/pmcc/articles/PMC1836556/pdf/bmj00233-0037.pdf>
- Susanne Isabel Becker: *Leukaemia Incidence in Children and Adults in the Regions of Russia Most Highly Contaminated after the Chernobyl Nuclear Power Plant Accident*; Diss., München, 2003.
- John Bluemle, Lorraine Manz: *The Origin of Oil*; *NDGS Newsletter*, Vol. 31 (2004), Nr. 1,
- Bundesregierung: *Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung*; 28. September 2010, www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Anlagen/2012/02/energiekonzept-final.pdf?blob=publicationFile&v=5
- Bundesverband der Verbraucherzentralen: *Jahresbericht 2012/13*; www.vzbv.de/cps/rde/xbcr/vzbv/vzbv-Jahresbericht-2012-2013.pdf
- W.L. Chen, Y.C. Luan, M.C. Shieh, S.T. Chen, H.T. Kung, K.L. Soong, Y.C. Yeh, T.S. Chou, S.H. Mong, J.T. Wu, C.P. Sun, W.P. Deng, M.F. Wu, M.L. Shen: *Effects of Cobalt-60 Exposure on Health of Taiwan Residents Suggest New Approach Needed in Radiation Protection, Dose Response*. 2007; 5(1): 63–75, www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2477708/
- M. Delpoux, A. Léonard, H. Dulieu, M. Dalebroux (1997): *Experimental study of the genetic effects of high levels of natural radiation in South-France*; www.groenerekenkamer.nl/grkfiles/images/Delpoux2.pdf
- Deutscher Bundestag: *Drucksache 17/7331, Unterrichtung durch*

die Bundesregierung: Hauptgutachten 2011 des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011,
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/073/1707331.pdf>
Deutsche Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR): Kurzstudie: Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen 2011; Hannover, 2011 (zitiert als „DERA, 2011“).
B. Durand (Herausgeber): Kerogen: Insoluble Organic Matter from Sedimentary Rocks, Paris 1980.
F. William Engdahl (2007): Confessions of an 'ex' Peak Oil believer; www.engdahl.oilgeopolitics.net/print/Peak%20Oil.htm
Klaus Ermecke (2009): Rettung vor den Klimarettern – Gibt es die „Gefahr für das Weltklima“? KE Research, Oberhaching, www.ke-research.de/downloads/Klimaretter.pdf
Klaus Ermecke (2011): Das deutsche Fukushima-Desaster – Medien-Tsunami und Polit-GAU verwüsten die Stromversorgung; KE Research, Oberhaching, www.ke-research.de/downloads/FukushimaDesaster.pdf
Klaus Ermecke, Heinz Thieme (2013): Der Treibhauseffekt: Schlimme Gefahr - oder nur ein Märchen? KE Research, Oberhaching, www.ke-research.de/downloads/Treibhaus.pdf.
Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung: Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft, Berlin, 30. Mai 2011. www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Anlagen/2011/07/2011-07-28-abschlussbericht-ethikkommission.pdf?blob=publicationFile&v=4
Ludwig E. Feinendegen (2005): Hormesis – Wie wirkt Niedrigstrahlung? www.energie-fakten.de/pdf/hormesis.pdf
Ludwig E. Feinendegen: 60 Jahre Schutzkommission beim Bundesminister des Inneren (Festvortrag); 27. Mai 2011
P. Fritz, K.-D. Closs, B. Kuczera, P. Erlenwein, G. Langetepe, F.-P. Weiß, K. Wolfert: Vorauseilender Ausstieg aus der Kernenergie an den deutschen Hochschulen und Forschungszentren? Arbeitsplätze und Studienangebote im kerntechnischen Bereich; atw, 46. Jg. (2001), Heft 2, S. 1-8.
Geoffrey P. Glasby: Review: Abiogenic Origin of Hydrocarbons: An Historical Overview; Resource Geology, vol. 56, no. 1, 85-98, 2006 www.zo.utexas.edu/courses/Thoc/Glasby2006-abioticOil.pdf
M. Ghiassi-nejad, S. M. J. Mortazavi, J. R. Cameron, A. Niroo-mand-rad, and P. A. Karam: Very High Background Radiation Areas of Ramsar, Iran: Preliminary Biological Studies; (2001) www.probeinternational.org/Ramsar.pdf
Thomas Gold: The Origin of Methane (and Oil) in the Crust of the Earth; U.S.S.S. Professional Paper 1570, The Future of Energy Gases, 1993.
Thomas Gold: The Deep, Hot Biosphere; Proc. Natl. Acad. Sci. USA, Vol. 89, pp. 6045-6049, July 1992, Microbiology.
Greenpeace International: Annual Report 2012, www.greenpeace.org/international/en/about/how-is-greenpeace-structured/reports/#a0
Friedrich A. Hayek: Der Weg zur Knechtschaft, Neuauflage München 2007 (Original 1944).
Keith C. Hester and Peter G. Brewer: Clathrate Hydrates in Nature; Annu. Rev. Mar. Sci. 2009. 1:303–27, http://davidmlawrence.com/Woods_Hole/References/Hester_2009_Clath

[rateHydrates.pdf](#).

Höök, M., Bardi, U., Feng, L. & Pang, X.: "Development of oil formation theories and their importance for peak oil"; Marine and Petroleum Geology (2010), Vol. 27, Issue 9: 1995 – 2004

<http://uu.diva-portal.org/smash/get/diva2:338107/FULLTEXT01> (preprint)

Marion King Hubbert: Nuclear Energy and the Fossil Fuels; Shell Development Company, Houston, Texas, 1956,

www.hubbertpeak.com/hubbert/1956/1956.pdf

Wilfried Huismann (2012): Schwarzbuch WWF, Gütersloh.

IAEA, WHO, UNDP: (Presseerklärung) Tschernobyl: Das wahre Ausmaß des Unfalls; London, Wien, Washington D.C., Toronto, 5. September 2005 (zitiert als „IAEA, 2005“).

Zbigniew Jaworowski (1997): Beneficial Effects of Radiation and Regulatory Policy; Australian Physical & Engineering Sciences in Medicine, Vo 20, No 3, 1997

Zbigniew Jaworowski (1999): Radiation Risk and Ethics; Physics Today, 52(9), September 1999, pp. 24-29,

www.riskworld.com/nreports/1999/jaworowski/NR99aa01.htm

Zbigniew Jaworowski (2004): Lessons of Chernobyl: Nuclear Power Is Safe; EIR, May 7, 2004,

www.21stcenturysciencetech.com/Articles%202004/Spring2004/Jaworowski_on_Chernobyl.pdf

Ulrich Jochimsen: Wie das Stromeinspeisungsgesetz entstand und sich die erneuerbaren Energien in Deutschland durchsetzten; o.J.,

www.ulrich-jochimsen.de/files/Stromeinspeisungsgesetz.pdf

Günter Keil: Die Energiewende ist schon gescheitert; St. Augustin (2012),

www.novo-argumente.com/magazin.php/novo_notizen/artikel/0001060

Wilhelm Keim, Michael Röper + Arbeitskreis: Rohstoffbasis im Wandel; Positionspapier von GDCh, DECHEMA, DGMK und VCI, Frankfurt 2010,

www.dechema.de/dechema_media/Downloads/Positionspapiere/Positionspapier_Rohstoffbasis+im+Wandel.pdf

Claudia Kemfert: Die Kosten des Klimawandels: Der Mensch heizt die Erde auf – was muss er dafür bezahlen? O.O., 2007.

www.claudiakemfert.de/fileadmin/user_upload/pdf/pdf_publicationen/IP_Kemfert.pdf

J. F. Kenney: An introduction to the modern petroleum science, and to the Russian-Ukrainian theory of deep, abiotic petroleum origins. (zitiert als: Kenney: Introduction)

web.archive.org/web/20110718100138/http://www.gasresources.net/index.htm

J. F. Kenney, I. K. Karpov, Ac. Ye. F. Shnyukov, V. A. Krayushkin, I. I. Chebanenko, V. P. Klochko: The Constraints of the Laws of Thermodynamics upon the Evolution of Hydrocarbons: The Prohibition of Hydrocarbon Genesis at Low Pressures;

<http://web.archive.org/web/20110718100138/http://www.gasresources.net/index.htm>, (zitiert als: Kenney et al.: Thermodynamics)

J. F. Kenney, Ac. Ye. F. Syukov, V. A. Krayushkin, I. K. Karpov, V. G. Kutcherov, I. N. Plotnikova: Dismissal of the Claims of a Biological Connection for Natural Petroleum; Energia (2001), 22/3, 26-34

J. F. Kenney, Vladimir A. Kutcherov, Nikolai A. Bendeliani, Vladimir A. Alekseev: The Evolution of Multicomponent Systems at High Pressures: VI. The Thermodynamic Stability of the Hydrogen-Carbon System: The Genesis of Hydrocarbons and the Origin of Petroleum; PNAS August 20, 2002 vol. 99 no. 17 10976-10981 (Anmerkung: Der erste Ko-Autor war Vladimir G. Kutcherow, das



Abb. 102: Der Multi-Ketzer

Zbigniew Jaworowski war zunächst Arzt und in der Strahlungsmedizin tätig, bevor er noch zwei weitere Dokortitel in Naturwissenschaften erwarb.

Auf Jaworowskis Schriften stießen wir in zwei scheinbar völlig unterschiedlichen Fachgebieten: Zum ersten war er zusammen mit dem Norweger Tom V. Segalstad und dem leider verstorbenen Ernst-Georg Beck einer der profundeften Kritiker der geochemischen Seite des CO₂-Klimadogmas, d.h. der Behauptung, daß es in der „vorindustriellen Zeit“ niedrige CO₂-Luftkonzentrationen gab und diese jetzt durch menschliches Tun ansteigen. Jetzt stießen wir erneut auf ihn – als einen kritischen und selbstkritischen Kommentator der Strahlungshysterie, die von den Strahlungsschutzbehörden in aller Welt trotz gegenteiliger Forschungsergebnisse weiter am Leben gehalten wird.

Zbigniew Jaworowski verstarb im November 2011 im Alter von 84 Jahren. Mit ihm verlor Polen einen seiner wichtigsten Wissenschaftler.

Foto und Nachruf: www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3526321/

“A.” resultierte aus einem Übertragungsfehler des Verlages.)
www.pnas.org/content/99/17/10976.full.pdf
Hans-Mathias Kepplinger, Richard Lemke: Augen zu und durch;
DIE WELT, 13.8.2012, S. 10;
www.welt.de/print/die_welt/politik/article108584844/Augen-zu-und-durch.html
Jeffrey T. Kiehl, Kevin Trenberth (1997): Earth’s Annual Global Mean Energy Budget; in Bulletin of the American Meteorological Society, Vol. 78, No. 2/1997, S. 197-208
Anton Kolesnikov: Experimental investigation of hydrocarbons formation and transformation under Earth’s upper mantle conditions, Diss., KTH Energy and Environmental Technology, 2010.
Gerhard Kramm, Ralph Dlugi, Michael Zelger (2009): Comments on the “Proof of the atmospheric greenhouse effect” by Arthur B. Smith; <http://arxiv.org/ftp/arxiv/papers/0904/0904.2767.pdf>
<http://kth.diva-portal.org/smash/get/diva2:374388/FULLTEXT01>
V. A. Krayushkin, T. I. Tschebanenko, V. P. Klochko, Ye. S. Dvoryanin, J.F. Kenney: The Drilling & Development of the Oil & Gas Fields in the Dnieper-Donetsk Basin, o.O., 2001.
<http://web.archive.org/web/20110718100138/http://www.gasresources.net/index.htm>
Patrick Kupper: „Weltuntergangs-Vision aus dem Computer“ - Zur Geschichte der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972; (Preprint),
www.tg.ethz.ch/dokumente/pdf_files/KupperGrenzendesWachstums.pdf
Vladimir G. Kutcherov, Vladilen A. Krayushkin: Deep-Seated Abiogenic Origin of Petroleum: From Geological Assessment to Physical Theory; Review of Geophysics, 48, RG1001 (2010).
Vladimir G. Kutcherov: Abiogenic Deep Origin of Hydrocarbons and Oil and Gas Deposits Formation, o.O., 2013
http://cdn.intechopen.com/pdfs/41889/InTech-Abiogenic_deep_origin_of_hydrocarbons_and_oil_and_gas_deposits_formation.pdf
Claus Leggewie: Neue Formen der Teilhabe – am Beispiel der Zukunftskammern; in: Gegenblende, Juli/August 2012,
www.gegenblende.de/++co++2252f334-f35f-11e1-ae41-52540066f352
Magreth Lünenborg, Simon Berghofer: Politikjournalistinnen und –Journalisten; Berlin 2010,
www.dfjv.de/documents/10180/178294/DFJV_Studie_Politikjournalistinnen_und_Journalisten.pdf
Michael C. Lynch: Crop Circles in the Desert: The Strange Controversy over Saudi Oil Production; International Research Center for Energy and Economic Development, Boulder, CO, USA, 2006.
<http://web.archive.org/web/20110718100138/http://www.gasresources.net/index.htm>
Gerrit Manssen: Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit der EEG-Umlage und der besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes i.d.F. des Gesetzes zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien vom 28. Juli 2011, BGBl. I, S. 1634 ff.; Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Regensburg, Januar 2012.
Dennis L. Meadows, Donella H. Meadows, Jørgen Randers, William W. Behrens III: The Limits to Growth; New York 1972.
Ludwig von Mises: Die Bürokratie; (deutsche Übersetzung des Werkes „Buerocracy“, New Haven, 1944), St. Augustin, 2004.
Ludwig von Mises: Die Gemeinwirtschaft: Untersuchungen über den Sozialismus, Jena 1922;
http://docs.mises.de/Mises/Mises_Gemeinwirtschaft.pdf

Anu K. Mittal: Unconventional Oil and Gas Production – Opportunities and Challenges of Oil Shale Development. ; United States Government Accountability Office (GAO). Testimony before the Subcommittee on Energy and Environment, Committee on Science, Space, and Technology, House of Representatives.

Patrick Moore: Confessions of a Greenpeace Dropout – The Making of a Sensible Environmentalist; Vancouver, Canada, 2010

James Muckerheide: It's Time to Tell the Truth About the Health Benefits of Low-Dose Radiation; 21st Century, Summer 2000, www.21stcenturysciencetech.com/articles/nuclear.html.

National Commission on Terrorist Attacks upon the United States: The 9/11 Commission Report; New York, 2004.

www.gpo.gov/fdsys/pkg/GPO-911REPORT/content-detail.html.

o.V.: Windkraftnetz über Deutschland? Linzer Volksblatt, Nr. 51, 2.3.1932, S. 6. Folgebericht in Nr. 135 am 10.6.1932, S. 6.

o.V.: Kernfusion – Stand und Perspektiven; Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (IPP), Garching, Greifswald 2013 (zitiert als „IPP 2013“).

www.ipp.mpg.de/ippcms/de/pr/publikationen/pdf/fusion_d.pdf

Detlef Riedel: Kohle ist nicht gleich Kohle; PdN-ChiS 1/58 Jg. 2009, S. 6-9.

W.A. von Riesenmann R.L. Parrish, D.C. Bickel, S.R. Heffelfinger, Kiyoshi Muto, Tadashi Sugano, Haruji Tsubota, Norihide Koshika, Masayasu Suzuki, Satoshi Ohruj: Full-Scale Aircraft Impact Test for Evaluation of Impact Forces. Part 1: Test Plan, Test Method, and Test Results, (o.J.)

www.iasmirt.org/transactions/10/DC_250400.pdf

John Rosevear: Is the Electric Car Revolution Running out of Juice? www.dailyfinance.com/2012/09/17/is-the-electric-car-revolution-running-out-of-juice/

Udo Scheer, Joachim Ragnitz: Die sozialistische Planwirtschaft der DDR; Konrad Adenauer Stiftung, Berlin 2010,

www.kas.de/wf/doc/kas_18652-544-1-30.pdf?100617131334

Henry P. Scott, Russell J. Hemley, Ho-kwang Mao, Dudley R. Herschbach, Laurence E. Fried, W. Michael Howard, Sorin Bastea: Generation of methane in the Earth's mantle: In situ high pressure-temperature measurements of carbonate reduction; PNAS Sept. 28, 2004, Vol. 101, 14023-14026

www.pnas.org/content/101/39/14023.full.pdf+html

V. I. Sozansky, J. F. Kenney, P. M. Chepil: On the Spontaneous Renewal of Oil and Gas Fields; o.J.

<http://web.archive.org/web/20110718100138/http://www.gasresources.net/index.htm>

Peter Szatmari: Petroleum Formation by Fischer-Tropsch Synthesis in Plate Tectonics; The American Association of Petroleum Geologists Bulletin, V. 73, No. 8 (August 1989), P. 989-998.

Peter Szatmari, Teresa Cristina O. da Fonseca, Norbert F. Miekeley (2011): Mantle-like Trace Element Composition of Petroleum – Contributions from Serpentinizing Peridotites; Peter Szatmari, Teresa Cristina O. da Fonseca, Norbert F. Miekeley, in: Damien Closson (Ed.): Tectonics;

www.intechopen.com/books/tectonics/mantle-like-trace-element-composition-of-petroleum-contributions-from-serpentinizing-peridotites

Heinz Thieme (2000): Treibhauseffekt im Widerspruch zur Thermodynamik und zu Emissionseigenschaften von Gasen; <http://realplanet.eu/treibhauseffekt.htm>

Heinz Thieme (2005): Die Erdatmosphäre - ein Wärmespeicher; <http://real-planet.eu/wspeicher.htm>

Siegfried Emanuel Tischler: Der große Ölschwindel – Die Theorie der fossilen Treibstoffe; in: Nexus-Magazin, Jan/Feb 2006.

Wolfgang Thüne: Propheten im Kampf um den Klimathron; Oppenheim, 2011.

Maurice Tubiana, Ludwig E. Feinendegen, Chichuan Yang, Joseph M. Kaminski: The Linear No-Threshold Relationship Is Inconsistent with Radiation Biologic and Experimental Data; Radiology: Vol. 251: No. 1, April 2009;
www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2663584/pdf/radiol.2511080671.pdf

S. A. Tyler, E. S. Barghoorn, L. P. Barrett: Anthracitic Coal from Precambrian upper Huronian Black Shale of the Iron River District, Northern Michigan; Bulletin of the Geological Society of America, Vol. 68 (1957), S. 1293-1304.

UNSCEAR: Report of the United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation; United Nations, General Assembly Official Records: Thirteenth Session, supplement No. 17 (A/3838), (1958), www.unscear.org/unscear/en/publications/1958.html

William R. Ware (2008): Low-Dose Radiation Exposure and Risk of Cancer; www.yourhealthbase.com/radiation_and_cancer_risk.htm

Klaus Weggen, Gunter Pusch, Heinrich Rischmüller: Oil and Gas; Weinheim (2005);
www.kankalin.bme.hu/Dok/eloadasok/hydrocarbonproc/oilandgasproduction.pdf

Michael Weis, Katrin van Bevern und Thomas Linnemann: Forschungsförderung Kernenergie 1956 bis 2010: Anschubfinanzierung oder Subvention? atw 56. Jg. (2011) Heft 8/9, S. 466-468.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Factsheet 5 – Forschung und Bildung für die Transformation, Berlin 2011 (zitiert als: WBGU 2012 F5);
www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/factsheets/fs5/wbgu_fs5.pdf

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Hauptgutachten: Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011 (zitiert als: WBGU 2011 H);
www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Zusammenfassung für Entscheidungsträger: Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011 (zitiert als: WBGU 2011 Z);
www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011_ZfE.pdf

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Politikpapier Nr. 7: Finanzierung der globalen Energiewende; Berlin 2012, (zitiert als: WBGU 2012 P7),
www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/politikpapiere/pp2012-pp7/wbgu_pp7_dt.pdf

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Welt im Wandel - Menschheitserbe Meer Zusammenfassung; Berlin 2013, (zitiert als: WBGU 2013 Z),
www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/hg2013/wbgu_hg2013_kurz_dt.pdf

Mohammed Saleem Zafar: Vulnerability of Research Reactors to Attack; Washington D.C., 2008;
<http://dspace.cigilibrary.org/jspui/bitstream/123456789/27596/1/Vulnerability%20of%20Research%20Reactors%20to%20Attack.pdf?1>

Interviews

Wir danken folgenden Interview- und Korrespondenzpartnern für ihre eingebrachte Zeit sowie ihre wichtigen Informationen, Hinweise, Kritik und Erläuterungen (mehrere weitere bleiben auf Wunsch anonym):

- Dipl.-Ing. (FH) Burghard Adam, Köpenick;
- Prof. Dr.-Ing. Helmut Alt, Aachen;
- Christian Bantle, BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., Berlin;
- Dipl.-Phys. Dr. Dr. habil. Ralph Dlugi, München;
- Dipl.-Chem. Dr. Herrmann Fußstetter, Stiftung Bildungspakt Bayern, Burghausen;
- Dipl.-Phys. Dieter Glatting, AMTEC Messtechnischer Service GmbH, Lauffen am Neckar;
- Dr. Albrecht Glatzle, Wissenschaftlicher Direktor i.R., INTTAS (Iniciativa para la Investigación y Transferencia de Tecnología Agraria Sostenible), Filadelfia, Paraguay;
- Dipl.-Phys. Dr. rer. nat. Hermann Hinsch, Hannover;
- Dipl.-Ing. Paul Höss, München;
- Dr. Thomas Jung, Bundesamt für Strahlenschutz, Neuherberg;
- DI Franz Klemm, Managing Director, Austrian Fenco Initiative, Maria-Enzersdorf, Österreich;
- Prof. Dr. Gerhard Kramm, Dipl.-Met., University of Alaska, Fairbanks, AK, USA;
- Prof. Dr. Vladimir G. Kutcherov, Department of Energy Technology, Royal Institute of Technology, Stockholm, Schweden;
- Dipl.-Chem. Dr. Ludwig Lindner, Bürger für Technik e.V., Marl;
- Dr.-Ing. Hans Bodo Lungen, VDEh Stahl-Zentrum, Düsseldorf;
- Dr. Michael Maqua; Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH, Köln;
- Dipl.-Ing. Holger Narrog, Zürich, Schweiz;
- Dipl.-Phys. Dr. Rudolf Neu, Max-Planck-Institut für Plasmaforschung, Garching;
- Dipl.-Phys. Dr. Lutz Niemann, Bürger für Technik e.V., Holzkirchen;
- Dipl.-Phys. Dr. Johannis Nöggerath, Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute, Leibstadt, Schweiz;
- Wolfgang Panzer, Bürgermeister der Gemeinde Unterhaching;
- Dr. William B. Rossow, Distinguished Professor of Remote Sensing CREST at The City College of New York, USA;
- Dipl.-Ing. Heinz Thieme, Kaarst;
- Prof. Dr.-Ing. Thomas Schulenberg, Karlsruhe Institute of Technology, Institute for Nuclear and Energy Technologies, Eggenstein-Leopoldshafen;
- Dipl.-Met. Dr. Wolfgang Thüne, Oppenheim;
- Dr. Franz Trieb, Deutsche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt (DLR), Stuttgart;
- Dipl.-Phys. Dr. Ralf D. Tscheuschner, Hamburg;
- Dipl.-Phys. Ulrich Wolff, Essen.

Worte des Dankes

Unser besonderer Dank gilt Christian, David und Joshua Ermecke für die Mitwirkung bei Recherchen und der der Qualitätssicherung. Auch danken wir mehreren Unterstützern in der öffentlichen Verwaltung, die wegen befürchteter Repressalien ungenannt bleiben müssen.

Die Autoren



Klaus Ermecke, Gründer von „KE Research“: Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg sowie ergänzende Studien in Internationaler Politik und Informatik. Verantwortliche berufliche Stationen bei PCS Computer Systeme, Parc-Place Systems, Giga Information Group und Forrester Research.

KE Research – „Nachdenken für den Standort Deutschland“

KE Research unterstützt

- Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft
- bei der Beurteilung und Entscheidung von Zukunftsfragen
- mit weitreichender Bedeutung
- für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Das heißt:

- Wir betrachten Fragen unter dem Blickwinkel der Wirtschaft - wir berücksichtigen andere politische Betrachtungsebenen angemessen, aber nicht mit ideologischem Vorrang.
- Wir beschäftigen uns mit „Schlüsselthemen“ - mit potentiellen Wirkungen im Milliardenbereich.
- Wir schreiben leicht verständlich für Generalisten – und mit innovativen Anstößen für Experten.

Die Umsetzung

KE Research

- identifiziert die Schlüsselthemen für die Stärkung unseres Landes als Wirtschaftsstandort,
- sichtet die Diskussion und extrahiert die relevanten Fakten und Zusammenhänge,
- führt Interviews mit Experten und Betroffenen,
- verwirft Irrwege und Utopien und erarbeitet eigene innovative Lösungen,
- formuliert daraus Empfehlungen an Politik, Verbände und beteiligte Unternehmen,
- liefert schlagkräftige Argumente für alle, die das Thema wirkungsvoll vorantreiben wollen.

„Energiepolitik im Konzeptnebel“

Weitere Reports zum Thema:

- „Rettung vor den Klimarettern“ (Dez. 2009)
- „Das deutsche Fukushima-Desaster“ (Okt. 2011)

Herausgeber

Klaus Ermecke GmbH
Geschäftsfeld KE Research
Sommerfeld 37
82041 Oberhaching

Tel: +49-89-6134276
Fax: +49-89-6252130
info@ke-research.de
www.ke-research.de

Rechtliche Hinweise

Diese Analyse stellen wir der interessierten Öffentlichkeit kostenfrei zur Verfügung. Die unveränderte elektronische Weitergabe per Link auf unsere Website (www.ke-research.de/downloads/Konzeptnebel.pdf) ist gestattet, der Nachdruck („print“) oder die Bereitstellung auf einem fremden Download-Server bedürfen unserer vorherigen schriftlichen Genehmigung.

„KE Research“, „KE Research – die Andersdenker“ und das KE-Research-Logo sind Warenzeichen der Klaus Ermecke GmbH. Alle anderen benannten Warenzeichen gehören den jeweiligen Rechteinhabern.